Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

15. Mai 1978
Jg. 6 Nr. 20

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21903 C

Sozialimperialistische Grenzprovokation gegen die VR China

Die Nachrichtenagentur Hsinhua berichtet am 12.5. über den erneuten Überfall der sowjetischen Sozialimperialisten am Grenzfluß Wusuli: „Etwa 30 sowjetische Soldaten landeten am chinesischen Flußufer, sie verfolgten chinesische Bürger und versuchten sie gefangenzunehmen. Dabei schossen sie fortwährend um sich und verletzten mehrere ... 14 chinesische Bürger nahmen sie gefangen und schleppten sie unter Tritten und Schlägen zum Fluß. Unter dem fortgesetzten Protest der chinesischen Bürger ließen die sowjetischen Soldaten sie endlich frei. Nur der Besonnenheit der chinesischen Seite war es dabei zu verdanken, daß der Vorfall sich nicht zu einem bewaffneten Konflikt entwickelte ... Die oben erwähnten Verbrechen der sowjetischen Truppen stellen eine organisierte, militärische Provokation gegen China dar zu einem Zeitpunkt, wo die sino-sowjetischen Grenzverhandlungen gerade wieder aufgenommen wurden." Die Volksrepublik China steht auf dem Standpunkt, daß die Grenzfrage friedlich gelöst werden kann und fordert von den Sozialimperialisten, anzuerkennen, daß die gegenwärtige Grenze China durch die russischen Zaren in ungleichen Verträgen aufgezwungen wurde.

Schwedens See- und Lufthoheit dauernd verletzt

Nach Angaben des schwedischen Verteidigungsministers Kronmark ist der schwedische Luftraum 1977 28mal verletzt worden und sind 19mal ausländische Kriegsschiffe unerlaubt in die schwedischen Territorialgewässer eingedrungen. Die Zahl dieser See- und Luftraumverletzungen hat gegenüber 1976 ebenso zugenommen wie die Zahl der Interventionen der schwedischen Marine und der Luftwaffe gegenüber eindringenden See- und Luftfahrzeugen. NATO und Warschauer Pakt weiten ihre Manövergebiete auf der Ostsee immer weiter in Richtung Schweden aus. Bereits vor einigen Wochen hatte die schwedische Regierung Einspruch erhoben gegen die Verlegung von sechs mit Nuklearraketen ausgerüsteten U-Booten in die Ostsee durch die Sowjetunion. Die Antwort der Sozialimperialisten war eine Drohung: Schweden „verschärfe" die „Spannung in Nordeuropa" und belaste die „schwedisch-sowjetischen Beziehungen".

Drohung: Schweden „verschärfe" die „Spannung in Nordeuropa" und belaste die „schwedisch-sowjetischen Beziehungen".

Rumänien gegen Umarmungsversuche des Warschauer Pakts

Zum dritten Mal seit vergangenem September hat die sozialimperialistische Supermacht den sowjetischen Marschall Kulikow, Oberkommandierender der Warschauer-Pakt-Truppen, nach Rumänien geschickt. Die Häufung ist Ergebnis des Scheiterns dieser Besuche: Rumänien ist zwar Mitglied des Warschauer Pakts, läßt aber auf seinem Staatsgebiet weder Manöver, fremde Militärstützpunkte noch Durchgangsverkehr für die Truppen des Warschauer Pakts zu. Rumänien verteidigt seine nationale Unabhängigkeit. Schon 1965 brachte Rumänien durch sein Veto die beabsichtigte Änderung des RGW-Statuts, alle Beschlüsse für die Mitgliedsländer bindend zu machen, zu Fall. Seit Mai 1966 fordert Rumänien die Auflösung aller Militärbündnisse. 1968 protestierte Rumänien gegen den Einmarsch der sowjetischen Imperialisten in die CSSR und traf Vorbereitungen: die Wehrverfassung wurde geändert und Partisanenverbände geschaffen.

BRD nötigt Griechenland in „Verteidigungsabkommen"

Am 27. April wurde zwischen der BRD und Griechenland ein „Abkommen über Verteidigungshilfe" im Rahmen des imperialistischen NATO-Bündnisses unterzeichnet. Damit hat der BRD-Imperialismus einen entscheidenden Schritt getan, um Griechenland wieder in die NATO einzubinden. Die hohe Verschuldung Griechenlands gegenüber der EG und vor allem der BRD ist dabei ausgenutzt worden, um Druck auszuüben. Mit der Unterzeichnung „will die Bundesrepublik Deutschland ihren Teil zur Festigung der Allianz an der besonders wichtigen Süd-Ost-Flanke beitragen." Die westdeutsche Bourgeoisie will sich über ihre „Verteidigungshilfe" ein direktes Interventionsrecht sichern, die Stationierung von Truppen und einen Vorsprung in dem Ringen der Imperialisten um das militärische Aufmarschgebiet an der „Süd-Ost-Flanke" herausholen.

„Charmeoffensive" mit Kriegsschiffen und Ledernacken

US-Vizepräsident Mondale bereist den pazifischen Raum

Anfang dieses Monats hat der US-Vizepräsident Mondale den Philippinen, Thailand, Indonesien, Australien und Neuseeland einen geräuschvollen Staatsbesuch abgestattet. Ende Mai wird sich der „Sicherheitsberater" Carters, Brzesinski, in die Volksrepublik China begeben und danach mit den Spießgesellen in Japan die Lage beraten.

Diese Reisen bilden einen Gegenzug zur säbelrasselnden Tour Breschnews im April durch die fernöstlichen Provinzen des alten und neuen Zarenreiches, die er in Wladiwostok, mit einer von Drohungen starrenden „Friedensrede" – auf einem Panzerkreuzer beendet hatte. Es ist gerade die dreiste militärische Expansion des Sozialimperialismus in Asien, es sind die Spaltungen, die er zwischen die Völker trägt, vor allem gegenwärtig zwischen die Brudervölker von Vietnam und Kampuchea, die es den US-Imperialisten heute wieder erlauben, sich in solch ungenierter Weise zu bewegen wie der Vizepräsident Mondale.

Mondale hat auf dieser Reise keine Gelegenheit ausgelassen, um zu versichern, daß die USA „unwiderruflich mit dem Pazifik verbunden" seien und daß „trotz der Änderungen, die die Region im Laufe des letzten Jahrzehnts erschüttert haben, die Vereinigten Staaten hier vitale Interessen und feierliche Verpflichtung bewahren."

Als eine der „feierlichen Verpflichtungen" hat Mondale gleich bei seiner Ankunft auf den *Philippinen* den *Vertrag von Manila* aus dem Jahre 1954 erwähnt. Der Vertrag von Manila war der Gründungspakt der sog. „Südostasiatischen Verteidigungsorganisation" (SEATO), die tatsächlich 1977 für aufgelöst erklärt worden ist, nachdem sich zuvor Pakistan daraus zurückgezogen hatte und auch die Philippinen und Thailand die Blockfreiheit und den Zusammenschluß im ASEAN vorzogen. Eben diese „Beistandsverpflichtung gegen eine kom-

heit und den Zusammenschluß im ASEAN vorzogen. Eben diese „Beistandsverpflichtung gegen eine kom-

munistische Aggression" hat Mondale von seiten der USA *einseitig*, von niemandem dazu aufgefordert, von neuem proklamiert.

Auch sonst hat er der Regierung der Philippinen zu verstehen gegeben, wer der eigentliche Souverän über das Land ist. So kanzelte er Marcos öffentlich vor der mitgebrachten Pressemeute wegen „Menschenrechtsverletzungen" ab und ließ sich mit Vertretern der „demokratischen Opposition" ablichten, angeführt vom fettig strahlenden Erzbischof von Manila. Mit dieser kombinierten Erpressung ist Mondale denn auch zum Ziel gekommen: er hat von der philippinischen Regierung die Zusicherung erhalten, den großen Marinestützpunkt Subic Bay und die Luftwaffenbasis Clark Fields „uneingeschränkt für alle militärischen Aktivitäten" weiterhin nutzen zu können. Die Philippinen, die zuvor wegen der fortlaufenden Einmischung der USA in ihre inneren Verhältnisse mit dem Hinauswurf aller US-Truppen gedroht hatten, erhielten nur eine Pro-forma-Zusicherung ihrer Oberhoheit über die Basen. Die allerdings mußte gegeben werden.

In *Thailand* ging Mondale einen Schritt weiter. Wieder unter entsprechend feierlicher Berufung auf den Vertrag von Manila bekräftigte Mondale ausdrücklich die Verpflichtung

Fortsetzung Seite 2

Abzug der US-Truppen aus Südkorea!



Der Besuch des Genossen Hua Guo-feng vom 5. bis 9. Mai 1978 in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik hat den gemeinsamen Kampf des chinesischen und koreanischen Volkes gegen jeglichen Imperialismus erneut gefestigt. Auf einer Massenkundgebung am 7.5. in Pjöngjang, an der über 100000 Menschen teilnahmen, bekräftigten der Genosse Hua Guo-feng und der Genosse Kim Ir Sen die

Der Besuch des Genossen Hua Guo-feng vom 5. bis 9. Mai 1978 in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik hat den gemeinsamen Kampf des chinesischen und koreanischen Volkes gegen jeglichen Imperialismus erneut gefestigt. Auf einer Massenkundgebung am 7.5. in Pjöngjang, an der über 100000 Menschen teilnahmen, bekräftigten der Genosse Hua Guo-feng und der Genosse Kim Ir Sen die Forderung nach dem Abzug aller US-Truppen aus dem Süden des Landes. Genosse Hua Guo-feng verurteilte die von den US-Imperialisten „verfolgte Politik der Aggression und Teilung in Korea". Kim Ir Sen sagte: „Wenn die Korea-Frage friedlich gelöst werden soll, müssen die Vereinigten Staaten zuallererst die Präsenz ihrer Truppen aus Südkorea sofort und total abziehen, wie sie es auch immer gelobt haben." Er trat in seiner Rede für eine geeinte Front der Länder der Dritten Welt gegen „Imperialismus und dominierende Kräfte" ein. Das chinesische und das koreanische Volk kämpfen Seite an Seite für die Sache des Sozialismus und gegen den Imperialismus, sagte der Genosse Hua Guo-feng in seiner Rede.

Kapitalistische Rationalisierung im Zuckerrübenbau

Abhängigkeit der Bauern von einem Zuckerkonzern drückt sich in steigender Schuldenlast aus

„Die Preise sind in der (Landmaschinen-) Branche nach inoffiziellen Angaben in diesem Jahr bisher um 4 bis 9% (Vorjahr offiziell 4 bis 5) erhöht worden. Kolportiert wird, man bedaure schon, nicht kräftiger zugelangt zu haben, denn die Bauern hätten Geld. (...) Die Bereitschaft zu investieren (geht) über die bloße und ohnehin von Zeit zu Zeit fällige Ersatzbeschaffung hinaus. Das bedeutet, daß die Bauern mit zusätzlichen Rationalisierungsinvestitionen weiterhin technischen Fortschritt in ihre Betriebe holen wollen." Die „FAZ" stachelt die Landmaschinenkapitalisten zur maßlosen Ausplünderung der Bauern auf. Der Zwang für die kleinen und mittleren Bauern, ihren Maschinenpark ständig zu vergrößern und zu verbessern, soll die Verschuldung vergrößern und das Bauernlegen beschleunigen.

Beim Zuckerrübenanbau ist das so gelaufen: Seit Beginn der sechziger Jahre hat es eine Revolutionierung der Landtechnik gegeben. Durch Einführung des einkeimigen Saatguts, der Einzelkornsämaschine und der chemischen Unkrautvernichtungsmittel wurde die Rübenpflege stark mechanisiert. Mit dem Bunkerköpfroder kann in einem Arbeitsgang das Rübenblatt entfernt, die Rübe ausgehoben, in einem „Bunker" abgelagert und das Blatt in Schwaden auf dem Feld abgelegt werden.

Diese Neuerungen könnten die Arbeit der Bauern sehr erleichtern. Im Kapitalismus werden sie nur von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern benutzt, um Extragewinne zu machen. Durch die Mechanisierung können sie jede Pore im Arbeitstag des Landarbeiters schließen. Auf der anderen Seite wird Arbeitskraft überflüssig gemacht. Um den Extraprofit zu realisieren, verkaufen sie die Rüben etwas unter dem Preis der Produzenten, die noch auf die alte Weise arbeiten. Mit der Durchsetzung des neuen Verfahrens setzt sich auch der neue Preis durch. Tatsächlich hat es starke absolute Preissenkungen für Zuckerrüben gegeben.

Verschärft wurden sie durch die Monopolisierung der Zuckerindustrie. Mittlerweile sind alle Zuckerfabriken etwa südlich der Linie Göttingen-Kassel-Warburg Eigentum der Südzucker AG. Die Herausbildung eines einheitlichen Zuckermonopols kündigt sich an. Ende der sechziger Jahre trat die EWG-Marktordnung in Kraft, die vor allem die Kontingentierung der Rübenproduktion einführte. Rüben anbauen darf nur, wer ein mengenmäßig festgelegtes Kontingent besitzt; der muß dann aber auch liefern, was festgesetzt wurde. Damit haben die Kapitalisten die Rübenbauern doppelt im Griff: über den Preis und das Kontingent. Im Jahr 1962 bekam ein Bauer für einen Doppelzentner Rüben, ohne Schnitzel und Mehrwertsteuer 7,85 DM. 1967 waren es 7,10 DM, 1972 6,14 DM, 1977 8,37 DM (Beispiel von der Union Zucker, Nörten-Northeim GmbH).

Da die Arbeitszeit der kleinen und mittleren Bauern beschränkt ist, müssen sie Maschinerie einsetzen, um mehr zu produzieren und so durch mehr Umsatz die Preissenkungen aufzufangen. Laut Agrarbericht hat ein Bauer (einen Nichtstuer wie den Herrn von Heeremann eingerechnet) 1970 62,6 Wochenstunden gearbeitet, 1975 waren es 63,2, 1976 63,3 Wochenstunden. Die Zinsen, die alle Bauern in Westdeutschland zahlen mußten, sind von 1,68 Mrd. DM 1972/73 auf 2,02 Mrd. DM 1977 gestiegen. Man sieht, im Kampf gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung mußten die Bauern sich stärker verschulden und mehr arbeiten und obendrein einen Großteil von dem, was sie erarbeitet hatten, wieder ans Finanzkapital zurückzahlen.

An Hand von Daten eines mittleren Betriebes mit 5,5 ha Zuckerrüben im Landkreis Göttingen haben wir berechnet, daß eine Arbeitskraft im Zuckerrübenanbau rund 25 DM/Stunde erwirtschaften kann – ohne Abzüge, ohne Erweiterungsinvestitionen. Schon ein mittlerer Handwerker berechnet die Arbeitsstunde mit 35 bis 45 DM: Man kann sich vorstellen, was dran ist an „die Bauern haben Geld".

Diese Entwicklung trifft aber kleine und große Bauern ganz unterschiedlich. Im Agrarbericht wird die Entwicklung der Marktfruchtbetriebe in Niedersachsen (Betriebe, die mehr als 50% ihres Einkommens aus dem Verkauf von Marktfrüchten – Weizen, v.a. Rüben – beziehen) in der Größenklasse von 20 bis 50 ha aufgeführt: In diesen Betrieben spitzt sich die Frage zu, gelingt es aufzusteigen und kapitalistischer Betrieb zu werden oder nicht?

Entwicklung von Gewinn je Betrieb und Schulden je ha

	unteres Viertel der Betriebe		oberes Viertel der Betriebe	
	Gewinn (DM)	Schulden (DM/ha)	Gewinn (DM)	Schulden (DM/ha)
73/74	4382	2470	45157	1620
74/75	4799	2734	47704	1524
75/76	13130	2226	59221	1388
76/77	8467	2842	67840	1527

Während im oberen Viertel die Gewinne zugenommen haben und die Verschuldung abnahm, war es beim unteren Viertel genau umgekehrt. Über den Zwang zur Rationalisierung im wesentlichen durch Preissenkung hofft die Bourgeoisie, die Masse der Bauern zu legen, um das Land profitabel bewirtschaften zu lassen.

Man hätte kräftiger zulangen sollen, hetzt die „FAZ". Die Umsatzsteigerungen der Landmaschinenindustrie um 6%, die auf der DLG-Ausstellung bekannt gegeben wurde, reicht den Kapitalisten nicht.

„Charmeoffensive" mit Kriegsschiffen und Ledernacken

Fortsetzung von Seite 1

der USA zur *Konterrevolution*. Kaum drei Jahre, nachdem die letzten Yankees sich, das Sternenbanner unterm Arm, mit Schimpf und Schande aus Pnomh Penh und Saigon (das heute Ho-Chi-Minh-Stadt heißt) packen mußten, wagte es Mondale, sich mit frischgewaschener weißer Weste hinzustellen und das, was sich für die zivilisierte Welt hält, zu einem „internationalen Hilfswerk für Indochinaflüchtlinge" aufzurufen. Worum es sich handelt, ist tatsächlich die internationale Finanzierung von Sammellagern für geschlagene Marionettentruppen und von Stützpunkten für verstärkte Subversion und Aggression gegen Kampuchea und Laos.

Von Thailand nach *Indonesien:* 12 Jahre nach dem vom CIA geplanten und geleiteten Putsch, der Hunderttausende von Revolutionären und Patrioten systematisch auslöschte und dieses reiche Land in solchem Grade an den Imperialismus auslieferte, daß heute selbst der Reis importiert werden muß, verbreitete sich der US-Vizepräsident Mondale auch hier über „verletzte Menschenrechte" und ließ gleichfalls Treffen mit der „demokratischen Opposition" arrangieren. Ziel war hier, ein Abkommen über die Ausbeutung der riesigen indonesischen Öl- und Gasvorkommen durch US-Monopole zu erpressen, worin die Forderung nach Angleichung der Abgaben entsprechend künftigen Preiserhöhungen der OPEC (Indonesien ist Mitglied der OPEC) fallengelassen werden sollte: eine Forderung, die Indonesien seit 2 Jahren verteidigt hatte. Auch hier konnte Mondale gegen die wankende Generalsjunta sein dreckiges Manöver durchziehen.

In *Australien* und *Neuseeland* hat Mondale abschließend, wieder „feierlich", die Beistandsverpflichtungen der USA im Rahmen des *ANZUS-Pakts* in Erinnerung gerufen und die Durchführung gemeinsamer Luft- und Seemanöver im Indischen Ozean vereinbart.

Hegemonie über den Pazifikraum und Südostasien ist für die Weltmachtstellung des US-Imperialismus *unverzichtbar*. Wegen des immensen Reichtums Asiens an Menschen wie an Rohstoffen, zu denen jetzt neue große Ölvorkommen im südchinesischen Meer hinzukommen. Und wegen der strategischen Lage dieser Gebiete, von denen aus die Luft- und Seeherrschaft über den Indischen Ozean, den Nahen Osten und die afrikanische Ostküste gesichert werden kann. Für den Entscheidungskampf mit der anderen Supermacht, der um Europa drehen muß, schafft sich der US-Imperialismus hier die unentbehrliche Rückendeckung und schnürt er zugleich die Aktionsfähigkeit des Rivalen wesentlich ein.

Die Völker des Pazifikraums, Südostasiens, Australiens und Neuseelands stöhnen unter der Last der drückenden US-Hegemonie. Hunderttausende Menschen auf den pazifischen Inseln, einschließlich Hawaiis, das die US-Imperialisten vollständig annektiert haben, stehen bis heute unter Kolonialregime. Die US-Imperialisten halten bis heute Korea und China geteilt und einen Teil ihres nationalen Territoriums besetzt. Sie haben dort Marionettenverwaltungen mit der Bezeichnung „Republik Korea" und „Republik China" installiert, die für sie in der extremen Ausbeutung der taiwanesischen und koreanischen Arbeiter die Peitsche schwingen. Den dort herausgepeitschten Extraprofit lassen sie als „Exporterfolge" ihrer Marionettenrepubliken feiern.

Entgegen ihren Zusicherungen im Abkommen von Schanghai hält die US-Regierung ihre Truppenstützpunkte auf Taiwan aufrecht. Den groß angekündigten Abzug der Infanterietruppen aus Südkorea, der ohnehin nur eine Verlagerung des Schwergewichts der Okkupationsstreitmacht auf Luftwaffen- und Raketentruppen bedeutete, hat Carter jetzt überhaupt „vorläufig" aufgeschoben. Die lückenlose Kette der Militärstützpunkte von Hawaii über Guam, die Midways, Okinawa und Japan, Südkorea, Taiwan, Philippinen und Australien ebenso wie die 7. (Pazifik-) Flotte hat die Carter-Regierung zielstrebig neu aufzurüsten begonnen.

Die Lage in Asien sei heute „günstiger für unsere Interessen als in der Vergangenheit", hat der Verteidigungsminister Brown bei Ankündigung dieses Rüstungsprogramms frohgemut verkündet. Die Grenzauseinandersetzungen zwischen dem Demokratischen Kampuchea und der Sozialistischen Republik Vietnam seien „der erste klare Stellvertreter-Krieg zwischen der Sowjetunion und China", hat sich zur selben Zeit der Sicherheitsberater Brzesinski im Fernsehen die Hände gerieben, und mit der Miene des Eingeweihten hat er bekanntgegeben, daß „in den Gebieten eine revolutionäre Erhebung im Gange" sei und „soziale Instabilität" herrsche. Vor seiner Reise in die Volksrepublik China hat derselbe Brzesinski schon erklärt, er habe keinen „Verhandlungsauftrag". Die Regierung Carter zeigt sich demonstrativ uninteressiert an der Durchführung des Schanghaier Abkommens und gibt den Sozialimperialisten auf verschiedene Weise zu verstehen, daß sie bei Provokationen und Angriffen gegen die Volksrepublik China freie Hand haben.

Sie meinen Morgenluft zu wittern, diese Narren. Die Wahrheit ist, daß die hunderte Millionen Arbeiter und Bauern in den Ländern Südostasiens, von äußerst starken, kampferprobten und korrekten Kommunistischen Parteien geführt, die bewaffnete Volksrevolution begonnen haben und den unzerstörbaren Kern der Einheitsfront gegen Imperialismus und Hegemonismus bilden. – (Z.Red.)

Die Halbsklaverei der Proletarier und die Plünderung der Rohstoffe – Schlüssel für die Profitschinderei der Sozialimperialisten

„Das 1976 produzierte Nationaleinkommen der Sowjetunion betrug 380 Mrd. Rubel, das sind 53% des entsprechenden Wertes der USA." (Börsen- und Wirtschaftshandbuch 77, Frankfurt/Main) Dieses Ergebnis haben die neuen Zaren aus der wachsenden Ausbeutung der sowjetischen Arbeiterklasse und der Plünderung „ihrer" unterdrückten Nationen herausgeholt, doch sie wollen weit mehr. „Qualitativ und quantitativ nicht bedarfsgerechte Produktion, Verschwendung der teurer gewordenen Rohstoffe und Energie, Mängel bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung von Investitionen u.v.a.m." sollen ausgeschaltet werden. (DIW-Wochenbericht 19/77) 25% des Nationaleinkommens wurden für die grundlegende Modernisierung der Produktion vor allem in die Produktionsmittelindustrie gesteckt. Im Chemiekombinat Stschokino ist nach seiner berüchtigten Methode in wenigen Jahren die Produktion um das 2,7fache gestiegen bei gleichzeitiger Freisetzung von mehr als 1000 Arbeitern. Die Produktion „soll anstelle der vorgegebenen 32% um 48,5% erhöht werden ... die Arbeitsproduktivität statt um 33 um 63% gesteigert (werden). Dabei ist vorgesehen, die Beschäftigtenzahl um weitere 500 zu verringern. Die Arbeitsproduktivität ist dreimal so rasch (ge)stieg(en) wie die Löhne." (Sowjetskaja Rossija, 15.2.77)

Der wachsende Verschleiß der Arbeitskraft frißt die Löhne auf. „Für eine durchschnittliche städtische Industriearbeiterfamilie von 3,5 Personen bei 1,8 Verdienern ergibt sich ein monatliches Familieneinkommen von 301 Rubel (1974), 261 Rbl. (1970), 291 Rbl. (1973) ... der Nahrungsmittelverbrauch (wurde für) ... 1971 je Familie mit 139 Rbl. im Monat berechnet." (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 16/75) Der „ablesbare Trend zu einer proteinreicheren Kost, d.h. zu teureren Nahrungsmitteln" (ebenda), wächst mit steigender Ausbeutung. Die durchschnittlichen Ausgaben für Kleidung, Möbel und Haushaltswaren" steigen, weil „Qualitätsaspekte eine immer bedeutsamere Rolle spielen" (ebenda).

Ist die Verweigerung des Urlaubs oder dessen finanzieller Ausgleich durch die Betriebsleitung zwar gesetzlich verboten, so machen sie doch mit dem Trommelfeuer der Planerfüllung und über das wachsende Elend Druck auf den Urlaub. „Die Werktätigen können nach Abstimmung mit der Gewerkschaftsorganisation von einer solchen Möglichkeit Gebrauch machen." (Nowosti 77)

Die neuen Zaren wachen in den Sowjets der Deputierten der Werktätigen, in Gericht und Staatsanwaltschaft, in speziell bevollmächtigten Organen usw. über den „Schutz der Rechte der Bürger und die Einhaltung der Arbeitsgesetzgebung". Jeder Verstoß gegen das Militärzuchthaus, geregelt durch das Arbeitsgesetz, wird mit Prämienkürzung und -streichung, mit Rausschmiß oder strafrechtlicher Verfolgung bestraft. Der Streik ist verboten. Der Waffenkauf, selbst eines Jagdmessers, ist nur über Jagdschein und Organisierung im Jagdverein möglich.

Ein weiterer Eckpfeiler für die Expansion der Sozialimperialisten ist die Erweiterung der Rohstoffbasis. Zur „Erschließung neuer Gebiete im Osten des Landes, die besonders reich an Roh- und Brennstoffen sind", werden in Sibirien ganze Städte aus dem Boden gestampft. Mit Regionalzuschlägen auf den Lohn werden die Arbeiter gelockt.

Überall strecken die neuen Zaren ihre Krallen nach den Reichtümern des RGW aus. Sie schicken z.B. eine RGW-Geologen-Expedition in die östliche Mongolei zur Erschließung der Bodenschätze. Im Sinne der „internationalen Arbeitsteilung und Zusammenarbeit" soll die Entwicklung der Energiewirtschaft, der Brennstoffindustrie und des Erzabbaus in der Mongolei vorangetrieben werden. Dort wird im sechsten Planjahrfünft mit der Sowjetunion ein Kupfer- und Molybdänbergbau- und -aufbereitungskombinat in Betrieb genommen.

Die westlichen Handelspartner, gerade auch der BRD-Imperialismus, reiben sich die Hände. Sie sind saftig an der Ausbeutung der sowjetischen Arbeiterklasse und dem Raub der Bodenschätze über die gemeinsamen Wirtschaftsabkommen beteiligt. „Thyssen hat (jetzt) die größte Kunststoff-Rohrfabrik der Welt an die Sowjetunion geliefert. Kosten: 53 Millionen DM." (BZ, 9.5.78) Die Importe der BRD aus der UdSSR bestanden 1977 dagegen zu 77,2% aus Ernährungsgütern, Rohstoffen und Halbwaren. Nach der Größe geordnet importierten die westdeutschen Imperialisten Kraftstoffe, Schmieröl und Erdgas für 1703 Mio. DM, Erdöl für 627 Mio. DM, chemische Vorerzeugnisse für 534 Mio. DM, Schnittholz für 209 Mio. DM, Baumwolle für 161 Mio. DM und Gold für 157 Mio. DM. Beim Gold waren auch die Zuwächse am größten, nämlich 301,2% gegenüber dem Vorjahr. (DIW Wochenbericht 13/78) – (Bezirk Westberlin)

Der Lohnanteil für Fahrtkosten wächst und wächst

„Ist die Ausbeutung des Arbeiters durch den Fabrikanten soweit beendet, daß er seinen Arbeitslohn in bar ausgezahlt erhält, so fallen die anderen Teile der Bourgeoisie über ihn her, der Hausbesitzer, der Krämer, der Pfandleiher usw." (Karl Marx, Kommunistisches Manifest)

Je mehr sich das Kapital konzentriert auf bestimmte Landstriche, Industrieachsen, desto größer wird der Anteil der Fahrtkosten, den ein Arbeiter aufwenden muß, um seine Arbeitskraft an einen Kapitalisten verkaufen zu können. Der Anteil der Fahrtkosten ist zudem relativ höher, je unausgebildeter die Arbeitskraft und dementsprechend niedrig der Lohn ist.

In Ostfriesland konzentriert sich die Industrie auf Emden und Leer. Norden ist wichtig für den Fremdenverkehr als Sprungbrett zu den 3 Inseln, wovon wiederum Norderney die meistbesuchte ist. Dementsprechend ist auch das Verkehrsnetz ausgebaut: Stündlich verkehren Bahnbusse auf der B 70 von Emden nach Norden, zusätzlich gibt es Bahnverbindungen. Außerdem fahren auf dieser Strecke die Werksbusse des VW-Werks Emden. Wohnt man so weit von dieser Achse entfernt in den Poldern oder auf dem Moor, daß die Strecke zur B 70 mit dem Fahrrad nicht mehr zu schaffen ist, kommt man sowieso um die Anschaffung eines Autos nicht herum: Von Greetsiel z.B., einem Ort ca. 27 km von Norden entfernt, fahren täglich dreimal Busse in die Stadt, zweimal von der Stadt zurück. Selbst, wenn man nur die öffentlichen Verkehrsmittel benutzt, kommt man auf folgende Kosten: Als Beispiel nehmen wir eine Familie aus Rechtsupweg, was 17 km von Marienhafe entfernt liegt. Der Vater arbeitet in Emden. 18,50 DM muß er wöchentlich für den Bus bezahlen. Bei einem Durchschnittslohn über das Jahr gerechnet von 1075 DM netto pro Monat betragen die Fahrtkosten für ihn 7,4 %. Der Sohn arbeitet im VW-Werk Emden. Der Bus dorthin kostet seit vier Wochen 21 DM, bis dahin betrug der Preis für die Wochenkarte 17 DM. Bei einem Nettolohn von 1450 DM verschlingen die Fahrtkosten 6,2 %.

Die Tochter arbeitet in diesem Sommer erstmals auf Norderney, der Lohn ihrer bisherigen Tätigkeit überhaupt nicht reichte. Sie arbeitete am Ort und erhielt für Bedienen und Putzen in einer Kneipe bei einer Arbeitszeit von 12 Stunden am Tag 450 DM netto. Jetzt auf Norderney erhält sie als Zimmermädchen 700 DM netto bei freier Kost und Logis und zwölf Stunden Arbeitszeit an sechs Tagen in der Woche. In der Regel kommt sie jede Woche für einen Tag nach Hause, das sind an Fahrtkosten pro Monat 61,60 DM für Schiff und Bus, also 8,8 % ihres Lohnes.
Schiff und Bus, also 8,8 % ihres Lohnes.
Die Mutter fährt meist zweimal die Woche zum Einkaufen nach Norden. Diese Fahrten sind notwendig, um bestimmte Waren billig einzukaufen, z.B. beim Aldi-Markt. Ebenso gibt es nur in der Stadt Norden bestimmte Fachärzte, Krankenkasse, Ämter und Behörden. Die beiden jüngeren Kinder gehen in Marienhafe zum Schulzentrum, das im Zuge der imperialistischen Bildungsreform ausgebaut wurde und dafür die Oberstufe der Hauptschule aus den kleinen Dörfern wie Rechtupweg abgezogen wurde. Für die Schüler bedeutet das jeden Tag einen acht Kilometer langen Schulweg, den sie in überfüllten Bussen zurücklegen müssen. Diese Kosten werden bisher vom Kreis bezahlt. Doch seit einiger Zeit berät der Kreistag, wie er diese neu entstandenen Kosten auf die Eltern abwälzen kann.

Für diese Familie von sechs Personen und einem Nettoeinkommen von 3225 DM beträgt der Fahrtkostenanteil 257,05 DM, das entspricht 7,95 %. Der Anteil der Fahrtkosten wächst und wächst – einerseits bedingt durch die Konzentration des Kapitals und den Zwang für die Arbeiter, dem Kapital zu folgen, andererseits durch die wachsende Ausplünderung durch die Verkehrsbetriebe, private oder von Bahn oder Post. Allein die Erhöhung bei den VW-Werksbussen im letzten Monat macht 23,5 % aus. (Zelle Norden/Bezirk WeserEms)

Streik und Demonstration der Stahlarbeiter in Charleroi gegen die kapitalistische Rationalisierung

7000 Stahlarbeiter aus den verschiedenen Stahlbetrieben in Charleroi haben am 9. Mai auf den Aufruf des sozialistischen und des christlichen Gewerkschaftsbundes hin gestreikt und an einer Demonstration teilgenommen. Ihr Kampf richtete sich gegen den „Plan Mackinsey" zur „Restrukturierung" der belgischen Stahlindustrie, der die Stillegung zahlreicher Werke und Werksteile, die Modernisierung der übrigen und die Hinausrationalisierung von acht- bis zehntausend Stahlarbeitern in einer ersten großen Welle bis 1980 vorsieht.

Die Belegschaften der einzelnen Betriebe rücken in geschlossenen Kolonnen, mit den roten und grünen Fahnen ihrer Gewerkschaften, aus den Industrievierteln in die Innenstadt und auf den Marktplatz vor. Delegationen aus anderen Betrieben, die gegen die Rationalisierungspläne der Kapitalisten im Kampf stehen, wie Glaverbel, ein großes Glaswarenwerk, und ACEC, ein Elektrounternehmen, marschieren mit, ebenso Komitees von Arbeitslosen, viele Frauen, Jugendliche, Rentner. Zahlreiche Läden haben aus Solidarität mit den Streikenden geschlossen.

Die sichere, feste, disziplinierte Form des Aufmarsches der Stahlarbeiter trägt die Erfahrungen von Jahrzehnten oft heftiger Klassenkämpfe in sich. Dennoch: 7000 Arbeiter sind der größere Teil, aber nicht *alle* Stahlarbeiter aus Charleroi, die sich am Streik und an der Demonstration beteiligen. Und bei aller Geschlossenheit und Disziplin fehlt es der Demonstration und Kundgebung an wirklichem Zusammenschluß auf klaren Forderungen. Es gibt kaum Sprechchöre und Transparente. Die sozialistischen und christlichen Gewerkschaftsführer bekommen für ihre Reden so gut wie keinen Beifall. Diese verzichten denn auch gleich ganz auf die entsprechen-



den rhetorischen Pausen, nachdem sich auf das donnernde „... und deshalb stehen wir heute hier, 7000 Arbeiter aus den Stahlbetrieben!" des FGTB-Vizevorsitzenden Davister gleich so zu Anfang keine Hand gerührt hatte. Selbst als der christliche Vorsitzende Timmermanns etwas höher einsteigt und verkündet: „Unser Kampf soll kein Abenteuer werden, aber wenn nötig, werden wir auch vor Gewalt nicht zurückschrecken!", erregt das keinen besonderen Enthusiasmus. Im Gegenteil, die Arbeiter mißtrauen, und das mit Recht, diesen flammenden Parolen der reformistischen Gewerkschaftsführer, die tatsächlich nur von der anderen Seite her ihren Parteifreunden in der Regierung in die Hände arbeiten: *Die Stahlindustrie unter öffentliches Statut! Mehr staatliche Kredite! Einheitliche Planung!*, fordern diese Reformisten. Ganz in unserem Sinne, werden ihnen die Finanzkapitalisten antworten. Ohnehin sollen neue Milliarden aus Steuermitteln hineingepumpt werden, um die Schlagkraft in der internationalen Konkurrenz zu steigern. Ohnehin sollen die bisher schon hineingepumpten staatlichen Milliarden in Anteile des Staates an den Stahlkonzernen umgewandelt werden, so daß der Staat bei Cockerill, dem größten belgischen Stahlmonopol, 51% der Anteile 1980 halten soll. Nur daß der Staat in Wahrheit hier nichts anderes als den Zinseintreiber für die Banken bildet, die diese Milliarden geliehen haben.

Keine Entlassungen! Außer wenn andere Arbeitsplätze angeboten werden! Die Erhaltung der Arbeitsplätze muß Vorrang haben! – Warum nicht?, werden die Kapitalisten sich vergnügt die Hände reiben. Wir werden euch so viel „Beschäftigung" geben, daß euch die Ohren sausen. 350 Tonnen pro Mann bis 1980, heißt die Parole. Einige tausend ältere Stahlarbeiter schicken wir mit einer kleinen Abschlagszahlung in den verdienten Ruhestand, mit verringerter Rente natürlich, die die Sozialversicherung zahlt. Und wenn die 1500 jüngeren Stahlarbeiter, die wir in Charleroi bis 1980 außerdem entlassen wollen, es als das höchste Glück ansehen wollen, von uns ausgebeutet zu werden, egal zu welchem Preis, dann wollen wir ihnen schon helfen.

So etwa mag der Dialog bei der „Tafelrunde der drei Parteien" verlaufen, also den Verhandlungen zwischen Kapitalisten und Gewerkschaften, bei denen der Staat als „dritte Partei" am Tisch Platz nimmt, die am 25. Mai in ihr entscheidendes Stadium treten soll. In den Stahlbetrieben treten zahlreiche gewerkschaftliche Grundorganisationen dafür ein, an diesem Tag einen Generalstreik in der gesamten Stahlindustrie und einen Marsch auf Brüssel zu organisieren und ab da den Kampf nicht mehr einzustellen. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Telefon: 0611/730231 – Gedruckt bei Caro-Druck GmbH, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/M. – Redaktion: Hindenburgstr. 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 119151, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt/Main 2 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 20/78: 32000

Carters Waffenexporte: Rüstung der Zionisten und Entwaffnung der arabischen Staaten

Durchtriebene Tricks, um zugleich einen fetten Profit zu machen

Als Carter, dieser baptistische Freizeitpfaffe, ins Amt kam, hat er verkündet, im Interesse der Moral in der Welt müßten die Waffenexporte eingeschränkt werden. Gemeint waren bei dieser erpresserischen Drohung und Demütigung der Länder der Dritten Welt natürlich die Waffenexporte der imperialistischen Rivalen der USA. Diese Supermacht selbst hat nach amerikanischen Angaben im letzten Jahr für 11,3 Mrd. Dollar Waffen exportiert, mehr als alle anderen imperialistischen Länder zusammengenommen. Für das laufende Haushaltsjahr sind Lieferungen im Wert von 13,2 Mrd. Dollar geplant.

Jetzt hat Carter dem amerikanischen Kongreß ein „Paket" zugeleitet, nach dem Kampfflugzeuge sowohl an Israel wie auch Ägypten und Saudi-Arabien geliefert werden sollen. An Israel sollten danach ursprünglich 15 F-15 und 75 F-16 geliefert werden, an Saudi-Arabien 60 F-15 und an Ägypten 50 F-5E. Die F-15, ein sogenannter Luft-Überlegenheitsjäger, gilt mit 2,5facher Schallgeschwindigkeit als das schnellste Flugzeug der Welt. Die F-16, ein etwas leichteres, gerade erst als Nachfolger des Starfighters entwickeltes Flugzeug, ist ein Jäger und Jagdbomber. Die F-5E „Tiger II" haben die US-Imperialisten eigens für den Export entwickelt, um Erpressung von Ländern der Dritten Welt durch Waffenlieferungen mit ihrer wirklichen Entwaffnung verbinden zu können. Sie ist ein älterer und weit langsamerer Bomber. Das US-Magazin „Newsweek" nennt sie ein „amerikanisches Arbeitspferd", Präsident Sadat weit treffender „zehntklassig".

In den vier Jahren seit dem Oktoberkrieg haben die US-Imperialisten Israel mit Waffenlieferungen im Wert von 3238,5 Mio. Dollar, mehr als je zuvor, bis an die Zähne ausgerüstet. Das sind mehr als dreimal soviel wie von 1970 bis 1973. Bekanntlich hätten die Zionisten im Oktoberkrieg ums Haar eine deftige Niederlage eingesteckt. Auf der Seite der arabischen Staaten entwickelte sich der Krieg zu einem Befreiungskrieg der ganzen arabischen Nation. Es zeigte sich, daß die arabischen Völker und Staaten dem Siedlerstaat strategisch unbedingt überlegen sind, wenn sie einig sind und ihre Kraft im Volkskrieg entfalten können. Völlig hoffnungslos wird die militärische Lage der zionistischen Statthalter des Imperialismus, wenn sie nicht überall über ihren weitgedehnten Frontlinien die absolute Luftherrschaft erobern können.

Nach dem Krieg warfen sich die US-Imperialisten auf die Aufrüstung der israelischen Luftwaffe, die Sozialimperialisten auf die Unbrauchbarmachung der ägyptischen. Nachdem sie die arabischen Staaten mit der Ankündigung, den Nachschub zu stoppen, zum Waffenstillstand gepreßt hatte, stellte die Sowjetunion alle Waffen- und Ersatzteillieferungen für die ägyptische Armee ein, als Ägypten sich ihrem Würgegriff entzog. Ein beträchtlicher Teil der überwiegend aus der Sowjetunion stammenden 488 ägyptischen Kampfflugzeuge ist daher aus Mangel an Ersatzteilen nicht mehr einsatzfähig. Mit 543 Kampfflugzeugen und einschließlich der Reservisten 44000 Mann ist dagegen die israelische Luftwaffe bei weitem die größte im Nahen Osten. „Westliche Militärbeobachter in Kairo" schätzen, daß heute die militärische Stärke Ägyptens etwa 95% der vor dem Oktoberkrieg beträgt, die Israels dagegen 150%. (Newsweek, 6.2.78)

Einige arabische Staaten sahen sich gezwungen, Waffen in den USA zu bestellen. Um die weitere Aufrüstung Israels mit Erpressung und Spaltung gegen die arabischen Länder verbinden zu können, fädelten die US-Imperialisten mit verteilten Rollen ein großangelegtes Manöver ein. Kaum hatte Carter seine Absicht, Waffen auch an Ägypten und Saudi-Arabien zu liefern, bekanntgegeben, erhoben die Zionisten und die „israelische Lobby" im amerikanischen Kongreß ein großes Geschrei. Lieber sollten an keinen der drei Staaten Waffen geliefert werden. Carter verkündete, auch an Israel werde nicht geliefert, wenn die Exporte an Ägypten und Saudi-Arabien abgelehnt würden.

Vor dem Hintergrund dieses Getöses wurde derweil Druck auf die arabischen Staaten gemacht, sich in die erpresserischen Bedingungen der US-Imperialisten zu fügen. Am 4.4. wird gemeldet, daß ein „Team" von US-Offizieren zum „Wiederaufbau der libanesischen Armee" in Beirut eingetroffen ist. Mit 100 Mio. Dollar wollen die USA die Armee der libanesischen Kompradorenbourgeoisie wiederaufrüsten. „Ferner wird mit der Errichtung einer US-Militärmission in Kairo gerechnet, die alle im Zusammenhang mit den amerikanischen Waffenlieferungen stehenden Fragen bearbeiten und die ägyptische Seite beraten soll." (Europäische Wehrkunde 4/78)

Von dem Gesamtumfang des „Pakets" von 4,8 Mrd. Dollar soll Saudi-Arabien allein 3,5 Mrd. Dollar aus seinen Öleinnahmen für die Flugzeuge wegzahlen. Die US-Imperialisten fürchten, das Geschäft an ihre französischen Konkurrenten zu verlieren. 3,5 Mrd. Dollar an die Konkurrenz? Unmöglich! Ein „Kompromiß" muß her – und wird gefunden. In der letzten Woche gab die US-Regierung bekannt, sie werde dem Kongreß schriftlich versichern, Saudi-Arabien folgende Bedingungen abzupressen:

1. Die Flugzeuge dürfen nicht in der Nähe der israelischen Grenze stationiert werden. Der zionistische Verteidigungsminister Weizman hatte schon im März erklärt, daß Israel eine Stationierung der saudi-arabischen F-15 auf dem neuen Luftwaffenstützpunkt Tabuk, der etwa 320 km von der Grenze entfernt liegt, als „Provokation zum Krieg" betrachten würden. Saudi-Arabien soll damit aus der Front der arabischen Staaten gegen die zionistische Aggression herausgebrochen werden. Zugleich wollen die US-Imperialisten durch Stationierung der Flugzeuge am Arabischen Golf Widersprüche zwischen den Ölförderländern am Golf, vor allem zwischen Saudi-Arabien und Irak, anzetteln und schüren.

2. Die Flugzeuge werden nicht mit Luft-Boden-Waffen ausgerüstet.

3. Saudi-Arabien verpflichtet sich, nicht auch aus anderen Ländern Kampfflugzeuge zu erwerben.

Zum „Ausgleich" sollen an Israel jetzt statt 15 20 F-15 geliefert werden.

Schon mehrfach haben die arabischen Staaten die bittere Erfahrung machen müssen, daß verraten und verkauft ist, wer sich gegen die zionistische Aggression auf die eine oder die andere Supermacht verläßt. Am 2.5. hat der saudische Sender Radio Riad erklärt: „Es ist jedoch sehr klar, daß weder die Erklärungen, die von Präsident Carter abgegeben wurden, noch die, welche von irgendjemand anders gemacht worden sind, die besetzten arabischen Gebiete befreien und die Juden zwingen werden, sich aus diesen Gebieten zurückzuziehen." – (Z-Red.)

Immer mehr Länder unterstützen den Kampf der PLO

„Ausgerechnet am Tag des Besuchs des israelischen Ministerpräsidenten Begin in Washington ist bekanntgegeben worden, daß die Palästinensische Befreiungsorganisation in der amerikanischen Hauptstadt ein Informationsbüro eingerichtet hat", der Schmerz des Imperialistenblatts „Neue Zürcher Zeitung" ist spürbar. Daß dem US-Imperialismus die Einrichtung eines PLO-Büros aufgezwungen wurde, ist Ausdruck der Siege im Volkskrieg des palästinensischen Volkes.

Durch den langandauernden bewaffneten Befreiungskampf, den Sieg der arabischen Völker im Oktoberkrieg 1973 gegen die israelische Kolonialmacht ist die Politik von Imperialismus und Zionismus, deren Absicht war, das palästinensische Volk auszulöschen, die PLO zu zerstören, durchkreuzt worden. Die Rede des Vorsitzenden der PLO, Yassir Arafat, vor der UNO am 13. November 1974 drückt die Veränderung des Kräfteverhältnisses aus, die gemeinsam mit den Völkern der Dritten Welt und den Volksmassen in den imperialistischen Staaten gegen den Imperialismus durchgesetzt wurde. Allein im vergangenen Jahr hat die PLO bedeutende Siege an der diplomatischen Front errungen.

Februar 1977 wurde in der *Türkei* ein Büro der PLO eröffnet und im gemeinsamen Kommuniqué erklärt: „Die Eröffnung des PLO-Büros ist von großer Bedeutung für die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Türkei, der PLO und den arabischen Ländern." Am 22. Mai 1977 hat die *Gipfelkonferenz der islamischen Länder* bekräftigt, daß „Jerusalem arabisches Gebiet und seine Befreiung von den rassistischen zionistischen Besatzern notwendig ist." Die *Bewegung der Blockfreien Länder*, in der die PLO seit 1975 Vollmitglied ist, hat auf ihrem Treffen vom 30. September 1977 einen Aufruf gegen die Auswanderung nach Israel verabschiedet, „da solche Auswanderungen die Besetzung und die Errichtung von Siedlungen in Palästina und anderen Territorien sowie die zwangsweise Vertreibung der einheimischen Bevölkerung fördern würden."

fördern würden."

Nach Angaben der PLO-Vertretung in Wien unterhält die PLO inzwischen in 64 Ländern der Welt Büros. Zuletzt gab im Oktober '77 die portugiesische Regierung die Einrichtung eines PLO-Büros bekannt, am 7. März '78 wurde ein weiteres in Äthiopien eröffnet.

Die imperialistischen Mächte müssen sich beugen: Januar 1977 gab das japanische Außenministerium die Errichtung eines PLO-Büros bekannt, am 30. November wurde ein weiteres in Luxemburg, EG-Mitgliedsstaat und Sitz der Europäischen Investitionsbank, eröffnet.

Ebenso werden in den internationalen Organisationen die Rechte des palästinensischen Volkes und seiner Organisation, der PLO, erkämpft. Im September 1977 berichtet das Informationsbulletin der PLO, daß die Aufnahme der PLO als Vollmitglied des *Wirtschafts- und Sozialrats für Westasien*, einer Teilorganisation der Vereinten Nationen, gegen den Widerstand der USA und der europäischen Imperialisten durchgesetzt wurde und beschlossen wurde, „die verschiedenen UNO-Komitees und internationalen Organisationen aufzurufen, Unterstützungsprogramme für das palästinensische Volk in den besetzten Gebieten in Koordination mit der PLO durchzuführen, um die durch die israelische Besatzung ruinierte Wirtschaft zu konsolidieren." Besonders geschmeckt haben muß den Imperialisten, die lang genug die PLO als „Bande von Luftpiraten" diffamierten, die Aufnahme der PLO als Beobachtermitglied in die *„Internationale Zivilluftfahrtorganisation"*. Außerdem wurde 1977 die PLO Mitglied der *„Internationalen Arbeitsorganisation" (ILO)*.

Ein Schlag ins Gesicht des „Menschenrechtlers" Carter ist der Beschluß der *UN-Menschenrechtskommission* vom 14.2.78, daß es „das Recht des palästinensischen Volkes ist, mit allen Mitteln in Übereinstimmung mit den Grundsätzen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen seine Rechte wiederzuerlangen." Die PLO hat dazu erklärt: „Im vorhandenen Kartell der imperialistischen Verschwörungen und Manöver im Nahen Osten ist der bewaffnete Kampf die einzige Alternative zur Wiedererlangung der Menschenrechte des palästinensischen Volkes und zur Befreiung der Araber von der Verfolgung in den besetzten Gebieten."

UNO-Generalsekretär Waldheim wurde dies bei seiner Inspektionsfahrt in den Südlibanon am 23. April nachdrücklich gezeigt. Tausende Palästinenser, bewaffnete Kämpfer demonstrierten vor dem Konvoi Waldheims, als er sich dem Lager Rashidiyya näherte. Entlang seines Wegs hatten die Fedayin Jeeps mit schweren Kanonen und anderen Waffen aufgestellt.

Versuche der UdSSR, das Weltmonopol auf dem Baumwollmarkt zu ergattern

Der revisionistische Putsch in Afghanistan hat mit zum Inhalt, daß die Verfügung über die Baumwollproduktion Afghanistans für die UdSSR in ihren Anstrengungen unerläßlich ist, eine beherrschende Stellung auf dem Weltbaumwollmarkt zu erlangen. Afghanistan ist viertgrößter Lieferant von Baumwollfasern in die Sowjetunion. Allein von 1975 auf 1976 mußte die Belieferung der UdSSR von 11717 Tonnen Baumwolle auf 14551 Tonnen gesteigert werden. Betrug der Anteil der afghanischen Baumwolle am Gesamtimport der UdSSR 1975 noch 8,6%, so im Jahr darauf bereits 12,5%. Dies war Ausdruck sowohl der Steigerung wie der Tatsache, daß der Gesamtimport der UdSSR zurückging, weil Ägypten seinen Export in die UdSSR um die *Hälfte* verringert hat im Kampf gegen die anhaltenden Versuche der Supermacht, es zu plündern. Neunzig Prozent des Exports Afghanistans an Baumwolle gehen in die RGW-Staaten. Um welche Profite es den Sozialimperialisten dabei geht, sieht man an den drastischen Preissenkungen, die die UdSSR Afghanistan gegenüber durchgesetzt hat: wurden früher für eine Tonne Baumwolle acht Tonnen Zucker geliefert, so heute für 1,7 Tonnen Baumwolle nur eine Tonne Zucker.

Solche ungleichen Verträge und Monopolisierung sind Bestandteil der Jagd der UdSSR, auf dem Weltbaumwollmarkt eine Monopolstellung durchzusetzen. Bei der Weltproduktion steht die UdSSR bereits an der Spitze. 1975 wurden in der UdSSR 7864000 t Baumwolle produziert, das sind 22% der Weltbaumwollproduktion. Es folgt mit Abstand ihr Rivale im Kampf um Weltherrschaft, die Supermacht USA. Ansonsten wird die Baumwolle in den Ländern der Dritten Welt produziert. Die Herrschaft über die Baumwollproduzenten der Dritten Welt ist ausschlaggebend für die Errichtung des Weltmonopols und die Sicherung von Höchstprofit über Monopolpreise. Da die Versorgung mit Kleidung neben der mit Nahrung für die Selbständigkeit eines Landes entscheidend ist, ist der Kampf an dieser Front zwischen dem Imperialismus und den Ländern der Dritten Welt erbittert.

Im RGW hat sich die sozialimperialistische Supermacht bereits das Monopol und einen Monopolmarkt gesichert. Auf der einen Seite müssen die RGW-Staaten zu von der UdSSR diktierten Preisen die Baumwolle abnehmen, gleichzeitig sind sie auch hier im Rahmen der „Arbeitsteilung und Integration" zu Verarbeitungsfabriken degradiert worden. 1975 lieferte die UdSSR die Hälfte (415900 t) ihres Gesamtexports an Baumwolle (800300 t) in die RGW-Staaten wie sie etwa ein Drittel ihres Imports an baumwoll- und baumwollartigen Stoffen von ihnen bezog, zwei Drittel aus Ländern der Dritten Welt. An der Spitze der Exportstaaten stehen neben Polen, Frankreich und Japan.

Nach Angaben der sowjetischen Zeitschrift „Außenhandelsstatistik" bezieht die UdSSR 90% aller Einfuhren an Konfektion und Schuhen, 70% der Trikotagen, 50% der Stoffe aus den RGW-Staaten. Am brutalsten richtet sich die Supermacht wiederum Bulgarien zu, das sie sich als Massenlieferant wie Hofschneider hält: „In dem Bestreben, den Handel mit der UdSSR als seinem größten Abnehmer von Textilien noch weiter auszudehnen, stellt Bulgarien Jahr für Jahr in einigen sowjetischen Städten Kollektionen von Modellen für die Massenfertigung vor, die speziell auf den sowjetischen Markt abgestimmt sind. Ein zum Sofioter Zentrum gehörender Spezialbetrieb fertigt in kleinen Serien Bekleidung für Testzwecke, um in den Großserien den Forderungen und geschmacklichen Ansprüchen der Kunden nachkommen zu können." (Wirtschaftsdienst 15/77)



In dem Schanghaier Textilbetrieb Nr. 33 führen die Arbeiter Jahr für Jahr technische Neuerungen durch, um auch mit alten Maschinen ein neues Niveau der Produktion zu erreichen. Die Arbeiter steigern in gemeinsamer wissenschaftlicher Untersuchung der technischen Einrichtungen und Arbeitsmethoden die Produktion und die Qualität der Erzeugnisse.

Auf dieser Grundlage hat die sozialimperialistische Supermacht in den siebziger Jahren ihren Anlauf genommen, gegen die imperialistische Konkurrenz, gegen die Dritte Welt, den Weltbaumwollmarkt zu dominieren. Nimmt man 1975 Länder der Dritten Welt, in denen sich die UdSSR festgesetzt hatte bzw. die sie in feste Abhängigkeit zu bringen trachtete (Ägypten, Sudan, Uganda, Syrien, Indien und die Türkei) mit ihrem Anteil an der Weltbaumwollproduktion zusammen, so ergibt sich, daß mit der Beherrschung dieser Länder die UdSSR die Kontrolle über 40% der Weltbaumwollproduktion anstrebte.

Ihre Mittel: Kredite und Schulden dürfen durch „Lieferung der traditionellen Exportgüter" abgegolten werden, die sowjetische „Hilfe" besteht aus teuren Maschinen und Anlagen, die dann mit den Produkten des Landes zu niedrigen Preisen bezahlt werden müssen. Ägypten, 1975 achtgrößter Baumwollproduzent der Welt, mußte in diesem Jahr die „Hälfte des sowjetischen Bedarfs" an Baumwolle decken. Fünf Länder der Dritten Welt (Ägypten, Syrien, Iran, Afghanistan und Pakistan) lieferten fast hundertprozentig den sowjetischen Baumwollimport. 1975 war Afghanistan bereits mit über 100 Mio. Rubel an die UdSSR verschuldet und zahlungsunfähig. Die Stundung war verbunden mit einem neuen Wirtschaftsabkommen, nach dem in der Nordprovinz Kunduz, Zentrum der Baumwollproduktion, Bewässerungsanlagen gebaut werden sowie „Objekte", „die keine große Investitionen erfordern und kurze Bauzeiten haben (Brotfabriken, Mühlen, Baumwollreinigungsbetriebe, Webereien und Spinnereien" (Außenhandel 6/76). Auch Angola ist die Rolle einer Baumwollplantage zugedacht. Nach dem Handelsabkommen vom 20. Mai 1976 werden 120 sowjetische „Agrarfachleute" zur Entwicklung der Baumwollproduktion eingesetzt; der Aufbau einer eigenen Textilindustrie soll unterdrückt werden. Schon 1977 lieferte Ungarn Baumwollstoffe, Wollstoffe etc. im Wert von über 3 Mio. Dollar nach Angola.

Der Traum der sozialimperialistischen Supermacht vom Weltmonopol hat jedoch in den letzten Jahren wuchtige Schläge durch die Länder der Dritten Welt erhalten: Ägpyten hat 1977 nach Angaben des „African Research Bulletin" seine Baumwollieferungen in die UdSSR ganz eingestellt und sich im neuen Handelsabkommen geweigert, Baumwolle in die Liste aufzunehmen. Pakistan, noch 1975 fünftgrößter Lieferant, hat 1976 seinen Export in die UdSSR eingestellt. Länder wie Sudan, Uganda oder Pakistan machen erfolgreiche Anstrengungen, eine eigene textilverarbeitende Industrie aufzubauen und damit die nationale Selbständigkeit zu stärken. In der Auseinandersetzung um das Welttextilabkommen schließen sich die Länder der Dritten Welt zusammen, um ausreichende Preise für Baumwolle durchzusetzen und den Aufbau ihrer Textilindustrie zu schützen. Um so wütender reagieren die Sozialimperialisten. Der Putsch in Afghanistan drückt das ebenso aus wie die jüngste Drohung des sowjetischen Botschafters in Pakistan, es zähle zu den „Freunden der Feinde" der UdSSR. Ein „Südstaatengürtel" mit Afghanistan, Pakistan, Iran und Indien, u.a. als große Baumwollplantage, ist die reaktionäre Absicht der Neuen Zaren im Kampf um das Weltmonopol auf dem Baumwollmarkt. – (Z-Red.)

Die Arbeiterklasse muß gegen die dauernde Verschlechterung ihrer Lage eine durchgreifende Wende herbeiführen

Die Zeitung „Metall" zur Arbeitslosigkeit und Eugen Loderers schwülstige Illusionsmacherei

Immer wieder behaupten die Funktionäre der sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften einen raschen Anstieg der Netto-Reallöhne – seit Beginn der sozial-liberalen Koalition sogar eine „enorme Verschiebung zwischen Gewinnquote und Lohnquote" zugunsten der Arbeiterlöhne. Eugen Loderer erklärte „an der Jahreswende 75/76" in der Funktionärszeitschrift der IG Metall „Der Gewerkschafter" im Januar 1976:

„Trotz Rezession – Einkommen gestiegen. Die Situation der Arbeitnehmer muß an der Entwicklung ihrer Einkommen und an der Sicherheit ihrer Arbeitsplätze gemessen werden. Trotz Rezession sind die Einkommen der Arbeitnehmer in diesem Lande insgesamt real noch *gestiegen*."

Diese Behauptung steht in krassem Widerspruch zu den millionenfachen Erfahrungen der Arbeiter und Angestellten.

Heute, nachdem Millionen von Arbeitern und Angestellten in der metallverarbeitenden Industrie, in den öffentlichen Diensten, in der Druck- und Chemieindustrie kühne und hartnäckige Kämpfe gegen die dauernden Lohnsenkungen und die Intensivierung der Ausbeutung geführt haben und in der Bauindustrie in diesen Tagen mit aller Energie und Entschlossenheit führen, erklären die Gewerkschaftssozialdemokraten, daß die diesjährigen Tarifabschlüsse „den wirtschaftlichen Verhältnissen angemessen" sind.

„Netto steigen die Löhne und Gehälter infolge der Änderung im Schnitt laut dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB *einen* Prozentpunkt stärker als brutto. Damit kann die Arbeitnehmerkaufkraft Absatz und *Beschäftigung* so stützen, wie es nötig ist ..." (Metall Nr. 8 vom 14. April 1978)

Was dem IG Metall-Vorstand „ausgezeichnet" in die, wie er sagt: „Landschaft paßt", ist der „Steinkühlersche Abschluß" in Nordwürttemberg-Nordbaden. „Im Südwesten der Bundesrepublik ist ein Absicherungsvertrag zustandegekommen, der einen hohen Stellenwert hat."

hohen Stellenwert hat."

Kampf gegen dauernde Lohnsenkung und Intensivierung der Ausbeutung ist von entscheidender Bedeutung

Fünf Prozent decken aber keineswegs den Kaufkraftverlust des Arbeiterhaushalts und der Absicherungsvertrag nicht etwa die Lohnsenkung durch Abgruppierung, vielmehr systematisiert und regelt er diese. Wenngleich dieser Steinkühlersche Fünfkommanull-Abgruppierungsvertrag kein Erfolg für die Arbeiter und Angestellten ist, sondern eine Niederlage, so hat ihr hartnäckiger Kampf und sogar dieser Vertragsabschluß dem Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen nicht ausnahmslos geschadet. Vielmehr kam darin zum Ausdruck, mit welcher zähen Energie die Arbeiterbewegung gegen die dauernden Lohnsenkungen ihre Reihen zu schließen beginnt. Die erbitterten Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die Senkung der Reallöhne und die Intensivierung der Ausbeutung stützen sich auf millionenfaches Interesse am günstigen Ausgang des Kampfes. Die Arbeiter in den anderen Gewerken erkannten sehr schnell die politischen Zusammenhänge und eine große Solidaritätsbewegung kam in kürzester Zeit zustande.

Die Arbeiterbewegung hat erkannt, daß der Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen von entscheidender Bedeutung ist, daß nur durch energische Führung dieses Kampfes die Klassenpositionen errichtet, die Klasseninteressen der Arbeiterklasse verfochten werden können und die Arbeiterklasse nicht noch mehr zum Spielball der Kapitalisten gemacht wird.

Der Kampf gegen die dauernden Lohnsenkungen und die Intensivierung der Ausbeutung setzt voraus, daß die absolute Herrschaft der bürgerlichen Ideologie in den Reihen der Arbeitermassen gebrochen wird. Grundübel und Fessel der Kampfkraft der Arbeiter ist die Politik der Klassenversöhnung.

Die Politiker der Klassenversöhnung, besonders jene in den Vorständen der Industriegewerkschaften, gehen davon aus, daß die Lage der Arbeiter unter der Herrschaft der Kapitalistenklasse erträglich gestaltet werden kann, wenn der Arbeitsmarkt leergefegt ist und die Kapitalisten einen Mangel an lebendiger Arbeitskraft haben. Eugen Loderer, einer der profilierten Klassenversöhnler, schreibt seit Jahren in der „Metall" seine Kolumne über die „Vollbeschäftigung".

„Die Vollbeschäftigung steht im Vordergrund." Unter solchen Überschriften versucht Loderer, die praktische Erfahrung, die Millionen mit dem System der kapitalistischen Ausbeutung gemacht haben, an die Politik der Klassenversöhnung zu binden.

„Für die Arbeiterbewegung, wie für einsichtige Politiker", so schreibt die „Metall" in Nr. 5 vom 10. März 1978, „ist der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und für ein uneingeschränktes, von der Gesellschaft garantiertes Recht auf Arbeit schon im Jahre 1848 ein gesellschaftliches Schlüsselproblem gewesen ... Seit der Jahrhundertwende verging kaum ein Gewerkschaftskongreß, kaum ein Parteitag der SPD, auf dem nicht über das Problem der Arbeitslosigkeit diskutiert worden wäre."

In den Jahren vor der Krise von 1966/67 war der Arbeitsmarkt weitgehend leergefegt. Die Arbeitslosigkeit betrug von 1960 bis 1966 durchschnittlich 0,7%. Die Kapitalisten mußten bei den Tariflöhnen erheblich nachgeben als auch den einzelnen Arbeitern größere Zuschläge auf den Tariflohn zahlen. Es war nicht selten, daß jüngere, hochqualifizierte Facharbeiter durch öfteren Wechsel, also Ausnutzung der Konkurrenz, überdurchschnittliche Zuschläge aushandeln konnten. In solch einer Lage entstehen allerhand Irrtümer über den *unversöhnlichen* Charakter der Klassengegensätze in der kapitalistischen Gesellschaft. Vor allem dann, wenn die Periode der Hochkonjunktur so lange anhält und bei der im Vergleich zur jetzigen Lage doch relativ schwachen Rezession der Jahre 1966 bis 1969 (die Arbeitslosigkeit lag damals nach „amtlichen Angaben" bei durchschnittlich 2,1%) anschließenden „Erholungsphase" mit einer bis 1973 reichenden durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von rund 1% hatten es die Klassenversöhnler relativ einfach, die Arbeiterklasse und die Volksmassen ideologisch zu entwaffnen.

Mit dem Schlachtruf „Rückkehr zur Vollbeschäftigung" soll die Ideologie „Alle in einem Boot" verbreitet werden

Die Ursachen der Krise konnten von den Klassenversöhnlern nie so recht verborgen werden, wie das unter dem Deckmantel des Weltkrieges gelang. Mit erheblichem propagandistischem Aufwand versuchten die Reformisten, die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterklasse in den Jahren der großen Nachkriegsarbeitslosigkeit (1950 etwa 11%) den Kapitalinteressen zu unterwerfen. Nicht selten kam es vor, daß Regierungssozialdemokraten wie Wilhelm Kaisen zur Picke griffen und öffentlich Steine kloppten. Diese Propagandaaktionen der Sozialdemokratie wurden vielen Schulgenerationen als „gemeinsame Aufbauleistung" regelrecht eingeimpft. Der Glaube an die Fortsetzung einer ökonomischen Entwicklung ins Unendliche wurde so genährt, ebenso wie der Glaube an die Möglichkeit, die Lage der Arbeiter unter den Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung erträglich zu gestalten.

Genau wie der Bourgeoisie war auch der Sozialdemokratie, insbesondere demjenigen Flügel, der die Führungsrolle in den Gewerkschaften innehat, bewußt, daß die kapitalistische Wirtschaftsweise unvermeidlich Krisen hervorbringen muß und mit diesen Krisen unvermeidlich industrielle Reservearmeen. Sie wußten, daß die Gegensätze dieser Produktionsweise sich wiederum steigern würden und ein gewaltiges Netz von staatlicher Unterdrückung erforderlich machten, das die Steigerung der Ausbeutung ins Unvorhersehbare gestattet. Ebenso wußten sie, daß eine Armee aufzurüsten ist, weil die Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Produktion den imperialistischen Krieg ebenso sicher hervorbringt, wie die Revolution ihn verhindern muß.

„Die Nachkriegs-Dauerkonjunktur ist infolge Sättigung aufgestauten Bedarfs endgültig vorbei", schreibt die Zeitung „Metall" heute. Die Gewerkschaftssozialdemokratie will um jeden Preis diese Situation der Vollbeschäftigung wieder herstellen. Eugen Loderer erklärte im Geschäftsbericht des Vorstandes auf dem Gewerkschaftstag 1977:

„Die Globalsteuerung der 60er Jahre ist heute wirtschaftspolitisch überholt und unzulänglich. Die jetzt beschlossenen konjunkturpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung gehen fast ausnahmslos in die richtige Richtung. Sie dienen der Nachfragebelebung. Mittel- und langfristig wird man die Vollbeschäftigung jedoch nur durch strukturpolitische Maßnahmen absichern können. Auch auf diesem Gebiet wird die Bundesregierung sich zu neuen Schritten durchringen müssen." (Metall Nr. 20 vom 3. Oktober 1977)

„Allein durch Konjunkturpolitik ist die Vollbeschäftigung nicht wieder zu erreichen, weil mit struktureller Arbeitslosigkeit gerechnet werden muß." Eugen Loderer „fordert, die Gefahr der Massenarbeitslosigkeit mit strukturpolitischen Konzepten zu bannen. Für das nächste Jahrzehnt drohe nicht nur eine gigantische Verschwendung der wichtigsten Produktivkraft, nämlich der menschlichen Arbeitskraft, es drohe nicht ‚nur' der materielle Lebensstandard der Arbeitslosen abzubröckeln. Es unterminiere vielmehr ein ‚Konstruktionsfehler der Volkswirtschaft' das Selbstbewußtsein und Selbstwertgefühl jedes einzelnen Arbeitnehmers, ob beschäftigt oder nicht. Deshalb dürfe sich keiner mehr mit dem Hinweis auf die ‚Selbsterhaltungskräfte des Marktes' vertrösten lassen." (Eugen Loderer, zitiert nach „Metall" Nr. 12 vom 14. Juni 1977)

Die Vollbeschäftigung erscheint für die Arbeiter durchaus als günstig und ist es auch, verglichen mit der Arbeitslosigkeit. Aus diesem Grund kann sich Eugen Loderer hinstellen und im Brustton der innersten Überzeugung predigen, daß er die Interessen der Arbeiterklasse verträte. Schreibt man wie Loderer alle 14 Tage seine Kolumne zur „Rückgewinnung der Vollbeschäftigung", so ist es möglich, dauernd von den Interessen der Arbeiter zu handeln.

„Wir können es nicht zulassen, daß durch Fehlentscheidungen und unbegründete Verzögerungen noch mehr Kolleginnen und Kollegen ihre Arbeitsplätze gefährdet sehen oder gar verlieren." (Metall vom 14. November 1977)

So kann dieser gewiefte Klassenversöhnler sich auf die Lebenserfahrungen von Millionen ausgebeuteter und unterdrückter Arbeiter stützen und gleichzeitig geschickt gegen die Interessen der Arbeiter vorgehen. Wobei alle seine Vorschläge direkt die imperialistischen Programme der Bourgeoisie unterstützen.

Die Senkung des Reallohns der westdeutschen Arbeiter schadet der internationalen Arbeiterklasse

Wenn die Überproduktionskrise eine Unvermeidlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise ist, und wenn in jedem Land, in dem diese Produktionsweise herrscht, Überproduktionskrisen eintreten müssen, dann besteht auch die Möglichkeit, die Lasten dieser Krisen international abzuwälzen, wenigstens zunächst mal, um so der Krise zu entrinnen. Der „Weltökonom" Helmut Schmidt predigt so was das ganze Jahr über.

Eugen Loderer sieht diese Lage keinen Deut anders. Unter der bedeutungsvollen Überschrift „Keine ‚Grenze der Gleichheit' für uns" unterstützt er das imperialistische Expansionsprogramm der Finanzbourgeoisie, indem er vorgibt, die Interessenlage der Arbeiterklasse zu vertreten:

„Problem Nr. 1 für die Arbeitnehmer ist die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit. Dabei wissen wir, daß eine ausschließlich globale Konjunkturbelebung Inflationsgefahren birgt. Wirtschaftspolitische Versäumnisse haben die Strukturprobleme anwachsen lassen. Sie sind nicht im Schnellverfahren abzubauen.

Aber Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit sind so schwerwiegende Probleme, daß es um so mehr darauf ankommt, sie energisch mit einer gezielten Strukturpolitik anzupacken ...

Andererseits stellt Bonn sich den strukturpolitischen Erfordernissen. Das beweisen die Kabinettsentscheidungen in Sachen Schiffbau und Luft- und Raumfahrtindu-
sen die Kabinettsentscheidungen in Sachen Schiffbau und Luft- und Raumfahrtindu-
strie. Das beweist aber vor allem das 16-Milliarden-Programm, das in der Richtung stimmt, wenngleich es uns nicht schnell genug erscheint ...

Beschäftigung und Wachstum bei uns sind keine rein nationalen Fragen. Auf der Londoner Konferenz in diesen Tagen hat die Bundesregierung unsere Unterstützung, wenn es darum geht, praktikable und faire Regelungen zur Sicherung des Welthandels und der Weltwirtschaft zu erarbeiten. 25 Prozent unserer Arbeitsplätze hängen direkt vom Internationalen Handel ab." (Aus „Metall" Nr. 9 vom 3. Mai 1977)

Bezüglich der Vertretung der Arbeiterinteressen stellt sich bei diesem Lodererschen „Konjunkturgemälde" folgender schwerwiegender Haken heraus, der für die Arbeiterklasse von erheblicher Tragweite ist. Es ist zwar möglich, daß die Kapitalisten eines Landes enorme Profite machen auch während der Phase der Überproduktionskrise, aber nur, wenn es ihnen gelingt, den Lohnstandard „ihrer Arbeiter" weit unter den Standard ihrer imperialistischen Konkurrenten zu senken und die Intensivierung der Ausbeutung weit über den vergleichbaren Standard ihrer Konkurrenten zu heben. Dies ist die Grundbedingung, um der Krise durch „Ankurbelung des Exports" zu entrinnen. Der Vorschlag Eugen Loderers ist durchaus durchführbar, aber was den ökonomischen Nutzeffekt und das wirtschaftliche Ergebnis anbelangt, ist er nur den Kapitalinteressen von Nutzen, keineswegs den Interessen und Bedürfnissen der Arbeiterklasse. Dieser Vorschlag wirkt vielmehr dahin, daß die imperialistische Konkurrenz ihre Anstrengungen vervielfacht, um die Arbeiter, die unter ihrer Knute stehen, in die gleichen tierirschen Arbeitsbedingungen zu pressen. Der Ruf Loderers nach „Wiederherstellung der Vollbeschäftigung" führt zu nichts anderem als zur schrittweisen Senkung der Reallöhne der Arbeiter und zur Steigerung der Ausbeutung. Nicht allein das ist das Ergebnis dieser Taktik der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung. Die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Imperialisten muß sich zwangsläufig verschärfen. Die westdeutschen Kapitalisten haben aufgrund dieser Taktik eine große Summe Geldes angehäuft, das nach profitabler Anlage schreit. Wo aber das Kapital hinzieht, da entwickelt der Bourgeois politische Interessen. Er muß sein Eigentum vor Enteignung schützen. Aus dem freien Spiel der marktwirtschaftlichen Kräfte entwickelt sich im Weltmaßstab unvermeidlich die Tendenz zum politischen Zusammenstoß, die Tendenz zum Krieg. Für die Expansionsinteressen weiß Eugen Loderer guten Rat:

„Ja zum Montagewerk in den USA" schrieb der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende des VW-Aufsichtsrats, Eugen Loderer, in seiner Kolumne vom 4. Mai 1976 an die Adresse von Toni Schmücker. „Die Arbeitnehmervertreter teilen das Interesse von Vorstand und Anteilseignerseite an der langfristigen Sicherung des VW-Absatzes in den USA. Zugleich geht die Arbeitnehmerseite davon aus, daß der Vorstand und die Anteilseignerseite das Interesse der Arbeitnehmer an der langfristigen Sicherung der Arbeitsplätze teilen."

Die VW-Arbeiter in dem vor wenigen Wochen eröffneten USA-Werk verdienen etwa 4,50 DM in der Stunde weniger als ihre Kollegen z.B. bei General Motors. Inzwischen mehren sich auch die Anzeichen dafür, daß in den westdeutschen Produktionsstätten der VW AG mehr und mehr Arbeiter entlassen werden. Schon heute kann man feststellen, daß die dauernden Lohnsenkungen, die den westdeutschen Arbeitern von der Sozialdemokratie in den vergangenen Jahren aufgebürdet wurden, der internationalen Arbeiterklasse schwer geschadet haben, weil es dazu geführt hat, daß die jeweilige Bourgeoisie einen ebensolchen Angriff auf den Reallohn der Arbeiter führt. Ebenfalls sind die Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten durch den „Weg zurück zur Vollbeschäftigung" enorm gesteigert worden. Was nicht eingetreten ist, ist die Besserung der Lage der Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin, sondern eine dauernde Verschlechterung, deren Ende schwerlich abzusehen ist. Wenn die Arbeiterklasse gegen die dauernde Verschlechterung ihrer Lage keine Wende herbeiführt, dann führt von der Politik der Sozialdemokratie ein gerader Weg zur zuchthausmäßigen Zwangsarbeit und zu einer Verschärfung der internationalen Konkurrenz, die zwingend zum Krieg drängt.

In der Beilage zur Zeitung „Metall" drängt.

In der Beilage zur Zeitung „Metall" vom 24. April 1978 finden wir einige interessante Hinweise dafür, daß es „Zeit für Neuorientierung" wird, wie die Gewerkschaftssozialdemokratie den gigantischen Umwälzungsprozeß der Produktion bezeichnet. Die technischen Umwälzungen in der Druckindustrie werden sich gegen die geplanten Maßnahmen im Maschinenbau, im Transportwesen, in der Energieproduktion direkt bescheiden ausnehmen. Für all diese Maßnahmen braucht die Bourgeoisie nicht nur Kapital, sondern auch Arbeit, ein großes Heer billiger Arbeitskräfte. Damit sie diese Investitionen durchführen kann, muß sie zunächst in kürzester Zeit drastische Profite machen und in der Form der Staatsverschuldung weitgehend zentralisieren, die einzelnen Kapitale allein können diese Vorhaben nicht durchführen. Die Zeitung „Metall" schreibt:

„... Bis Mitte der 80er Jahre ist ein Anstieg der Arbeitslosen auf zwischen 2 und 3 Millionen nicht mehr auszuschließen, falls nicht die dringend erforderliche Neuorientierung in der Beschäftigung vorgenommen wird, wie sie in den Vorschlägen des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung gefordert wird ...

Bei den öffentlichen Dienstleistungen handelt es sich weitgehend um arbeitsintensive Bereiche, in denen zudem noch erhebliche gesellschaftspolitische Nachholbedarfe bestehen. Insbesondere bei Wohnraum, Wohnausstattung, Gesundheitswesen, Jugendhilfe, Altenhilfe, Bildungswesen, Kultur, Sportstätten, Kläranlagen, Abfallbeseitigung. Damit müßte gleichzeitig der prozyklischen Sparpolitik der öffentlichen Hände in den vergangenen vier Jahren, wodurch die Arbeitslosigkeit eine weitere Verschärfung erfahren hat, entgegengewirkt werden. Die Verabschiedung des mittelfristigen öffentlichen Investitionsprogramms 1977 bis 1980 ist ein erster Schritt in diese Richtung. Allerdings sind sowohl das Volumen mit insgesamt 16 Milliarden DM unzureichend sowie die zu erwartenden beschäftigungspolitischen Wirkungen gering."

Mag der eine oder andere durch einige dieser Passagen bisweilen die so vertrauten Reformillusionen von Willy Brandt zu erkennen glauben, so kann das schon sein, handelt es sich doch hier wie dort um ein Programm, das keineswegs den Interessen der Arbeiterklasse etwas nützt. Vielmehr stützt es direkt die imperialistischen Expansionspläne der westdeutschen Finanzbourgeoisie. – (Z-Red.)

„Lohnausgleich ist auch wirtschaftlich notwendig"

1) Ausweitung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten und Konzentration auf die Suche nach rohstoffsparenden, umweltschonenden und vor allem arbeitsplatzschaffenden Technologien.

2) Erhöhung des Qualifikationsniveaus der Arbeitnehmer nach dem Konzept „lebenslanges Lernen". Es gelte, „weg vom routineorientierten Gedächtnistraining hin zu mehr Flexibilität, Kreativität, Lernfähigkeit und Entscheidungsbereitschaft" zu kommen.

3) Spezialisierung auf wachstumsintensive Industriezweige in Abstimmung zwischen Industrie- und Entwicklungslän-
sive Industriezweige in Abstimmung zwischen Industrie- und Entwicklungslän-
dern.

4) Verstärkung der selektiven Entwicklung neuer Technologien und Produkte, Ausweitung der betrieblichen Produktepalette, Erschließung neuer Märkte.

5) Förderung der Durchsetzung neuer Produkte im Betrieb und auf dem Markt, vor allem bei Klein- und Mittelunternehmen. (Dort seien die Innovationshemmnisse besonders hoch. Weil aber in Klein- und Mittelunternehmen 60% aller Arbeitnehmer beschäftigt sind, hat der IGM-Vorstand bereits vor einem Jahr die Errichtung von „Innovationsberatungsstellen" gefordert, die ihnen den Zugang zu neuesten Forschungsergebnissen ermöglichen sollen).

6) Ausdehnung des privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereichs.

7) Entwicklung neuer betrieblicher und tariflicher Funktions-, Qualifikations- und Entlohnungssysteme, orientiert an den künftigen Arbeitsplatzstrukturen.

8) Sicherung des Besitzstandes der Arbeitnehmer durch betriebliche, tarifliche und gesetzliche Bremsmechanismen überall dort, wo der Strukturwandel den Arbeitnehmern hohe persönliche und soziale Nachteile bringt.

9) Arbeitszeitverkürzung. Vorrangige Bedeutung komme dabei der Verlängerung des Erholungs- und Bildungsurlaubs zu, weil auf diese Weise das gewerkschaftliche Ziel, Arbeit gleichmäßig auf alle zu verteilen, am effektivsten zu erreichen sei. Daneben dürften die anderen Möglich-
verteilen, am effektivsten zu erreichen sei. Daneben dürften die anderen Möglich-
keiten der Verkürzung der Lebensarbeitszeit nicht vernachlässigt werden.

10) Sicherstellung einer kaufkräftigen Nachfrage, um Absatzchancen für Mehrproduktion zu schaffen, die aufgrund der neuen Technologie möglich wird. Der volle Lohn- und Gehaltsausgleich bei Arbeitszeitverkürzung werde damit nicht nur zu einer sozialen, sondern auch zu einer wirtschaftlichen Notwendigkeit.

(Technologie-Tagung der IG Metall in Frankfurt vom 24. – 25. Mai 1977. Als Referenten sprachen: Dr. Lothar Scholz – Ifo Institut München, Erich Mayer – IGM-Bevollmächtigter in Villingen-Schwenningen, Hans Matthöfer und Herbert Ehrenberg, Martin Grüner – Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Friedrich Bauer – Siemens AG, Hans Pornschlegel – Sozialakademie Dortmund, Hans Mayr – 2. IGM-Vorsitzender). Aus „Metall" Nr. 12 vom 14. Juni 1977.

Der Kampf um ausreichenden Lohn auf dem Bau wird fortgesetzt

140000 Bauarbeiter demonstrierten und führten Warnstreiks durch

„Trotz gestiegener Aufträge ist die Deutsche Bauindustrie, was die Zukunft angeht, immer noch unsicher", vermeldet das „Handelsblatt" am Mittwoch von der Mitgliederversammlung des Verbandes der Deutschen Bauindustrie. Am Tag zuvor waren über 140000 Bauarbeiter für die Durchsetzung der Lohnforderung nach 7,7% und 72 Stundenlöhnen, 13. Monatsgehalt in den Streik getreten. Die Baukapitalisten sind durch die Entschlossenheit der Kampfaktionen verunsichert, ob sie die in diesem Jahr erwarteten Profite hereinbekommen. Daß die Baupreise erhöht werden, ist klar, nur um wieviel noch nicht, solange die Tarifabschlüsse noch ausstehen.

Von den Schlichtungsverhandlungen, die in Frankfurt auf voraussichtlich Donnerstag nach Hamburg vertagt worden sind, ließ der Schlichter Hesselbach heraus, „die Spannen zwischen den Tarifparteien haben sich zwar reduziert, seien aber immer noch so groß, daß man zu keinem Ergebnis gekommen sei". (Handelsblatt, 12.5.) Das Angebot muß also gestiegen sein, auch wenn sie es nicht öffentlich rauslassen.

Das Festhalten an den Forderungen und die Entschlossenheit, den unbefristeten Streik auszurufen, wenn nicht gezahlt wird, wurde auf den Kundgebungen und Versammlungen, die während des mehrstündigen Streiks durchgeführt wurden, mit tosendem Beifall bedacht. Die Bauarbeiter drängen auf Aktionen und Propagierung und Verankerung der Forderungen. In Lübeck wurde gar nicht erst die Arbeit aufgenommen, 2500 Bauarbeiter trafen sich um 6.45 Uhr vor dem Gewerkschaftshaus zu einer Demonstration durch die Stadt. Viele Bauarbeiter wollten während des Streiks nicht in ihrer Bude sitzen, es wurden Umzüge organisiert durch die Städte, auch in kleineren Städten wie Trappenkamp, Stade. In Bad Oldesloe marschierten 15 Bauarbeiter mit ihren Forderungen durch die Einkaufsstraßen.

Die Sozialdemokraten sind überrascht von der Kampfentschlossenheit der Bauarbeiter, so wollten sie doch in Lübeck die Demonstration mit dem Aufruf, die Arbeit wieder aufzunehmen, beenden, das traf auf Widerspruch und es wurde dann eine Abschlußkundgebung gehalten, auf der die Forderungen bekräftigt wurden. Kämpferisch müssen die Sozialdemokraten auftreten, wollen sie die Sache in der Hand behalten. Die Bauarbeiter sind zur Durchsetzung der Forderung zum Streik bereit. Das Drängen auf organisierte Aktion und die Ausdehnung der Streiks über den zeitlichen Rahmen hinaus macht das deutlich.

Auf einen gewerkschaftlichen Schlichter, den ehemaligen Chef der Bank für Gemeinwirtschaft Hesselbach, haben sich die Kapitalisten und die BSE geeinigt, um dann den Schlichtungsspruch aus dem Munde eines „neutralen" Gewerkschafters zu



Demonstration der Bauarbeiter in Lübeck

verbreiten. Sollte es einen Schlichtungsspruch geben, wird am 26.5. darüber abgestimmt. Die Bauarbeiter wissen, daß die Schlichtung nur den Zweck hat, die Durchsetzung des Angebots zu verhindern. Auf der Streikversammlung in Braunschweig am letzten Dienstag waren sich die Arbeiter einig, „ob nun ‚Kollege' Hesselbach oder ein anderer der Schlichter ist, ist egal, unter 7,7% wird kein Kompromiß gemacht."

Durchsetzen lassen sich die Forderungen aber nur mit Streik. Wie die Kapitalisten die dauernde Lohnsenkung nutzen wollen, haben sie auf ihrer Mitgliederversammlung festgelegt. „Um das erwünschte Wachstum von 4% zu erreichen, müsse die Produktion ab April bis Ende des Jahres mindestens um 7% gesteigert werden." Lohnsenkung als Hebel zur weiteren Ausdehnung des Arbeitstages mit Ausweitung der Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit, das ist ihr Ziel. Die Bauarbeiter können dem einen Riegel vorschieben durch die Vorbereitung des Streiks mit weiteren Aktionen gegen die Schlichtung in dieser Woche. – (Bezirk Holstein)

Eine Mindestforderung würde eine einheitliche Kampffront herstellen!
Kautschuk-Kapitalisten bieten 2%
In dieser Woche, am Mittwoch, wird die Tarifkommission der IG Chemie für die Kautschukindustrie in Niedersachsen die Forderung beraten und wahrscheinlich auch eine Forderung
Bei der steigenden Zahl der produzierten Autos müssen natürlich auch mehr Reifen produziert werden und zwar gleich jeweils fünf Stück. Der Veith-Pirelli-Konzern erklärte dann auch
Lohngruppe Stundenlohn (Pf.) 7% pro Stunde (Pf.) monatlich (DM)
1 709,4 49,7 85,90
worden sind, macht deutlich, daß man sich diesen Abschluß gemerkt hat. Er entspricht genau dieser Höhe. Daß diese Forderung bei der sozialdemokratischen Verhandlungsführung

Eine Mindestforderung würde eine einheitliche Kampffront herstellen!

Kautschuk-Kapitalisten bieten 2%

In dieser Woche, am Mittwoch, wird die Tarifkommission der IG Chemie für die Kautschukindustrie in Niedersachsen die Forderung beraten und wahrscheinlich auch eine Forderung festlegen. Die Tarife laufen zum 30. Juni 1978 aus.

Die Kautschukkapitalisten, die durch die Continental-Werke im Tarifgebiet Niedersachsen bestimmt werden, haben bereits ihre Ziele angemeldet. 2% wollen sie zahlen. Dies unverschämte Angebot haben sie zwar noch nicht gemacht, aber nach den bisherigen Äußerungen läuft es darauf zu.

All dies unter der Tatsache, daß die Arbeiter in der Kautschukindustrie sowieso in den letzten Jahren bei den Lohnauseinandersetzungen schlechter abgeschlossen haben als in den anderen Industrien.

Die Kautschukkapitalisten meinen wohl, bei ihrem Abschluß um 2%, mit dem sie liebäugeln, daß die Arbeiter in der Kautschukindustrie auf jeden Fall niedriger abschließen müssen als die Arbeiter in der Chemieindustrie.

Bei den verschiedenen Reifenproduzenten herrscht ein scharfer Konkurrenzkampf, aber jeder Konzern hat im wesentlichen einen großen Autokonzern, den er mit Reifen beliefert. Bei der steigenden Zahl der produzierten Autos müssen natürlich auch mehr Reifen produziert werden und zwar gleich jeweils fünf Stück. Der Veith-Pirelli-Konzern erklärte dann auch gleich, er wolle an der „anhaltend guten Autokonjunktur teilhaben" (HAZ, 8.5.1978).

Einen Rückschlag müssen die Konzerne bei den Ersatzreifen verzeichnen. Dies ist aber auch verständlich, denn die Arbeiter kaufen sich nicht viel neue und teure Ersatzteile in die schlechten Gebrauchtwagen. Die müssen schon so laufen. Für einen neuen Satz Reifen muß man bei guten Reifen bis zu 400 DM zahlen.

Der Veith-Pirelli-Konzern konnte dann auch seine 12% Dividende wieder ausschütten. Die Konzerne haben also Geld, sie können zahlen. Die Continental-Werke machen am 14. Juni ihre Hauptversammlung, dann werden sie vielleicht einige schon frisierte Zahlen rauslassen, die wahrscheinlich nicht zu deutlich sind. Aber der Vorstand hat Geld, das ist sicher.

Das müßten doch auch die Vertreter der IG Chemie wissen. Sie schlagen vor, die „Lohn- und Gehaltstarifverträge sollen um etwa 7% angehoben werden".

Lohngruppe	Stundenlohn (Pf.)	7% pro Stunde (Pf.)	monatlich (DM)
1	709,4	49,7	85,90
2	735,7	51,5	89,10
3	760,7	53,2	92,10
4	809,7	56,7	98,10

So würde dies bezogen auf die einzelnen Lohngruppen aussehen. Dies macht deutlich, ohne eine Mindestforderung ist die Spaltung in dieser Lohnauseinandersetzung bereits perfekt.

Wenn der Hauptvorstand erwägt, daß eine Forderung um etwa 7% das Richtige ist, sollte es eigentlich klug sein, eine Forderung in Höhe des Mindestbetrages wie bei VW zu fordern. Dies würde 7,5% bei der Lohngruppe 6 bedeuten. Dies ist eine Forderung, die einer Belegschaft schon einmal einen Erfolg gebracht hat.

Man soll sich hüten, die beiden Belegschaften einfach zu vergleichen, aber der Kampf der VW-Arbeiter ist bei Conti mit großem Interesse verfolgt worden, und daß in verschiedenen Abteilungen gerade Forderungen zwischen 70 und 80 Pfennig aufgestellt worden sind, macht deutlich, daß man sich diesen Abschluß gemerkt hat. Er entspricht genau dieser Höhe. Daß diese Forderung bei der sozialdemokratischen Verhandlungsführung schwerlich durchgesetzt werden kann, wird vielen Arbeitern klar sein. An Unterstützung soll es auch nicht fehlen. Die Sozialdemokraten sollen auch einige Zehntel zum Verhandeln bekommen. Nur muß man sich gegen Eines deutlich aussprechen, ein Abschluß um die 4% kann nicht die gemeinsame Grundlage sein. Daß auch kampfschwache Gebiete sich durchsetzen können, und das ist die Kautschukindustrie, weil sie regional gespalten ist und auch aus dem Zusammenhang der Tarifverhandlungen rausgerissen ist – so hat der Kampf der Metallarbeiter im Tarifgebiet Niedersachsen in der Metallindustrie deutlich gemacht, daß Forderungen mit Mindestbeträgen, die auch nicht niedrig sind, durchgesetzt werden können. Ohne Streik war das Ergebnis für das Tarifgebiet Niedersachsen zwar nicht ausreichend, war aber im Gegensatz zu den drei Wochen Streik in Nordwürttemberg-Nordbaden günstiger.

Und daß die Kapitalisten auf vier Prozent wollen, ist klar, diese Absichten müssen zunichte gemacht werden.

Für 1500 DM brutto täglich 50 km von einer Maschine zur nächsten und dritten laufen

Rationalisierung in der Textilindustrie

Münster. „Besonders der technische Fortschritt schafft ... die Voraussetzung dafür, daß auch in Zukunft die Textilindustrie in der Bundesrepublik einen bedeutenden Platz einnehmen wird ... Konsequent genutzt, macht der technische Fortschritt es möglich, den Kostenvorsprung zu mindern, den Länder mit niedrigen Löhnen haben. Es gilt also, die kostbare und kostspielige menschliche Arbeitskraft äußerst rationell einzusetzen", soweit Gesamttextil, 1974 „Kritische Fragen an die Textilindustrie". Getreu diesem Programm haben die westdeutschen Textilkapitalisten im Kampf um neue Absatzmärkte in den letzten Jahren durch Umwälzung der Maschinerie eine scharfe Rationalisierungswelle eingeleitet und die Löhne der Textilarbeiter weiter gedrückt.

Das Münsterland ist ein Zentrum der Textilindustrie. Im Kreis Steinfurt arbeiteten 1974 65% aller Beschäftigten in der Textilindustrie, im Kreis Warendorf 32%, in Münster 30,8% und in den ehemaligen Kreisen Ahaus und Borken 41,6 bzw. 32,4%.

Die Zahl der Textilbetriebe im Bereich der Industrie- und Handelskammer Münster ging im Zeitraum von 1972 bis 1977 von 218 auf 190 zurück. Allein in den letzten vier Wochen schlossen drei Betriebe in Rheine und Osnabrück.

Gab es im Bereich der IHK Münster 1972 noch 42049 Beschäftigte in der Textilindustrie, so waren es 1977 nur noch 31878. Mit 24,1% weniger Beschäftigten steigerten die Textilkapitalisten ihren Gesamtumsatz um 21,4%, von 2792 Mio. (1972) auf 3390 Mio. (1977). Innerhalb von fünf Jahren schafften es die Textilkapitalisten, den Umsatz pro Beschäftigtem um 60% zu steigern.

Ermöglicht wurde dies durch die Umwälzung der Maschinerie: In der Baumwollspinnerei Gronau haben die neuen Maschinen in der Spulerei jetzt 1000 bis 1200 Umdrehungen, die alten hatten nur 600 bis 800. Jede Maschine hat 310 Spindeln. Und wo vormals zwei Arbeiterinnen drei Maschinen bedienten, hält jetzt eine Arbeiterin drei Maschinen an zuzüglich Wartung und Putzen. Schnell muß man da sein, viel Fingerspitzengefühl haben, will man den Akkord schaffen, und jeden Tag muß man in den acht Stunden ein Laufpensum von ca. 50 km absolvieren.

Eine Spulerin bei Gerrit v. Delden, Gronau, eingestuft in Lohnstufe 3, bekommt einen Grundlohn von 7,14 DM. Mit Akkordzuschlag kommt sie auf 9,36 DM. Dazu kommt noch die Schichtzulage.

Grundlohn
168 x 7,14 gleich 1199,52 DM
Akkordlohn
9,36 x 163 gleich 1525,68 DM,
dazu kommen fünf Stunden im Grundlohn 5 x 7,14 gleich 35,70 DM.
Schichtzulage von 10% auf 20 Stunden für Arbeit von 20 bis 22 Stunden gleich 18,72 DM
Bruttoendlohn 1580,10 DM

Ein Spuler, ebenfalls bei Gerrit v. Delden, eingestuft in die Lohngruppe 4a, bekommt einen Grundlohn von 7,38 DM. Mit Akkordzuschlag kommt er auf 10 DM/Std.

Grundlohn
168 x 7,38 DM gleich 1239,64 DM
Akkordlohn
163 x 10 DM gleich 1630 DM,
dazu kommen fünf Stunden im Grundlohn 5 x 7,38 gleich 36,90 DM,
dazu 25% Nachtzuschlag gleich 416,71 DM
Bruttoendlohn 2083,61 DM.

Der elende Lohn und der Druck der industriellen Reservearmee zwingen den Arbeitern viele Überstunden ab. So hat ein ausländischer Arbeiter bei M.v.Delden, Gronau, im letzten Monat 36 Überstunden machen müssen. Ein 17jähriger Jugendlicher bei der Baumwollspinnerei wurde gezwungen, Überstunden zu machen von samstags 6 bis 18 Uhr und von Sonntag 6 bis 13.15 Uhr. Im Monat kommen da 34 Überstunden raus, und mit einer Zulage von 25% für die Samstagsarbeit und 50% für die Sonntagsarbeit ergab das einen Bruttolohn von 1488 DM. Netto blieben ihm 1006 DM. Bei der Baumwollspinnerei Gronau verweigern die Arbeiter jetzt die Überstunden. Das ist ein richtiger Schritt, um der Ausbeutung Schranken zu setzen. Notwendig ist auch, die Front gegen die Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit aufzubauen im Kampf für den Siebenstundentag. – (Bezirk Münsterland-Emsland)

Entlassungen bei VW

Wolfsburg. Die Arbeiter von VW haben in ihren Streiks gezeigt, daß sie Schmückers Lohnsenkungsprogramm nicht hinnehmen.

Diese Scharte versucht Schmücker jetzt hintenherum wieder auszuwetzen, um dem, was die Arbeiter ihm schon auf der letzten Betriebsversammlung angekündigt haben – daß man sich die ehemals angebotenen 150 DM von ihm schon holen würde, wenn er sie jetzt noch nicht zahlt – entgegenzutreten. Einzelne Arbeiter, von denen bekannt ist, daß sie für den kompromißlosen Kampf gegen die Kapitalisten sind, sollen jetzt exemplarisch entlassen werden. Dabei ist es so, daß nicht der Streik als Grund der Entlassung angegeben wird, was einfach so nicht geht, da der Betriebsrat auf der letzten Betriebsversammlung erklärt hat, daß keiner mit Maßregelungen zu rechnen braucht. Doch, wenn die Kapitalisten Gründe suchen, finden sie auch welche, das weiß jeder. Wo sie auf Grund des Kündigungsschutzgesetzes nicht genötigt sind, Gründe anzugeben, geben sie auch keine und tragen die Entlassung und ihre Gründe noch nicht einmal in die Personalakte ein. Inzwischen sind auf jeden Fall vier Entlassungen bekannt geworden. Einer der Entlassenen ist der Genosse Henning Rose, Kandidat des KBW in Wolfsburg zu den Niedersächsischen Landtagswahlen.

Mit diesen Entlassungsversuchen sollen Maßnahmen eingeleitet werden, die die Ausbeutung in den VW-Werken verschärfen und die Belegschaft daran hindern sollen, noch vor dem Auslaufen des Tarifvertrages im nächsten Jahr den Kampf um einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag zu führen. Dabei hat es Schmücker nicht einfach, weiß doch die VW-Belegschaft, daß sie Schmücker empfindlich treffen und ihn schlagen kann, wobei die Bezahlung der Streikstunden durch Schmücker nur ein Punkt ist. Aber Schmücker ist auch einer, der nicht so einfach von seinen Plänen abrückt und aufsteckt, was man ja auch an diesen Entlassungen sehen kann. Ob Schmücker letztendlich mit diesen Entlassungen durchkommt, ist jedenfalls noch nicht raus. Die Entlassungen richten sich gegen die ganze VW-Belegschaft, das weiß jeder, also kann auch die gesamte Belegschaft dagegen auftreten, so wie jeder dazu Stellung nehmen kann. Die Verhinderung der Entlassung ist auf jeden Fall eine weitere Stärkung der Belegschaft im Kampf gegen Schmückers Expansionspläne. – (VW-Zelle Wolfsburg)

letztendlich mit diesen Entlassungen durchkommt, ist jedenfalls noch nicht raus. Die Entlassungen richten sich gegen die ganze VW-Belegschaft, das weiß jeder, also kann auch die gesamte Belegschaft dagegen auftreten, so wie jeder dazu Stellung nehmen kann. Die Verhinderung der Entlassung ist auf jeden Fall eine weitere Stärkung der Belegschaft im Kampf gegen Schmückers Expansionspläne. – (VW-Zelle Wolfsburg)

Gesundheitsökonomische Betrachtungen über die Hand des Arbeiters

Mit rund 25 Mrd. DM beziffert die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung die jährlich anfallenden „Arbeitsunfallkosten". Über ein Drittel davon (1976: 8,9 Mrd.) entfällt auf die gesetzliche Unfallversicherung, in die die Kapitalisten zu ihrem Leidwesen *allein* einzahlen.

Ehrenberg nannte diese Zahlen bereits im letzten Herbst entscheidend zu hoch. 40% aller Arbeitsunfälle betreffen Verletzungen der Hand, Quetschungen, Brüche und Abtrennung von Gliedern. „Bindende Rentensätze für glatte Gliederverluste sind in der gesetzlichen Unfallversicherung nicht eingeführt. Der Grad der Erwerbseinbuße wird daher *von Fall zu Fall* festgesetzt." (Lehrbuch der Chirurgie, Stuttgart 1967)

Dafür können sich die Chirurgen, die Gutachten über die Erwerbsminderung anfertigen, an einer „Gliedertaxe" orientieren. Verlust eines Fingers der linken Hand außer dem Daumen und der rechten Hand außer Daumen und Zeigefinger sowie Abtrennung des ersten Fingerglieds des Daumens wird nach dieser Taxe überhaupt nicht als Erwerbseinbuße gewertet. Für eine Zehe gibt es 2%, einen Fuß oder das ganze Bein 50%.

Auf dem Chirurgenkongreß in München am 3. Mai hat sich Professor Reifferscheid, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie, über die gesundheitsökonomischen Aspekte der Replantation abgetrennter Gliedmaßen geäußert. Zu „unrealistischen Ansprüchen" an die Medizin führe die falsche Annahme, daß die hohe Erfolgsaussicht bei Replantationen den allgemeinen Standard der medizinischen Versorgung berühren würde. Schließlich koste eine solche Operation im Durchschnitt 16000 DM. „Wir sind an einem Wendepunkt angekommen, wenn wir heute erstmalig neben der ärztlichen auch die ökonomische Tragbarkeit neuer Behandlungsverfahren werten."

Allerdings sei es notwendig, die Einstellung zur Gesundheit zu ändern, sie nicht nur als „Freiheit von Krankheit", sondern als Fähigkeit zu verstehen, „mit Leid und Krankheit fertig zu werden." Spricht Reifferscheid und appelliert an die Solidarität der Versicherten, die man nicht über Gebühr strapazieren dürfe. Der Arbeiter als Kostenfaktor der gesetzlichen Unfallversicherung ist es, der die „Solidarität" der Kapitalisten überstrapaziert. Nicht wegen der vielen abgetrennten Gliedmaßen, sondern grundsätzlich. Und das allgemeine Niveau der medizinischen Versorgung anzugreifen, eignet sich ideologisch dort am besten, wo die Kosten hoch sind und die Arbeiter am ehesten „soziale Leistungen" in Anspruch zu nehmen scheinen. In allen Fällen sind es *den Arbeitern* vorenthaltene Lohngelder, mit denen die *Kapitalisten* Größeres vorhaben, als die Ausbeutbarkeit eines einzelnen Arbeiters wiederherstellen zu lassen. – (Z-Red.)

Tarifabschluß im Einzelhandel

Für die Beschäftigten im niedersächsischen Einzelhandel sind am 8.Mai neue Tarife abgeschlossen worden. Die Tarifkommission der Gewerkschaft HBV stimmte dem 2.Angebot der Einzelhandelskapitalisten, 4% ab 1.Mai und 2,4% (25 DM) ab 1.Oktober, zu. 42 DM brutto mehr erhält demnach eine Verkäuferin im 4.Berufsjahr ab Mai, für einen Lagerarbeiter mit 1400 DM sind das 56 DM brutto mehr. Für die Masse der Lohnabhängigen kommen dann ab Oktober rund 18 DM netto dazu, alles in allem reale Lohnsenkung. Vier Tage nach dem Tarifabschluß war in den Zeitungen zu lesen: „Kaufhof schöpft Hoffnung. 1978 ließ sich gut an".

Buchhandel und Verlage: 5,9%

Hamburg. Am 11.5. wurde im Bereich Buchhandel und Verlage ein Tarifvertrag abgeschlossen, der Gehaltserhöhungen von 5,9%, für Lehrlinge 30 DM mehr vorsieht. Die Gehälter liegen jetzt in der Hauptgruppe (B 2) zwischen 1426 und 1830 DM, für die Auszubildenden bei 450 DM, 510 DM und 610 DM.

Nach dem hartnäckigen Widerstand der Kollegen im letzten Jahr gegen ein Lohndiktat waren die Kapitalisten offenbar an einem schnellen Abschluß interessiert und boten bereits am ersten Verhandlungstag nach drei niedrigeren Angeboten die 5,9%, was brutto zwischen 70 und 115 DM ausmacht.

Demonstration beschlossen

Hannover. Am Samstag, den 7.5. fand in Hannover eine Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen statt. Anwesend waren 22 Bürgerinitiativen, unter anderem aus Bochum, Bielefeld, Bremen, Hamburg, Westberlin, Osnabrück, Hannover, Celle, Salzgitter, Hildesheim, Göttingen und Kassel. Beschlossen wurde, am Samstag, den 10.6. in Hannover eine Demonstration gegen Kernkraftwerke und die Wiederaufbereitungsanlage Gorleben mit dem Schwerpunkt gegen die Grohnde-Prozesse durchzuführen und am selben Wochenende einen Kongreß zu den Themen a) Gorleben – Wiederaufbereitungsanlage, b) Kernkraftwerke und Gewerkschaften, c) Kriminalisierung, Grohnde-Prozesse, d) Widerstandsformen. Der Beschluß wurde mit großer Mehrheit gefaßt.

Liberale äugen nach Zwangsarbeitern – „Gleiskörper verstaatlichen, Bahn verwirtschaftlichen"

Jürgen Hoffie, verkehrspolitischer Sprecher der FDP, legte in der vergangenen Woche 12 Thesen zur „Gesundung der Bahn" vor. Am 31.5.78 soll eine interne Anhörung über die Lage der Bundesbahn vor dem Haushaltsausschuß stattfinden, bevor die neuesten Pläne zur „Sanierung der Bahn" im Bundestag beraten werden.

Hoffie empfiehlt: „langfristige Investitionsplanung" und Sanierung „nach in der Wirtschaft altbewährten Verfahren" können das „rollende Risiko" gesunden lassen.

Erste Kernthese: Verstaatlichung der Schienenwege. „Verstaatlichung" eines staatlichen Sondervermögens? Ein blöd-

Liberale äugen nach Zwangsarbeitern – „Gleiskörper verstaatlichen, Bahn verwirtschaftlichen"

Jürgen Hoffie, verkehrspolitischer Sprecher der FDP, legte in der vergangenen Woche 12 Thesen zur „Gesundung der Bahn" vor. Am 31.5.78 soll eine interne Anhörung über die Lage der Bundesbahn vor dem Haushaltsausschuß stattfinden, bevor die neuesten Pläne zur „Sanierung der Bahn" im Bundestag beraten werden.

Hoffie empfiehlt: „langfristige Investitionsplanung" und Sanierung „nach in der Wirtschaft altbewährten Verfahren" können das „rollende Risiko" gesunden lassen.

Erste Kernthese: Verstaatlichung der Schienenwege. „Verstaatlichung" eines staatlichen Sondervermögens? Ein blöd-
sinniger Einfall eines verqueren Politikers, könnte man auf den ersten Blick meinen. Aber wurden bisher die Gleisarbeiten – Reparaturen, Wartung, Schienenverlegung usw. – von den Bundesbahnarbeitern durchgeführt, so sollen diese Arbeiten dann vom Bund übernommen werden. Die notwendige „Arbeitsbeschaffung" für Ehrenbergs Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit läßt sich gleich damit bewerkstelligen. Die jugendliche Arbeitskraft kann nach dem Jugendarbeitsplatzförderungsprogramm zum Schienenlegen – und die Zivildienstpflichtigen können für 18 Monate im staatlichen Gleisbau vernutzt werden. Es geht um die Schaffung eines staatlichen Zwangsarbeitsdienstes, in dem die durch die Ehrenbergschen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereitgestellte billige Arbeitskraft ausgebeutet werden kann.

Zweite Kernthese Hoffies: Einführung eines neuen, privatisierten Dienstrechts und Ausbau der Bundesbahn zu einem wirtschaftlich orientierten Unternehmen.

Nur die Rationalisierungsmaßnahmen von den vielen bisher in Angriff genommenen „Sanierungen der Bundesbahn" hätten – wenn auch beschränkt – ein erfreuliches Ergebnis erzielt: Seit 1958 hat der Bundesbahnvorstand insgesamt 163000 Stellen gestrichen. Der Plan Gscheidles, bis 1982 weitere 60000 Stellen zu streichen und die anfallende Arbeit aus noch weniger Eisenbahnern herauszuholen, wird hier noch überboten. Nur einen Haken hat die bisher betriebene Rationalisierung: „Mit jedem Jahr wächst der Anteil der Pensionäre, die die Bahn durchfüttern muß!" (Die Zeit, 5.5.) Kurz, an die Altersversorgung der pensionierten Eisenbahner muß man heran. Durch das von Hoffie vorgeschlagene „neue privatisierte Dienstrecht" soll der „Abbau der Belastungen der Bundesbahn durch soziale Verpflichtungen" vorangetrieben werden. Kürzung von Zulagen, Aufwandsvergütungen, Kranken- und Altersversorgung der Bundesbahnbediensteten stecken also hinter Hoffies „privatem Dienstrecht".

„In der Tat, man könnte schon fündig werden, wenn man tief genug bohrte", lobte die „Zeit" diesen „Sanierungsplan". – (Z-Red.)

Beim Landkauf in Gorleben – die Bourgeoisie zieht alle Register

Auch einem Bundeswissenschaftsminister Hauff gehen die Bauern nicht auf den Leim

Die Bundesregierung strengt sich an, das Energieprogramm mit dem Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben durchzusetzen. Sie muß jetzt das nötige Land zusammenbekommen für den Bau der Anlage. Am 3.Mai war die niedersächsische SPD-Führung mit Ravens an der Spitze in Lüchow. Wissenschaftsminister Hauff in Begleitung einiger Wissenschaftler war geschickt worden, um den Bauern, den Arbeitern und den kleinen Handwerkern das Energieprogramm schmackhaft zu machen. Überwiegend stießen sie auf Gegner der Wiederaufbereitungsanlage. Sie versuchten es mit Beschwichtigung. Wissenschaftsminister Hauff sagte, daß die Probebohrungen nötig seien, um sicherzustellen, daß der Untergrund für die Lagerung von Atommüll geeignet sei. Dabei geht es ihnen darum, mit den Probebohrungen Tatsachen für den Bau zu schaffen. Als die Leisetreterei nicht fruchtete, beschimpften die SPD-Politiker die Massen, die Energie verschwendeten, statt zu sparen. Durchsetzen haben sie sich nicht können.

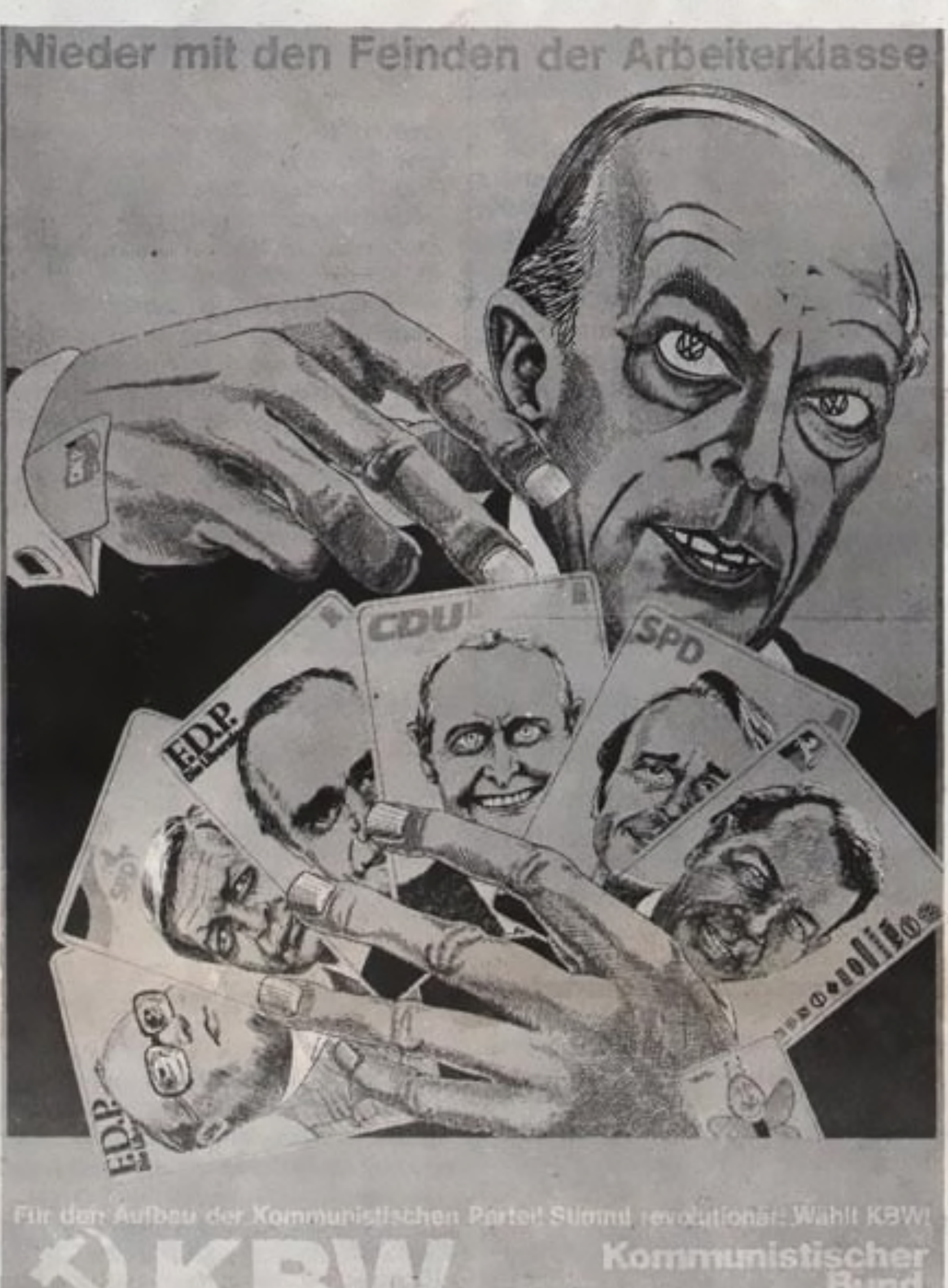
Das größte Problem für die Bourgeoisie besteht darin, das Land zusammenzubekommen, das sie für den Bau der Anlage, die ein Areal von 12 qkm umfassen soll, brauchen. Bei dem Gebiet, das die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK) kaufen muß, handelt es sich vor allem um ein großes Waldgebiet, das vor zwei Jahren abgebrannt ist. Viele Bewohner sind überzeugt, daß Agenten der DWK den Brand angelegt haben, um so billig an das Land heranzukommen. Die Lage ist nicht einfach. Anfangs bestand eine feste Front, daß niemand Land an die DWK verkauft. Mittlerweile sind einige durch Einschüchterung und Erpressung zum Verkauf getrieben worden. Die Propagandisten der DWK verbreiten, daß Widerstand gegen den Verkauf sowieso zwecklos sei. Verfassungsschutz und BGS patrouillieren durch die Dörfer. Pläne für die Absperrung des Geländes sind bekannt geworden. Der Quadratmeter-Preis bei Enteignung des Bauernlandes liegt unter einer DM. Jetzt bietet die DWK den Bauern 4,10 DM pro qm. Das ist auf jeden Fall ein Geschäft für sie, denn der Industriepreis liegt später bei über 11 DM.

Die DWK kauft nur schuldenfreies Land. Nach Tilgung der Hypotheken wird vom Verkaufspreis für viele Bauern nicht mehr viel übrig bleiben. Der Bauer und seine Kinder werden ihre Arbeitskraft dann an einen Kapitalisten verkaufen müssen. Da sich in Lüchow-Dannenberg kaum welche finden, wird er aussiedeln müssen.

Die Landwirtschaft im Kreis Lüchow-Dannenberg ist hoch konzentriert. Große Teile der landwirtschaftlichen Fläche sind in wenigen Händen. 1975 betrug der Anteil der Höfe zwischen 10 und 20 Hektar nur 12,6% gegenüber einem niedersächsischen Durchschnitt von 18,2%. Ihr Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche war lediglich 8,5% gegenüber in Niedersachsen 15,6%. 32,1% der Höfe verfügen dagegen über mehr als 30 Hektar (Niedersachsen 19,4%). Ihr Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche ist 71% bei einem Landesdurchschnitt von 56,6%. Dabei ist die Konzentration in den letzten Jahren stark gewachsen. Verfügten 1971 1091 Höfe über 71% der landwirtschaftlichen Fläche, so waren es bereits 1975 nur noch 892 Betriebe. Dabei ist insbesondere der Anteil der Betriebe mit mehr als 50 Hektar um fast die Hälfte von 441 auf 267 gefallen. Diese Verhältnisse geben den Bourgeois viele Möglichkeiten der Spaltung und erschweren den Zusammenschluß der Masse der Bauern gegen die Erpressungen der DWK und den Bau der Wiederaufbereitungsanlage.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche besteht zu 32% aus Wiesen und Weiden. Sie sind die Grundlage für die Milchwirtschaft, die die Bauern und auch viele Arbeiter im Nebengewerbe betreiben, um existieren zu können. Viele Bauern sind dabei darauf angewiesen, zuzupachten. Das Pachtland kostet für Grünland zwischen 30 und 60 DM pro Morgen (1/4 Hektar). Ackerland fast das Doppelte zwischen 50 und 100 DM. Ein Betrag, der für viele Bauern schwer aufzubringen ist. So wird das Bauernlegen vorangetrieben und die Bourgeoisie ist ihren Zielen einen Schritt näher, sich das Land zusammenzuraffen, das Land zu veröden und billiges Arbeitskräftepotential zu schaffen.

So hat sich die Einwohnerzahl rasch nach unten entwickelt. Der Verlust des Hofes, kaum Möglichkeiten, die Arbeitskraft an einen Kapitalisten zu verkaufen, zwingt zur Abwanderung. Die Einwohnerzahl hat von 1974 auf Oktober 1977 von 50512 auf 49070 abgenommen. Angesichts dieser Verhältnisse kann die Propaganda der bürgerlichen Parteien kaum Fuß fassen. (Bezirk Hamburg-Unterelbe)



pressung zum Verkauf getrieben worden. Die Propagandisten der DWK verbreiten, daß Widerstand gegen den Verkauf sowieso zwecklos sei. Verfassungsschutz und BGS patrouillieren durch die Dörfer. Pläne für die Absperrung des Geländes sind bekannt geworden. Der Quadratmeter-Preis bei Enteignung des Bauernlandes liegt unter einer DM. Jetzt bietet die DWK den Bauern 4,10 DM pro qm. Das ist auf jeden Fall ein Geschäft für sie, denn der Industriepreis liegt später bei über 11 DM.

Die DWK kauft nur schuldenfreies Land. Nach Tilgung der Hypotheken wird vom Verkaufspreis für viele Bauern nicht mehr viel übrig bleiben. Der Bauer und seine Kinder werden ihre Arbeitskraft dann an einen Kapitalisten verkaufen müssen. Da sich in Lü-



Unbehagen im Landeswahlausschuß?

Der Kommunistische Bund Westdeutschland hatte gegen die Streichung der Wahlkreise Wolfenbüttel und Lüchow-Dannenberg Beschwerde eingelegt. In beiden Fällen hatte der Kreiswahlleiter den KBW nicht mehr rechtzeitig darauf hingewiesen, daß durch Doppelunterschriften die Möglichkeit eintreten kann und eingetreten ist, daß die Anzahl der bestätigten Unterschriften nicht die erforderlichen Hundert erreicht haben. In beiden Wahlkreisen wäre noch möglich gewesen, den KBW rechtzeitig zu informieren, daß einige Unterschriften nachgereicht werden müssen. Dazu sind die Kreiswahlleiter verpflichtet.

Nach zweieinhalbstündiger Auseinandersetzung entschieden die Mitglieder des Landeswahlausschusses gegen die Kandidatur des KBW. Auf die schlampige Arbeitsweise der Kreiswahlleiter versuchten die Mitglieder des Landeswahlausschusses am Schluß so einzugehen, daß sie sagten, daß sie über ihren Entscheid „Unbehagen" haben würden und „Konsequenzen" gezogen werden müssen.

Leicht ist den Mitgliedern des Landeswahlausschusses dieser Entscheid nicht gefallen, nicht weil sie den KBW lieben, – eher hassen – ,sondern weil sie befürchten, daß sich diese Machenschaften rumsprechen. Aber allein in diesen Wahlkreisen haben über dreihundertsiebzig Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten ihre Unterschrift dem KBW gegeben, das sind genauso viele Stimmen gegen den Entscheid des Landeswahlausschusses.

der des Landeswahlausschusses gegen die Kandidatur des KBW. Auf die schlampige Arbeitsweise der Kreiswahlleiter versuchten die Mitglieder des Landeswahlausschusses am Schluß so einzugehen, daß sie sagten, daß sie über ihren Entscheid „Unbehagen" haben würden und „Konsequenzen" gezogen werden müssen.

Leicht ist den Mitgliedern des Landeswahlausschusses dieser Entscheid nicht gefallen, nicht weil sie den KBW lieben, – eher hassen – ,sondern weil sie befürchten, daß sich diese Machenschaften rumsprechen. Aber allein in diesen Wahlkreisen haben über dreihundertsiebzig Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten ihre Unterschrift dem KBW gegeben, das sind genauso viele Stimmen gegen den Entscheid des Landeswahlausschusses.

Es sind zu viele, zu kleine und zu eigensinnige Gartenbauern

Ertl in den Vier- und Marschlanden/Bauernlegen über städtische Pachtverträge

Am 5. Mai besuchte der F.D.P.-Bundesminister Ertl die Vier- und Marschlande. „Wir brauchen den Gartenbau, der sich der harten Konkurrenz in der EG stellen kann. Unser inländischer Gartenbau kann nur Energie sparen und so stark wie möglich rationalisieren." (Bergedorfer Zeitung, 6./7.5.) Ganz offen hat er zum beschleunigten Bauernlegen in den Vier- und Marschlanden aufgerufen. Die Profite der Kapitalisten will er vermehren.

Schnitt- und Topfblumen sowie Gemüse wird von den Gartenbauern dort angebaut. Es ist eines der größten westdeutschen Gartenbaugebiete. Insbesondere bei den Blumen ist in den letzten Jahren eine gewaltige Umsatzsteigerung zu verzeichnen gewesen. Zurückzuführen ist sie im wesentlichen darauf, daß die großen Kaufhäuser und Edeka-Ketten zunehmend den Blumenhandel betreiben und ihn noch auszudehnen gedenken. „Der Edeka-Zentrale (Hamburg) kommt hierbei zugute, daß sie im Rahmen ihrer Beschaffungswege den direkten Kontakt zu den Erzeugerorganisationen hat." Was hohe Handelsprofite angesichts der Tatsache garantiert, daß die „Erzeugerpreise nur geringfügig gestiegen sind" (BASF AG kurz und bündig, Nr. 10/77). Diese sind gefährdet. Mittlerweile stammt über die Hälfte des Schnittblumenangebots von ausländischen Erzeugern, wobei die holländischen Importe bereits 1974 77% ausmachten (1968 noch 49%). Die holländischen Importe diktieren die Preise. Ihr Konkurrenzvorteil liegt im großflächigeren Anbau und in den wesentlich niedrigeren Energiekosten, die 25% der Kosten im Gartenbau ausmachen, weil die Gewächshäuser beheizt werden müssen. Durch billiges holländisches Erdgas und niedrigere Ölpreise liegen die Energiekosten pro Quadratmeter heute im holländischen Gartenbau um 4 DM niedriger als in der BRD. (1972 betrug der Abstand noch 2,50 DM). Kein Wunder also, daß Ertl Rationalisierung und Energieeinsparung verordnet.

Haupthindernis dabei ist die Struktur der Gartenbaubetriebe in den Vier- und Marschlanden. Im wesentlichen sind es Familienbetriebe. Sie müssen beseitigt und durch kapitalistisch betriebenen Gartenbau ersetzt werden und werden schon beseitigt. 1961 betrug die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe in den Vier- und Marschlanden noch ca. 2450. 1971 waren es noch 1796, 1977 noch ca. 1550 und bis 1980 soll die Zahl laut Planung des Hamburger Senats auf 1220 gesunken sein, wobei 1971 die Haupterwerbsbetriebe (66% aller Betriebe) 94% des Bodens bestellten. 93% aller in der Landwirtschaft und im Gartenbau der Vier- und Marschlande Beschäftigten sind Betriebsleiter oder deren Familienangehörige, wobei 1972 1286 Betriebe weniger als 2 ha bewirtschafteten. Der Hamburger Senat mußte in seiner Planung zum Bauernlegen bis 1980 zugeben, daß es einem großen Teil der Bauern so schlecht geht, daß der Ertrag kaum zum Leben reicht. Nur 25% aller untersuchten Betriebe hatten 1971 ein Betriebseinkommen von mehr als 15000 DM pro Arbeitskraft, 36% zwischen 10000 und 15000 DM und 39% unter 10000 DM. Dazu kommt noch die Verschuldung. Sie lag zwischen 26512 und 38806 bei den Gemüsebaubetrieben und Zierpflanzbetrieben. (Durchschnittswerte in den verschiedenen Gebieten der Vier- und Marschlande). Die Zeitschrift „Gärtnerbörse und Gartenwelt" errechnet bezüglich der Situation im Zierpflanzenbau zu Beginn des Jahres 1978: „So verbleibt ein Reinertrag von 10953 DM und Abschreibungen in Höhe von 33639 DM für den bestehenden Kapitaldienst, für Ersatz und Neuinvestitionen. Eine Verzinsung des Betriebsvermögens ist ohnehin nicht gegeben." (28.1.78) Das sind Durchschnittszahlen und die Situation für viele Betriebe ist noch viel bedrückender, wobei die Erträge bei den Gartenbaubetrieben mit wenig Gewächshäusern am geringsten sind, während umgekehrt die Verschuldung mit der Zunahme der Gewächshäuser ebenso zunimmt.

Nach dem Plan des Hamburger Senats sollen die Nebenerwerbs- und Zuerwerbsbetriebe nahezu vollständig beseitigt werden und eine Konzentration stattfinden. Es gilt, „möglichst nur existenzfähige Vollerwerbsbetriebe zu schaffen. Hierzu ist es allerdings notwendig, möglichst bald die wenigen Vollerwerbsbetriebe festzulegen, die auf lange Sicht weiter bestehen bleiben können." Für diese besteht dann auch ein zusätzlicher Bedarf an Arbeitskräften von 271 bis 1980, am besten nach dem Vorbild der holländischen Betriebe, ungelernte statt gelernte Arbeiter und Saisonarbeiter statt ständiger Arbeiter.

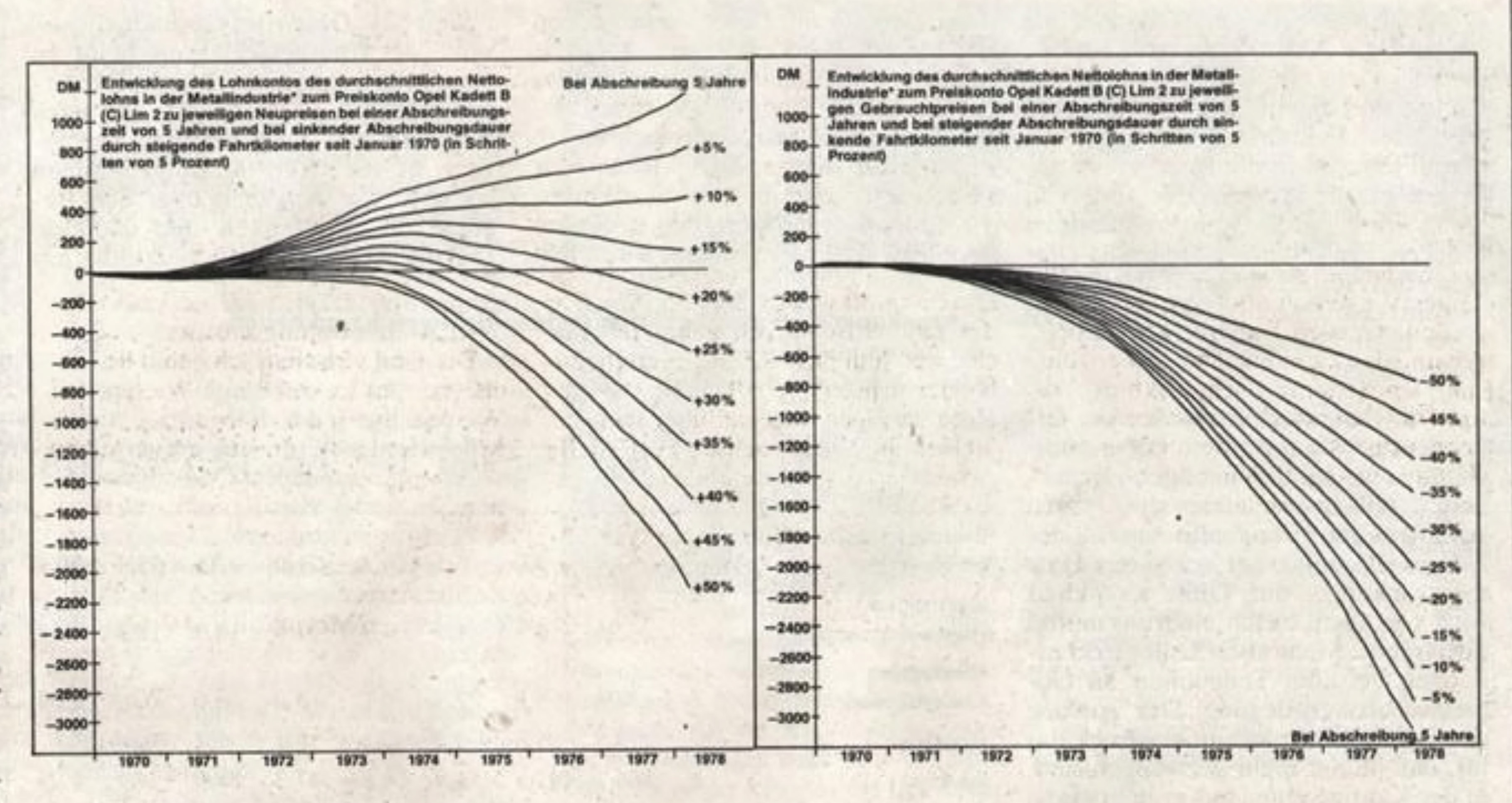
Hauptmittel zur Ruinierung der Bauern sind: – die EG Preispolitik, welche die Bauern in die Fänge der Banken treibt, weil sie die notwendigen Investitionen anders nicht tätigen können und weil die Produktionsmittelpreise erheblich schneller steigen als die Erzeugerpreise; – die Vergabe der Pacht. Bei großen Gebieten der Vier- und Marschlande ist der Hamburger Staat Eigentümer. Viele kleine Bauern werden gerügt, weil sie keine Investitionsneigung verspürten (also sich nicht verschulden wollen). Diesen wird mit Kündigung oder Nichtverlängerung der Pacht vom Senat entgegengetreten.

Schon im Oktober 1977 hatte Senator Nölling (SPD) in der Bürgerschaft verkündet: „Wir können den Gärtnern keine Ewigkeitsgarantie für die Sicherheit ihrer Betriebe geben", Hamburg müsse „abwägen zwischen den Interessen des Gartenbaus und den lebenswichtigen Funktionen des Hafens und der Industrie für die Hansestadt." (Bergedorfer Zeitung, 15./16.10.77) Gemeint ist damit, daß der Marschenautobahn und der südlichen Güterumgehungseisenbahn die Bauern geopfert werden, damit das Kapital aus schnelleren Transportzeiten höhere Profite garantiert bekommt, und ebenso ist damit gemeint, daß die Kapitalisten billige Arbeitskraft geliefert bekommen. Bedauernd stellt der Senat fest: „Bis 1980 stehen nur 200 Arbeitskräfte für andere Wirtschaftsbereiche zur Verfügung", wobei bei einem Angebot von Teilzeitbeschäftigungen „auch hier noch ein Reservoir von Arbeitskräften erschlossen werden kann". Die Bereitstellung von Gewerbeflächen „erleichtert einen geregelten Abzug der (Gartenbau-) Betriebe". „Bei einer intensiven Aufklärungsarbeit sollte sich der erforderliche Abzug von Landwirtschaft und Gartenbau auch ohne besonderen Sozialplan relativ reibungslos vollziehen lassen." Um dies zu beschleunigen, war Ertl in den Vier- und Marschlanden. – (Bezirk Hamburg-Unterelbe)

Wie wird sich die jüngste Automobilpreiserhöhung auf die Arbeiterhaushalte auswirken?

Kaum daß die Tinte unter den neuen Tarifverträgen trocken war, ging die Automobilindustrie zu neuen Preiserhöhungen über. Etwa zwischen 3% und 4%. An Hand der Preise für den Opel Kadett haben wir errechnet, wie die Preisbewegung der letzten acht Jahre sich mit der Bewegung des Durchschnittslohns der Metallindustrie verrechnet.

Die Methode der Berechnung: Wir sind davon ausgegangen, daß ein feststehender Lohnanteil pro Monat für den Neukauf des Autos zurückgelegt wird. Wir haben diesen Lohnanteil für Januar 1970 berechnet und dann von allen seither statistisch ausgewiesenen Löhnen Monat für Monat den gleichen Prozentsatz addiert. Parallel dazu haben wir die wirklichen Preise addiert. Das Ergebnis ist im Kurvenverlauf der Schaubilder zu sehen.



Es kommt heraus, daß die Nettolöhne (mit denen wir gerechnet haben) in bezug auf die Preise des Opel Kadett in den letzten acht Jahren gestiegen sind. Auf dem Haushaltskonto hätte sich ein Überschuß von fast 1 200 DM angesammelt.

Warum mag an diesen „Überschuß" nicht so recht glauben, wer die Belastung, die eine Autoneuanschaffung 1970 mit sich brachte, mit der Belastung vergleicht, die diese Anschaffung heute mit sich bringt?

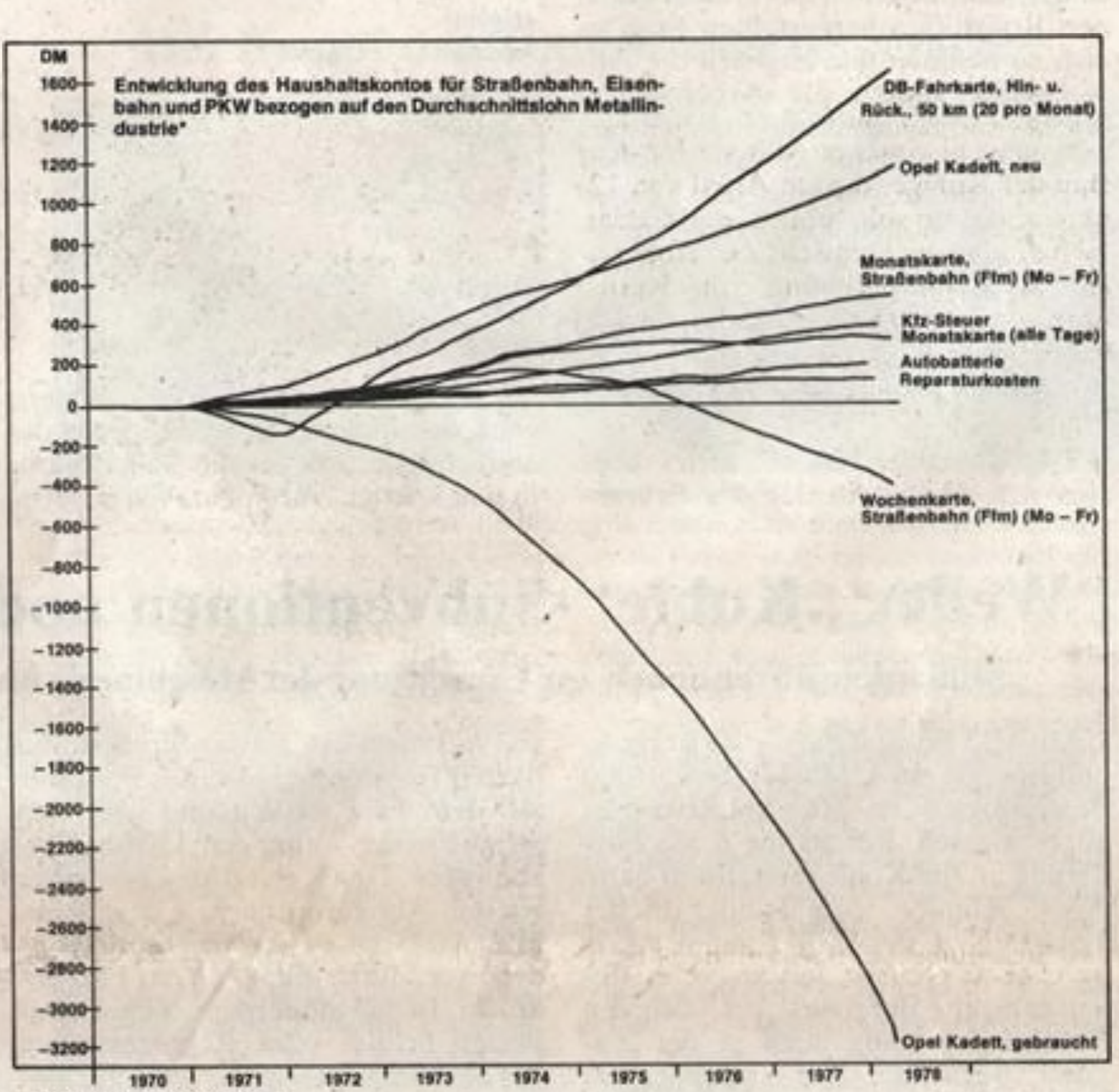
Alle wissen, daß die „Mobilität", die durch die Arbeitslosigkeit erzwungen worden ist, der großen Zahl der Arbeiter erheblich größere Fahrwege zum Arbeitsplatz aufzwingt. Wir haben gerechnet, wie sich dies oben beschriebene Konto entwickeln würde, wenn im Laufe dieser acht Jahre 5%, 10%, 15% usw. mehr als zum Ausgangspunkt gefahren werden muß. Allein durch den höheren Verschleiß, also die Betriebskosten wie Sprit usw. *nicht* berechnet, ergibt sich, daß selbst, wenn das Fahraufkommen in den letzten acht Jahren nur um 20% gestiegen ist, eine Entwicklung ins Negative eintritt.

So erklärt sich auch die ganz rasante Entwicklung der Preise für Gebrauchtfahrzeuge. Diese haben eine enorme Teuerung durchgemacht. Muß mehr gefahren werden, verschleißt das Auto schneller, gleichzeitig ist die Summe, die benötigt wird, um ein neues Auto anzuschaffen, noch nicht da, also muß ein gebrauchter Wagen gekauft werden.

Selbst eine Einschränkung des Fahraufkommens auf die Hälfte von vorher wird, wie die Rechnung zeigt, nicht hinreichen, um den Wiederankauf eines solchen Gebrauchtwagens zu ermöglichen.

Wohin geht der Trend? Wir meinen, daß im nächsten Jahr von seiten der Kapitalistenklasse und ihrer verschiedenen staatlichen Organe auf jeden Fall die Preise für die öffentlichen Verkehrsmittel angehoben werden.

Denn es muß so sein, daß am unteren Ende der Lohnskala das Auto wegfallen wird, es wird aus dem Konsum herausfallen, eine glänzende Gelegenheit, die Massen bei der Straßenbahn kraftvoll zu berauben, denn irgendwie müssen sie ja fahren. – (Z-Red.)



* Nettolohn, Steuerklasse IV, 2 Kinder

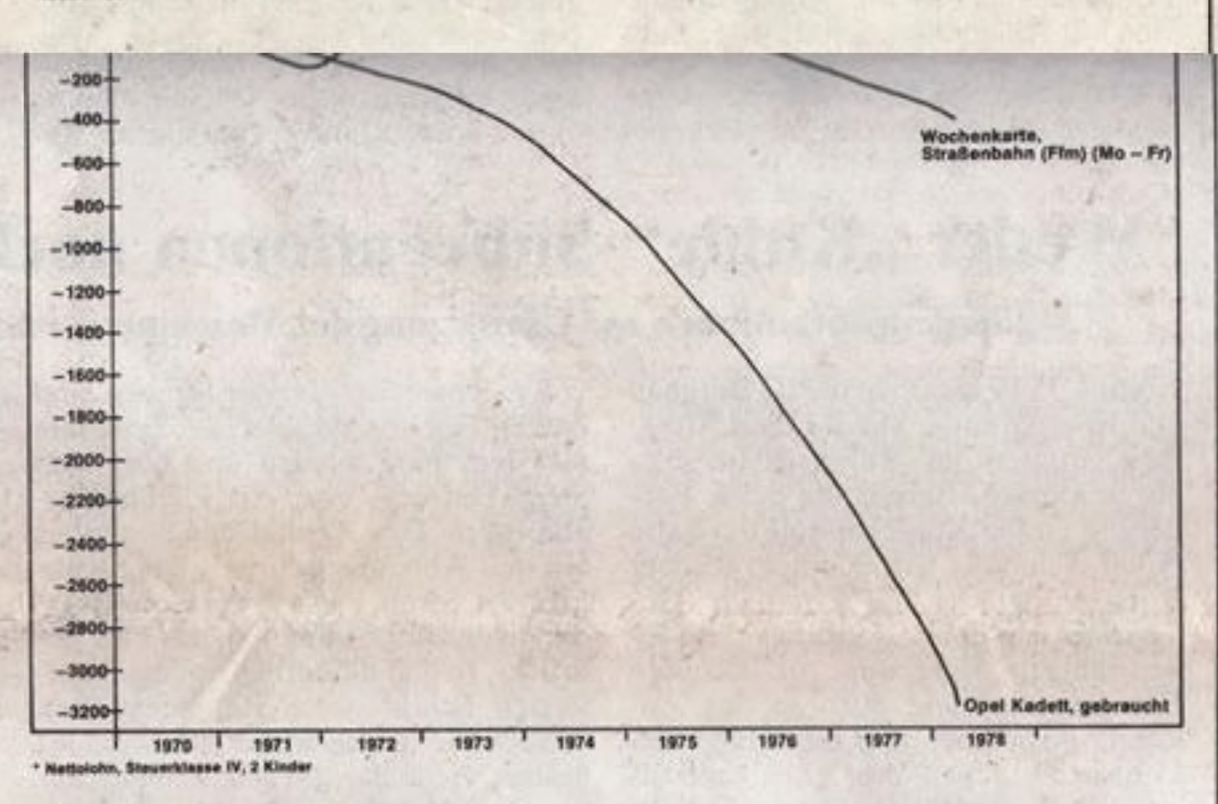
Alle wissen, daß die „Mobilität", die durch die Arbeitslosigkeit erzwungen worden ist, der großen Zahl der Arbeiter erheblich größere Fahrwege zum Arbeitsplatz aufzwingt. Wir haben gerechnet, wie sich dies oben beschriebene Konto entwickeln würde, wenn im Laufe dieser acht Jahre 5%, 10%, 15% usw. mehr als zum Ausgangspunkt gefahren werden muß. Allein durch den höheren Verschleiß, also die Betriebskosten wie Sprit usw. *nicht* berechnet, ergibt sich, daß selbst, wenn das Fahraufkommen in den letzten acht Jahren nur um 20% gestiegen ist, eine Entwicklung ins Negative eintritt.

So erklärt sich auch die ganz rasante Entwicklung der Preise für Gebraucht-

wird, wie die Rechnung zeigt, nicht hinreichen, um den Wiederankauf eines solchen Gebrauchtwagens zu ermöglichen.

Wohin geht der Trend? Wir meinen, daß im nächsten Jahr von seiten der Kapitalistenklasse und ihrer verschiedenen staatlichen Organe auf jeden Fall die Preise für die öffentlichen Verkehrsmittel angehoben werden.

Denn es muß so sein, daß am unteren Ende der Lohnskala das Auto wegfallen wird, es wird aus dem Konsum herausfallen, eine glänzende Gelegenheit, die Massen bei der Straßenbahn kraftvoll zu berauben, denn irgendwie müssen sie ja fahren. – (Z-Red.)



* Nettolohn, Steuerklasse IV, 2 Kinder

Der Schmücker von Diag – Flick-Konzern stellt Manager für „Radikalkur"

Kampf der Diag-Belegschaft gegen kapitalistische Rationalisierung

„Licht am Ende des Tunnels" glaubten die DIAG-Manager Dietrich Wilhelm von Menges und Jürgen Ladewig auf der Bilanzpressekonferenz der DIAG Ende 1977 zu sehen. In dieses Bild kleideten diese Herren ihre Profiterwartungen und damit die Fortschritte in der Ausbeutung der DIAG-Belegschaft. Ein Verlust von 67 Mio. DM wurde angegeben gegenüber 174 Mio. DM im Vorjahr. Dietrich Wilhelm von Menges verschwand daraufhin und räumte seinen Platz als Aufsichtsratsvorsitzender. Hineingehoben wurde Hanns Arnt Vogels, der sich bisher in der Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten des Flick-Konzerns hervorgetan hatte. Vogels habe sich in Sachen Rationalisierung und „Sanierung" einen Namen gemacht, schrieb die „FAZ" damals. Dieser Sanierer sollte im Auftrag der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung als Eigentümer der DIAG nach Jahren der Verluste aus der Belegschaft neue Profite herauspressen. Gleichzeitig setzte die Bundesregierung den Bundesrechnungshof in Gang, um Mängel im Geschäft der Ausbeutung und Schweißauspressung aufzudecken. Vogels setzte sofort seine Blutsauger aus dem Flick-Konzern bei der DIAG an.

Das Ergebnis wurde jetzt veröffentlicht. Nicht 67 Mio. DM Verlust, sondern 370 Mio. DM. Zwei Mitglieder der fünfköpfigen Geschäftsführung werden gefeuert: Ladewig und Kschammer. Der Bundesrechnungshof stellt kurz zuvor in seinem Bericht fest: „Die Fehlentwicklung (. . .) hat ihre Ursache ferner darin, daß die Geschäftsführer kaufmännisch nicht vertretbare Gewährleistungsverpflichtungen eingingen und versäumten, für eine zweckmäßige und zuverlässige Organisation bei der technischen und kaufmännischen Ausführung, Überwachung und Abrechnung der Geschäfte zu sorgen. (. . .) Der Bundesrechnungshof hat den Bundesminister darauf hingewiesen, daß nach seiner Auffassung die Geschäftsleitung des Unternehmens ihre Sorgfaltspflichten grob fahrlässig verletzt und dem Unternehmen Schaden zugefügt habe." Ladewig, bisher Vorsitzender der Geschäftsleitung, wurde unter Bedingungen, wie sie unter Wölfen üblich sind, innerhalb einer halben Stunde vor die Tür gesetzt. Vor allem das Anlagengeschäft mit Algerien nimmt ihm der Eigentümer der DIAG, der Bund, übel. Das algerische Volk achtete in allen Geschäften mit imperialistischen Staaten darauf, daß seine erkämpfte Unabhängigkeit nicht untergraben wird. So konnte Algerien bei allen Verträgen mit der DIAG durchsetzen, daß die Fabriken und Anlagen, die die DIAG liefert, erst bezahlt werden, wenn mit algerischen Arbeitern eine festgelegte Menge z.B. von Fahrrädern produziert wird. Auf Grund der Konkurrenz insbesondere mit den französischen Maschinenbaukonzernen konnte Algerien diese für die Imperialisten „mörderische Vertragsklausel" (Spiegel) durchsetzen.

Vogels hat bereits „seine" neuen Leute in die Geschäftsleitung geholt: Heinz Boldt von Dornier, ebenfalls als „Sanierer" bekannt, sowie Kurt Handel von den Stahlwerken Röchling-Burbach GmbH, wo Ende letzten Jahres Massenentlassungen durchgeführt wurden. Es verbleiben in der Geschäftsleitung Dipl. Ing. Fleck sowie der „Arbeitsdirektor" Fritz Keck.

Die ersten Maßnahmen der „Sanierer", damit die Kasse für ihre Herren aus der Bundesregierung wieder stimmt, wurden jetzt bekannt. Bei der DIAG-Verwaltung sind Massenentlassungen geplant. In Westberlin sollen von bisher über 300 Beschäftigten 120 entlassen werden.

Bei Fritz Werner, dem größten DIAG-Werk in Westberlin, sind Rationalisierungen geplant. Laut Fleck schaffen dort 1100 Arbeiter nur 2/3 von dem, was vergleichbare Betriebe mit 1000 Arbeitern schaffen. Die geplanten Maßnahmen verhüllt er in Begriffe wie „Verbesserung des Fertigungsflusses und der Organisation". Genauer nachgefragt, läßt er schon Handfesteres heraus: Es dürfe in einem Betrieb wie Fritz Werner nicht passieren, daß eine Serie von 30 Zahnrädern total Ausschuß wird. Dies ist geschehen in der Schleiferei, wo z.T. an über 20 Jahre alten Maschinen im Akkord mit völlig unzureichenden Zeiten gearbeitet wird. Unter diesen Bedingungen müssen Genauigkeiten im 1/1000 mm-Bereich erzielt werden. Bei Zeitaufnahmen, die kürzlich an der Innenrundschleifmaschine durchgeführt wurden, kam heraus, daß die Zeiten um 50 bis 100% erhöht werden sollen. Die Geschäftsleitung lastet die Fehlzeiten den einzelnen Arbeitern an – „bewußt langsam gearbeitet, Unordnung am Arbeitsplatz" – um damit insgesamt die Zeiten noch weiter zu kürzen. In der Bohrwerkerei, wo die Arbeiter eine Betriebsvereinbarung über die Akkordzeiten durchgesetzt haben, die praktisch einen Garantielohn für die Arbeiter bedeutet, will die Geschäftsleitung an die Zeiten heran mit dem Ziel, die Betriebsvereinbarung ganz vom Tisch zu kriegen. Das bedeutet dann direkte Lohnsenkung für die Bohrwerker.

Vor ca. zwei Jahren gab es Massenentlassungen bei Fritz Werner. Sie konnten nicht verhindert werden, weil die Sozialdemokraten im Betriebsrat nicht den Kampf dagegen organisierten, sondern den Entlassungen ihre Zustimmung gaben mit der Begründung, ein kleiner Teil müsse entlassen werden, damit der große Teil der Arbeitsplätze erhalten bliebe. Ebenso verhält es sich mit der Einführung des Fertigungsleitstandes, der zu den wichtigsten Maßnahmen der Kapitalisten zur Intensivierung des Arbeitstages bei Fritz Werner zählt. Der von den Sozialdemokraten beherrschte Betriebsrat stimmte damals der Einführung ebenfalls zu. „Verbesserung des Fertigungsflusses", „Erleichterung der Arbeit, man muß dann nicht mehr stundenlang Teile suchen", „Mißbrauch des Leitstandes für Kontrolle und Überwachung der Kollegen werden wir nicht dulden", das waren ihre Argumente, um den Widerstand der Belegschaft zu spalten. Heute wird der Leitstand Zug um Zug eingeführt, morgens melden, abends melden, Anmeldung des Arbeitsganges, Abmeldung des Arbeitsganges, und jedesmal werden die Zeiten registriert. Jede Minute des Arbeitstages wird überwacht, und die Ergebnisse wollen die Kapitalisten zur Lohnsenkung verwenden.

Die ersten Maßnahmen dieser „Sanierung" und ihrer Folgen für die Belegschaft sind also heraus. Man wird sich auf mehr vorbereiten müssen. Bei den Betriebsratswahlen bei Fritz Werner haben die Kandidaten die meisten Stimmen erhalten, die sich bereits im alten Betriebsrat aktiv für die Interessen insbesondere der Akkordarbeiter eingesetzt haben. Die „Sanierung" wird für die Arbeiter und Angestellten des DIAG-Konzerns hauptsächlich Lohnsenkung bedeuten. Finanzchef Handel soll ein Anhänger des Akkordsystems sein. In der Presse sucht Fritz Werner Refa-Fachleute mit Kenntnissen im Prämienlohnsystem. Der neue Betriebsrat hat ein klares Votum, um den Maßnahmen der Geschäftsleitung eine deutliche Absage zu erteilen. Die Belegschaft wird ihm dabei den Rükken stärken. – (Zelle DIAG-Fritz Werner)

Streik der Mailänder Müllarbeiter

Ende April traten die Arbeiter der Mailänder Stadtreinigung in den Streik, um die Forderungen der Gewerkschaften zum nationalen Tarifvertrag für die städtischen Betriebe und zusätzliche Forderungen gegen die Stadtverwaltung durchzusetzen. Binnen weniger Tage war die ganze Stadt voll von den schwarzen Plastiksäcken, die man in Italien statt Mülltonnen für die Müllabfuhr kaufen muß.

Am 5. Mai fanden Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Stadtverwaltung statt. Die Müllarbeiter führten an diesem Tag eine Demonstration durch die Innenstadt zum Verhandlungsort durch. Eine große Delegation der Streikenden drang in den Verhandlungsraum ein, um die Forderungen gegen die Stadtverwaltung zu bekräftigen. Vor dem Amtssitz des Personalchefs der Stadt wurden einige Müllsäcke auf der Straße entleert. Die Verhandlungen führten ebensowenig zu einem Ergebnis wie am 8. Mai neue Verhandlungen auf zentraler Ebene in Rom.

Die Bourgeoisie führt eine heftige Kampagne gegen den Streik, um das Streikrecht der Beschäftigten in den öffentlichen Diensten überhaupt einzuschränken. Ein Stadtrat der Republikanischen Partei und tags darauf auch der „Corriere della Sera", die größte Tageszeitung, forderten, das Gesundheitsamt solle unter Berufung auf „gefährdete Hygiene" die Müllarbeiter dienstverpflichten. Die Stadtverwaltung hat sich das aber bisher nicht getraut.

Am 9. Mai haben die Gewerkschaftsführer alle Streiks in ganz Italien ausgesetzt, nachdem Moros Leiche in Rom gefunden worden war. Die Forderungen der Müllarbeiter wie der anderen Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst sind damit nicht erledigt.

Demonstration gegen Verbot von Verhütungsmitteln



Demonstration gegen Verbot von Verhütungsmitteln



Tausende demonstrierten am 5. Mai in der Madrider Innenstadt gegen das noch immer gültige Verbot von Empfängnisverhütungsmitteln. Unter dem Druck der Massenbewegung hatte das Parlament wenige Tage zuvor gegen die Regierungspartei UCD einen Beschluß gegen das verhaßte Gesetz gefaßt.

Bauerndemonstrationen in Frankreich

In der Bretagne, einem der größten Landwirtschaftsgebiete Westeuropas, reißen die Aktionen und Demonstrationen gegen die Agrarpolitik der Bourgeoisie und gegenwärtig vor allem gegen die Agrarpreisfestlegungen der EG nicht ab. 200000 Bauern produzieren hier die Nahrungsmittel für 20 Millionen Menschen. Vor 20 Jahren waren es noch 400000 Höfe gewesen. Die bretonischen Bauern haben sich unter dem Diktat kapitalistischer Verarbeitungsmonopole auf Milch-, Käse- und Viehwirtschaft sowie Gemüseanbau spezialisiert und setzen mit ihrer Arbeitskraft an Arbeitstagen von 12, 14 und mehr Stunden große Produktionsmittel in Bewegung, für die sie sich schwer verschuldet haben. Bei steigender Produktion verdienen sie immer weniger. Die Kapitalisten verschärfen die Konkurrenz durch massive Importe aus anderen EG-Ländern. In der ersten Mai-Woche haben die Landwirte in den Departements Finistère, Morlaix, Quimper und Carhaix Straßensperren errichtet und Kühllastwagen mit importiertem Schweinefleisch, Hähnchen, Trockenmilch u.a. gestoppt. Ihren Inhalt haben sie, mit Original-Erdöl von der „Amoco Cadiz" überschüttet, vor den Präfekturen abgeladen. Die Bauern fordern die Erhöhung der Abnahmepreise für ihre Produkte, Abnahmegarantien statt Schüren der Konkurrenz durch Importe sowie Kredit- und Zinserleichterungen. – Auch in Rennes und Saint Malo in der Normandie kam es zu Demonstrationen und Zusammenstößen mit der Polizei. Die Bauern protestierten entsprechend einem Aufruf ihrer Verbände gegen die erwarteten Agrarpreisbeschlüsse der EG – eine „Erhöhung" von 2,5% wurde Ende vergangener Woche beschlossen.

Streik gegen Nichtzahlung der 411 DM

Heidelberg. Auf der Lohnabrechnung, die bei Apparate- und Rohrleitungsbau am 10.5. ausgegeben wurde, hatten die Kapitalisten die 411 DM für Januar bis März „vergessen". Sofort ruhte in den größten Abteilungen die Arbeit, und die Arbeiter versammelten sich beim Betriebsratsvorsitzenden. Das Geld muß sofort ausgezahlt werden, war die Forderung. Vorher hatte der Betriebsrat schon mit der Geschäftsleitung verhandelt, daß das Geld sofort nachgezahlt wird. Die Arbeiter rechneten aus, daß die Abzüge im Mai, der 3 Tage mehr hat als der April, ins Astronomische steigen würden. Die Wut war ungeheuer groß, denn gleichzeitig hatten die Lohngruppen 8 bis 10 zum Teil gerade 16 bis 30 Pfennig mehr in der Stunde. Bei ihnen war die tarifliche Leistungszulage absolut oder relativ gesunken wegen der Regelung im Manteltarif, daß sie mindestens 16% für den Betrieb insgesamt betragen muß. So hatten niedere Lohngruppen zum Teil mehr als 16% Leistungszulage, bei den mittleren ist das dann abgezogen worden. Die neu berechneten Leistungszulagen werden auch ab April gezahlt.

„Verbrecher", hatte ein Arbeiter auf seine Stahlplatten geschrieben. Der Meister ist rumgerannt und wollte die Leute zur Arbeit schieben. „Die haben wir auch ‚vergessen' ", bekam er zur Antwort. Ein Arbeiter hat vorgerechnet: „Von Januar bis März haben sie nichts bezahlt, jetzt Mitte Mai wollen sie uns nochmal übers Ohr hauen. 411 DM mal 161 Beschäftigte – das gibt Zinsen." Schumacher, der technische Direktor, hatte sich nicht in die Halle getraut. Er hat sich nur auf dem Hof von Meistern über die Lage berichten lassen. Später erschien dann ein Aushang der Geschäftsleitung, die 411 DM seien bei der Auszahlung „nicht berücksichtigt" worden. Einen Abschlag von 300 DM netto werde das Lohnbüro heute an die Mitarbeiter überweisen. Der Betriebsrat hat erklärt, er werde sich erkundigen, ob die Abzüge für Mai oder noch nachträglich für April berechnet werden.

51% vom tiefgefrorenen Geflügel ist salmonellenverseucht

Lebensmittelproduktion zeigt das Maß der Verelendung der Massen auf

Die Untersuchung über das Auftreten und die Ausbreitung von Krankheiten ist ein empfindliches Maß für die soziale Lage der Massen. Ein Anstieg der Erkrankungszahlen weist darauf hin, daß es der Bourgeoisie gelungen ist, die Massen oder Teile von ihnen unter das Existenzminimum zu drücken. Ein bekanntes Beispiel ist das gehäufte Auftreten der Tuberkulose im sonst sehr abwehrfähigen Alter von 6 bis 12 Jahren nach Einführung der Kinderarbeit.

In der amtlichen Statistik über Erkrankungen an nach dem Bundesseuchengesetz meldepflichtigen Krankheiten, fällt in den letzten drei Jahren vor allem der sprunghafte Anstieg der Salmonellose – einer schweren Darmerkrankung – auf. Diese Krankheit wird vor allem durch Nahrungsmittel übertragen. Mehr als 2/3 aller Erkrankungen betrafen Teilnehmer an Gemeinschaftsverpflegung. Der Anstieg der Salmonellose ist ein Ausdruck dafür, daß immer mehr gezwungen sind, in der Kantine einen aus minderwertigen Rohstoffen hergestellten Fraß zu sich zu nehmen und zugleich die Abwehrkräfte durch die Arbeitshetze, Nacht- und Schichtarbeit herabgesetzt sind. Eine andere Infektionsquelle sind Fertigprodukte, auf die die Massen wegen der hohen Preise für Frischfleisch und Gemüse immer mehr zurückgreifen müssen. Bei einer Untersuchung von bratfertigem tiefgefrorenen Geflügel waren 51% der Proben mit Salmonellen verseucht (Winter 73/74).

Die Bourgeoiswissenschaftler können sich diesen Anstieg der Erkrankungsrate nur mit einer Verbesserung des Meldewesens erklären: „Zweifellos findet die Salmonellose unter der breiten Bevölkerung und auch bei vielen Ärzten eine stärkere Beachtung in den letzten Jahren, als es früher der Fall war", schreibt ein C. Winter, 1977, in seiner Doktorarbeit zu diesem Problem. Aber die Statistik wird nicht nur eigenwillig ausgelegt, sondern auch manipuliert. So verzeichnet die amtliche Statistik für die Tuberkulose in den letzten Jahren eine leichte Abnahme. In „Daten des Gesundheitswesen" der Bundesregierung heißt es dazu: „Ein an aktiver Tuberkulose Erkrankter soll nunmehr (72) erst nach Abschluß des diagnostischen Verfahrens in die Statistik aufgenommen werden. Die Angaben über den Bestand dieser Kranken sind dadurch, daß die Aktivität der Tuberkulose mit Behandlungsbedürftigkeit gleichgesetzt wird, seitdem realistischer."

Erkrankungen an ausgewählten meldepflichtigen Krankheiten.
Auf 100 000 Einwohner
(Quelle: Statistisches Bundesamt)

	1938	1950	1960	1965	1970	1972	1974	1975
Enteritis infectiosa	3,8	4,0	5,5	10,7	21,0	23,5	37,1	50,6
übertragbare Hirnhautentzündung	2,6	1,6	1,5	4,3	11,0	10,6	12,4	10,5
übertragbare Kinderlähmung	7,8	5,8	7,5	0,1	0,0	0,0	0,03	0,04
Diphterie	217,5	85,8	3,5	0,5	0,1	0,1	0,03	0,1
Scharlach	166,1	191,6	51,9	68,8	47,3	58,6	74,1	63,4
Hepatitis infectiosa				33,5	35,6	37,9	36,4	33,9
Tuberkulose insgesamt	96,4	279,8	126,5	93,2	79,5	66,7	58,9	
darunter die Atmungsorgane	88,9	245,0	108,3	78,8	68,3	56,8	50,0	
Syphilis		87,9			9,6	9,5	9,6	10,0
Tripper		163,4			114,1	132,5	127,2	114,8

Sowohl der Anstieg der Salmonellose als auch die Tatsache, daß die Tuberkulose wieder mehr jüngere Menschen erfaßt, ist Ausdruck davon, daß es der Bourgeoisie in den Lohnkämpfen der letzten Jahre gelungen ist, Teile der Arbeiterklasse unter das Existenzminimum zu drücken.

Natürlich gibt es Krankheiten, die infolge weitgehender Durchimpfung der Bevölkerung ausgerottet oder zurückgegangen sind, wie Pocken, Kinderlähmung und Diphterie. Daß die Bourgeoisie auf die Ausrottung der Seuchen und die Volksgesundheit pfeift, sieht man an den Kinderkrankheiten Masern und Mumps, die durchaus nicht harmlos sind. Bei Säuglingen und Kleinkindern wird die Rate von Komplikationen (Hirnhaut- und Gehirnentzündung, schwere Lungenentzündung) bei Masern auf 10% geschätzt. Die Zahl der bleibenden Spätschäden ist erheblich.

Tatsächlich gibt es gegen beide Erkrankungen seit Jahren einen wirksamen Impfstoff, der jedoch zusammen rund 50 DM kostet. Die Kosten für diese Impfung trägt weder die Krankenkasse noch das Gesundheitsamt, wer sich und seine Kinder impfen lassen will, muß tief in die Tasche greifen.

Sowenig die Bourgeoisie und ihr Staatsapparat in der Lage und bereit sind, den Volksmassen ihre Existenzbedingungen zu garantieren, Seuchen auszurotten oder auch nur die Erkrankten zu isolieren und zu heilen, soviel deckt sie Kapitalisten, die durch verdorbene Waren die Gesundheit und das Leben der Massen gefährden. – (Bezirk Holstein)

Ca. 5 Millionen zinsloses Darlehen für den Senat

Bremen. Nach der Mitteilung des Gesamtpersonalrats vom 2. Mai erhalten die Beschäftigten des Landes Bremen die Tarifauszahlung frühestens zum 15. Juni. Geht man aus von 367,8 Millionen DM Personalausgaben für die Beschäftigten 1977, so sind 16,55 Millionen die 4,5% Erhöhung für 1978. Aufgeteilt pro Monat und inklusive Weihnachtsgeld sind das 1,27 Millionen DM. Am 15. Juni erhalten die Beschäftigen die Auszahlung für Juni. Der Senat erhält damit von den Beschäftigten ein zinsloses Darlehen von 4,82 Millionen DM und die erhöhten Steuern, die den Beschäftigten für die Nachzahlung abgezogen werden.

Bundesregierung plant zusätzlichen Lohnraub bei Beamten

Frankfurt. Die Bundesregierung wird nach Pfingsten einen Gesetzesentwurf vorlegen, mit dem die „Besoldungserhöhungen" '78 für Beamte geregelt werden sollen (7. Besoldungserhöhungsgesetz). Kernpunkt ist eine umfassende Kürzung der Anwärterbezüge. Danach sollen die Anwärterbezüge von A 1 bis A 13 von bisher 661 bis 1 284 DM auf 440 bis 870 DM gekürzt werden. Das macht gegenüber den bisherigen Bezügen eine Senkung zwischen 280 bis 400 DM aus. Offensichtlich, um diesen Lohnraub „erträglicher" zu machen, wird eine sogenannte Dienstrechtszulage von ca. 50% des Unterschiedsbetrages noch draufgelegt, so daß im Moment die reale Senkung zwischen 140 und 200 DM ausmacht. Auf diese Dienstrechtszulage besteht jedoch kein Anspruch. Die Absicht, sie demnächst zu streichen, ist deutlich. Der Gesetzentwurf deutet an, daß dieser Lohnraub auch für bereits im Dienst befindliche Anwärter gilt. Ebenso sieht der Gesetzentwurf vor, daß wegen der „günstigen Kindergeldregelung bei den Beamten" der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst von 4,5% nicht voll übertragen wird.

Verhandlungen über Druck-Manteltarif

Frankfurt. „Am Rande der Lohntarifverhandlungen" zwischen der IG Druck und Papier und den Kapitalisten in Frankfurt ist beschlossen worden, in der zweiten Juni-Woche die erste Verhandlungsrunde über die Anhänge zum Manteltarifvertrag durchzuführen. Die Anhänge regeln die näheren Bedingungen der Ausbeutung wie Maschinenbesetzung, Einstufung usw.

Manteltarifverhandlungen Hamburg: Kampf um den 7-Stundentag

Hamburg. Zur Zeit werden die Tarifverhandlungen über einen Manteltarifvertrag Metallindustrie Hamburg, die seit 1971 andauern, fortgesetzt. Entsprechend den Beschlüssen des Gewerkschaftstages werden u.a. zur Zeit neue Forderungen von den Tarifkommissionen beschlossen. Dazu gehören u.a. 35-Stundenwoche, 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich, voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit, sechs Wochen Urlaub, Herabsetzung des Rentenalters.

Weder „Kohle"-Subventionen noch „Sicherung von Arbeitsplätzen"

Milliardensubventionen zur Umwälzung der Maschinerie und Verwandlung der Lebenskraft der Kohlearbeiter in Profit

Mit 4,35 Prozent hat die IG Bergbau und Energie am 4. Mai für die 150 000 Beschäftigten im Ruhrkohlebergbau abgeschlossen. Bereits die 6,5% Forderung an die Kohlekapitalisten hatte Adolf Schmidt, sozialdemokratischer Vorsitzender der IGBE mit der Gewährleistung eines „leistungs- und lebensfähigen Bergbaus zur sicheren Energieversorgung auch in der Zukunft" begründet. Auf Grundlage des Lohnraubs gehen die Kohlekapitalisten mit Hilfe milliardenkräftiger Subventionierung ihrer Regierung daran, zügig ihr Rationalisierungsprogramm weiter gegen die Bergarbeiter durchzusetzen. „Die seit dem Frühjahr gestoppten Bergbauinvestitionen sollen jetzt in ihren wesentlichen Teilen wieder aufgenommen werden", schreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) am 12.5., eine Woche nach dem Lohnraubabschluß.

Die Gewerkschaftsozialdemokraten haben auf ihrem 11. Gewerkschaftskongreß am 27.11.76 eine Entschließung durchgesetzt, in der sie das Energieprogramm der Regierung nachdrücklich begrüßen.

Bereits in den letzten 10 Jahren hat die Landesregierung NRW die Aufforderung zur Subventionierung der Kohlekapitalisten tatkräftig umgesetzt. Allein 3,9 Milliarden Subventionen hat sie von 1966 bis 1976 an die Kohlebarone gezahlt, von 1977 bis 1981 sind weitere 2,3 Mrd. geplant. („Finanzielle Maßnahmen des Landes NRW zugunsten des Steinkohlebergbaus 1966–81") Allein die Ruhrkohle AG hat seit ihrer Gründung 1968 4 Mrd. an Landes- und Bundesmitteln erhalten, mit denen sie einerseits durch Sozialpläne die Massenentlassungen beförderte und andererseits eine Umrüstung ihres gesamten fixen Kapitals vorgenommen hat. Mit Hilfe der Milliardensubventionen waren die in der RAG zusammengeschlossenen Kohlekapitalisten in der Lage, den fixen Teil des konstanten Kapitals, also die Maschinerie, vollständig umzuwälzen – insgesamt 3 Mrd. wurden in Sachanlagen investiert seit 1969 – ohne daß sich das Verhältnis des Gesamtprofits auf den ausgepreßten Mehrwert so veränderte, daß die Profitrate fiel. Mit der neuen Maschinerie konnten die Kohlekapitalisten immer mehr Arbeits- und Lebenskraft der Kohlearbeiter einsaugen und in Profit, in neues Kapital zur Ausbeutung verwandeln.

Für die Bergarbeiter bedeutet die neue Maschinerie nur Steigerung der Qual ihrer Arbeit, verschärfte Auspressung von Mehrarbeit.

Auf der Zeche Radbod haben die Kapitalisten von Stempel- auf Schildstreb umgerüstet. Der Abbau ist dort voll mechanisiert. In vier Streben sind derzeit Hobel eingesetzt, die die Kohle aus dem Flöz schälen und über den Streb-Panzer – eine Art Fließband – abfördern. Den Kapitalisten kommt es auf den Abbaufortschritt – das „Rükken" an. Streb, Panzer und Hobel werden hydraulisch immer an das Flöz gedrückt. In den modernen vollmechanisierten Schild- oder Rahmenstreben werden dreimal so wenig Arbeiter eingesetzt wie in den älteren Stempelstreben, bestehend aus Ferromatik, Wiemann oder Van-Wersch-Kappen. Im Revier 5, einem Stempelstreb der Zeche Radbod, wird in einem Schild etwa ein Meter gerückt. In den drei anderen Streben zwischen 2 und 3 Meter pro Schicht. D.h., die zwei- bis dreifache Menge Kohle wird abgebaut und gefördert. Durch die erheblich größere Abbaugeschwindigkeit nimmt die Temperatur stark zu. Gleichzeitig haben die Kapitalisten die Arbeitshetze in den modernen Streben verschärft.

33,1 Millionen DM an Landesmitteln hat die Landesregierung NRW im „Technologie-Programm-Energie" für die „Optimierung der Strebtechnik", unter anderem für den Ausbau des Schildausbaus, vorgesehen.

Die Gewerkschaftssozialdemokraten sind stets für die staatlichen Subventionen eingetreten mit dem Argument, es ginge um den Erhalt von Arbeitsplätzen. „Wir kämpfen um die Sicherung und Erhaltung der Arbeitsplätze, damit die elementaren Lebensbedingungen garantiert werden können. Aber gerade das verlangt Wachstum und keine Minderung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit." (Adolf Schmidt, 1977 auf der Energiepolitischen Konferenz der SPD). 42 356 entlassene Bergarbeiter sind ein Ergebnis dieser sozialdemokratischen „Arbeitsplatzsicherungspolitik" von 1969 bis 1976. Daß es weder um Kohle noch um Arbeitsplätze, sondern schlicht um Profit der Kohlekapitalisten geht, sagen die Bourgeoisjournalisten der FAZ in ihrem Wirtschaftsteil direkter, als die IGBE-Sozialdemokraten das vor den Bergarbeitern vertreten können: 582 Mio. jährliche Subventionen ohne die Kokskohlenhilfe, mit der die westdeutsche Kokskohle gegenüber den anderen Imperialisten konkurrenzfähig gehalten wird, gehen an die Kohlekapitalisten.

„Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, daß die zusätzliche Hilfe der öffentlichen Hand keine Förderrichtzahl festlegt ... In den nächsten Jahren wird sie voraussichtlich leicht sinken, da mehrere Schachtanlagen (...) geschlossen werden müssen."

Erstens hat die Rationalisierung zu ungeheurer Intensivierung der Arbeit und Steigerung der Förderung pro Mann und Schicht geführt. Immer weniger Kohlearbeiter haben immer mehr Kohle produziert. Zweitens soll jetzt die Fördermenge insgesamt eingeschränkt werden bei wiederum gesteigerter Schichtleistung. Weder um Kohle als Gebrauchswert noch um Arbeitsplätze geht es, sondern um *profitliche* Förderung von Kohle. Zu dem, was die Sozialdemokraten „Arbeitsplatzsicherheit" nennen, haben die FAZ-Schreiber gleich noch ein offenes Wort:

„Parallel zur Schließung einiger alter Zechen und der weiteren Rationalierung der anderen Anlagen werden sich in den nächsten Jahren auch die Belegschaften – durch natürlichen Abgang – weiter vermindern. Allein bei der Ruhrkohle sind das gegenwärtig etwa 5000 Arbeitsplätze im Jahr, die nicht mehr besetzt werden. Sowohl durch diese Entlastung bei den Arbeitskosten wie auch die weiter steigende Mechanisierung, die sich schließlich in einer höheren Leistung pro Mann und Schicht niederschlägt, verspricht man sich im Steinkohlenbergbau eine reale Chance, die heutigen Kosten und Preise auf Jahre hinaus stabil halten zu können."

Was die Bourgeoisjournalisten als „natürlichen Abgang" zynisch bezeichnen, ist Ergebnis der wachsenden Intensivierung der Arbeit, die die Arbeitskraft der Bergarbeiter immer früher verschleißt und sie in die Frühverrentung zwingt. Bereits mit den früheren Rationalisierungsprogrammen haben die Kohlekapitalisten die Leistung pro Mann und Schicht von 3657 kg/MS im Jahre 1968 auf 3921 kg/MS im Jahre 1976 gesteigert und ihre imperialistischen Konkurrenten überflügelt. Der Entwicklung der Vollmechanisierung von 29,5% im Jahre 1969 auf 85,7% im Jahre 1976 entspricht die Steigerung der Förderung pro Abbaubetriebspunkt von 733 t im Jahre 1968 auf 1234 t im Jahre 1976.

Das jetzt verabschiedete Subventionsprogramm der Bundesregierung ist eine neue Kriegserklärung von Kohlekapital und Staat an die Bergarbeiter. – (Mi-Red.)

Verkehrserziehung in der Schule: Jeder ein kleiner Polizist

1976 sind in der BRD 125 920 Kinder bis zu 18 Jahren verunglückt, 9884 mehr als 1975. „Mit der Verkehrserziehung hapert es in vielen Familien" (Weser-Kurier, 3.5.). So „einfach" soll es scheinen, – ein hinterhältiger Angriff der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse, damit die Staats„fürsorge" als allgemein gefordert erscheint, zumal die Eltern einer Vielzahl verunglückter Kinder eine vergleichsweise „niedrige Schulbildung" (Weser-Kurier) haben. Was bietet sich besseres an als Verkehrsunterricht in Schule und Kindergarten? 16 Mio. DM für Aufklärungs- und Erziehungsmaßnahmen läßt sich das die Bourgeoisie 1978 kosten.

Nun hat kein normaler Mensch was dagegen, daß die Kinder lernen, sich im Verkehr zurechtzufinden. Nur, die Bourgeoisie hat alles andere vor mit der Verkehrserziehung, als die Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr zu erreichen.

Die „Ausbildung" erfolgt meist durch einen solch „neutralen" Verein wie den ADAC, mit seinen Programmen steht er bei der Bourgeoisie hoch im Kurs:

„Wir betreiben Verkehrserziehung in der Schule auch, weil einige unserer Schüler von heute die Schutzleute von morgen sind. Oder umgekehrt: Weil alle Polizisten von morgen heute unter den Schülern sitzen. Dieser Gesichtspunkt taucht im Rahmen der schulischen Verkehrserziehung kaum auf, und dennoch ist er außerordentlich wichtig ... es fällt auf, daß die meisten Polizisten das Verkehrsproblem heute zu sehr als Rechtsproblem (...) oder auch als technisches Problem sehen, nicht aber als sozialerzieherisches Problem." Die Schüler sollen nicht nur die Rolle des Verkehrsteilnehmers einnehmen, sondern auch die Rolle des Polizisten. „Der Begriff der objektiven Ordnung wird *so* am leichtesten verstanden ..." Die Kinder sollen lernen, daß jeder zur Gefahrenquelle werden kann. „Unter dem Gesichtspunkt Lastwagen-Radfahrer wird Verkehrserziehung zur Erziehung eines altruistischen Verhaltens des Stärkeren gegenüber dem Schwächeren ... es ist ein Verhalten, das den Verkehrspartner gleich achtet, auch wenn die Risiken nicht gleich sind." (ADAC Jugendverkehrserziehung, Nr. 10 / Verkehrserziehung als Sozialerziehung)

Hallo Partner! soll den Kindern eingetrichtert werden – ganz spielerisch und „unpolitisch". Dazu kommt Polizei in die Schule. Der Lehrer, von der Bourgeoisie zum Polizisten gegenüber den Schülern gezwungen, was oft genug nicht gelingt, wird hier ganz selbstverständlich und offen durch den wirklichen Polizisten ersetzt. Der Erfolg ist zweifelhaft. Am Freitag vor Pfingsten wurde in einer Großaktion an der IGS Langenhagen in Hannover angekündigt, die Fahrräder zu überprüfen. Viele Schüler sind, weil sie kein Geld haben und sich nicht dieser Schikane unterwerfen wollten, an diesem Tag mit dem Bus gekommen. – (N-Red.)

Das Interesse der Dresdner Bank an der „Freiheit der Meere"

Wanderausstellung des Finanzkapitals zur Fischereiindustrie

In der Dresdner Bank findet eine Ausstellung „Nahrung aus dem Meer" statt. „Es ist gerade auch in der derzeitigen schwierigen Situation dieses Teils unserer Wirtschaft von großem Nutzen, wenn sich möglichst viele Menschen in unserem Land über unsere Fischerei, unsere Fischindustrie, unseren Fischhandel und alle damit im weitesten Sinne zusammenhängenden Fragen ein umfassendes Bild machen können." schreibt Bundesminister Ertl als Schirmherr der Wanderausstellung. Auf Stellwänden wird gezeigt wie Frischfischfänger, Fischkutter und Fangfabrikschiffe den Fisch fangen, aufbereiten, der Frischfisch anschließend durch die Auktion geht und Kühlcontainer und Kühlwaggons die gesamte Bevölkerung mit Fisch versorgen. Eine große Karte, auf der ausgehend von den großen Fischereihäfen Cuxhaven, Bremerhaven, Hamburg und Kiel, die Versorgungsstränge dargestellt werden, soll deutlich machen, welche Anstrengungen unternommen werden, um die „Versorgung des deutschen Marktes mit Früchten des Meeres" zu gewährleisten.

„Die Forschungsschiffe der Bundesforschungsanstalt für Fischerei, die in allen Teilen der Weltmeere eingesetzt sind, um neue Fanggründe zu entdecken und zu erforschen", helfen den Fischern mit „elektronischer Ortung, – über und unter Wasser. Funkketten – jetzt sogar via Satellit lotsen ihn in die Reviere." „In erster Linie denken wir an den Menschen" und seine Versorgung mit tierischen Proteinen, „dann aber auch an die Zukunft der Fischerei und damit an die Zukunft des Fisches." Und die sehen die Dresdner Bank, Josef Ertl und die Kapitalisten der Fischindustrie in Gefahr.

Auf einer großen Karte sind die Schelfgebiete im Atlantik und der Nordsee vor Grönland usw. mit Lämpchen versehen. Drückt man unter dem darunter liegenden Pult bei einer bestimmten Fischsorte auf einen Knopf, dann leuchten bei Island oder vor Neufundland die entsprechenden Fanggründe auf. Fisch in Hülle und Fülle, nur „die ruinösen Fangweisen anderer Nationen", die 200 Meilen-Zone, die Fangbeschränkungen und die Nationen, die nicht zur EG gehören, aber „ebenfalls im Gebiet der EG fangen" wollen, stehen der „Versorgung der Bevölkerung mit anständigem Fisch" nicht nur im Wege, sondern gefährden auch noch die Arbeitsplätze in der Fischwirtschaft. Dabei könnte die Fischindustrie ganz anders dastehen, denn „das fischwirtschaftliche Know-How der Bundesrepublik ist weltweit gefragt, und unsere Entwicklungshilfe kann hier auf beträchtliche Erfolge in Südostasien, Afrika und vor Südamerika hinweisen."

Die Arbeiter sollen die Konkurrenz der Imperialisten ausfechten. Dafür wirbt diese Ausstellung. Die Volksmassen und insbesondere die Arbeiter in der Fischindustrie sollen ihre Interessen dem „großen Nutzen (dieses Teils) unserer Wirtschaft", das heißt, der Gier der Fischereikapitalisten nach Höchstprofit unterwerfen und die Ziele der Imperialisten „im weitesten Sinne" unterstützen. Der „weiteste Sinn", das sind die Fregatten beim Vulkan auf dem Reißbrett, die Unterstützung der Volksmassen für die Ruinierung der Kutterfischer, Zustimmung zur Lohnsenkung und verschärften Schweißauspressung. Das letzte Bild der Ausstellung zeigt ein kaltes Büfet, wo „kulinarische Fischsalate und vieles mehr die Wahl zur Qual machen" – für die Fettlebe der Bourgeoisie, ist doch für die Masse der Lohnabhängigen schon der Salzhering bald unerschwinglich.

Die Konzentration und Zentralisation von Kapital zeigt folgende Tabelle:

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz in der fischverarbeitenden Industrie des Bundesgebietes
(Betriebe mit 10 Beschäftigten)

	1968	1974	1975
Betriebe	159	127	121
Beschäftigte	12102	–	10726
Umsatz (in 1000 DM)	671018	1129441	–

(Quelle: Statistischer Monatsbericht 9/76)

So hat z.B. die Westfalia Fischindustrie Bremerhaven von 1959 bis 1974 „sieben Firmen hinzu(gekauft) und drang mit 450 Mitarbeitern in die Gruppe der fünf größten fischereiwirtschaftlichen Unternehmen der Bundesrepublik" ein (Nordsee Zeitung vom 14.6.74). 1976 wurde die Firma Strentz GmbH & Co. geschluckt. Entlassungen und direkte Lohnsenkungen bei Übernahme hat es für die Arbeiter bedeutet. 50 Millionen wollten die Westfalia Fischkapitalisten 1974 umsetzen, für 1976 hatten sie sich schon 100 Millionen vorgenommen. Mit der Lohnrunde 77/78 lag der Lohn bei 5,97 DM, das sind 700 DM netto im Monat.

Im Sommer wird der Lohnrahmentarifvertrag in der Fischindustrie gekündigt. Den Zusammenschluß gegen die dauernden Lohnsenkungen gilt es jetzt vorzubereiten. – (Bezirk Bremen-Unterweser)



Das Bild zeigt ein Band, an dem Rollmöpse gedreht werden. Die Jugendlichen sind Sonderschüler und Hauptschüler ohne Abschluß. Die „Nordsee" und das Arbeitsamt feierten die Vernutzung unverbrauchter jugendlicher Arbeitskraft als „einen beispiellosen Beitrag im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit". Die Anlernzeit dauert ein Jahr und wird mit 900 DM brutto voll aus den Versicherungskassen der Arbeiter gezahlt. „Aufgrund der bisher guten Erfahrungen bekundete die Betriebsleitung außerdem ihre Bereitschaft, weitere Gruppen junger Leute in das Berufsleben einzuführen."

Der Kampf der Kutterfischer ist gerecht!



Jahr für Jahr wächst die Verschuldung der kleinen Kutterfischer mit der Konkurrenz gegen die Fischereimonopole und treibt die Fischer in immer entferntere Teile der Ostsee und schließlich in den Ruin. Einige behalten dann die Fischerei als Nebenerwerb bei, alleine vom Fischfang könnten sie nicht mehr leben. Ein Hohn ist es, wie bürgerliche Politiker angeblich die Unterstützung der Proteste der Fischer gegen ihren Ruin behandeln: Sie versuchen, ihn auf die Nebenerwerbsfischer zu lenken. Ein noch gefährlicheres Manöver, das den Fischern überhaupt nichts nutzen kann, ist es, wenn der Kampf der Fischer unter der Imperialistenflagge „Freiheit der Meere" geführt wird, um sich die Hoheitsgewässer anderer Staaten unter den Nagel zu reißen. Das wird vor allem deutlich, wenn man sich die EG-Politik der westdeutschen Imperialisten vor Augen führt, wie sie Bundeswirtschaftsminister Ertl in seinem Bericht im März '78 dargelegt hat: Eine möglichst hohe Fangquote im EG-Meer der Nordsee wollen sie sich sichern – als Tauschobjekt für die Gewährung von Fangrechten *vor* Drittländern. 3 bis 4% beträgt derzeit noch der Anteil der westdeutschen Kutterfischerei in der Ostsee am Gesamtfang eines Jahres, den die westdeutschen Imperialisten aus allen Meeren holen. „Da vorwiegend kleine veraltete Fahrzeuge ausscheiden, geht die Tonnage weniger deutlich zurück als die Zahl der Einheiten. Von der gegenwärtigen Fangkapazität entfallen knapp 80% auf die aus wirtschaftlichen und technischen Gründen in wenigen betriebsführenden Reedereigruppen konzentrierte große Hochseefischerei (. . .)." (Ertl, Bericht zum aktuellen Stand der Fischereipolitik, März 1978)
Das sind die Feinde der kleinen und mittleren Kutterfischer, gegen die sie sich zusammenschließen müssen.
Huten müssen sie sich vor falschen Freunden: Am Freitag hat die bremische Bürgerschaft scheinheilig „Hilfe" für die Ostseefischer gefordert. Die Nordseefischer erwägen nämlich ebenfalls Aktionen gegen die Ruinierung ihrer Existenz. Der Bremer Bürgermeister Koschnik (SPD) aber hatte erst im Februar '78 in Neufundland neue Fanggründe erkundet. Für die Kutterfischer auf jeden Fall zu weit.

BRD-Haie auf Jagd

Bundeswirtschaftsminister Ertl zum Stand der Fischerei-Politik am 22. März 1978: „Bis in die jüngste Zeit war in den Weltmeeren der Fischfang frei von nationalen Reglementierungen." „Bis in die jüngste Zeit" hatte das für die BRD-Fischfangflotte bedeutet, daß sie 90% ihres Fangs aus der 200 Seemeilenzone anderer Länder geholt hatte, davon zwei Drittel aus der 200 Seemeilenzone außerhalb des sogenannten EG-Meeres. Z.B. aus Island 100000 Tonnen Fisch pro Jahr – Ende April 1978 ist dieser Raub endgültig von Island unterbunden. Oder 1977 konnte Kanada das erstemal über eine Million Tonnen Fische in seiner 200 Seemeilenzone im Atlantik und im Pazifik fangen, „bis in jüngste Zeit" wurden Dreiviertel von fremden Fangflotten wie selbstverständlich weggefangen. Darunter natürlich nicht zuletzt von den BRD-Imperialisten, die mit wenig Küstenland mit 454000 Tonnen Fisch im Jahre 1976 einen erstaunlichen 29. Platz auf der Weltliste innehaben.

Vier Tage nach Ertls Bericht reicht die Fraktion der CDU/CSU, „Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Genossen", eine Anfrage ein betreffs dieser Beschränkungen der westdeutschen Gelüste auf fremde Fischfanggründe.

„Welche *neben der EG* vorgesehenen Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung auf den Gebieten der Forschung und ihrer Entwicklung sowie zur Erleichterung von Kooperationen mit Küstenländern zu ergreifen?" oder Frage 5: „Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um der deutschen Hochseefischerei vor den Küsten der USA zu eröffnen und daß die Fischereien der EG bzw. der Bundesrepublik Deutschland nicht gegenüber Drittländern benachteiligt werden?" und die Frage 1: „Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die der Hochseefischerei innerhalb und außerhalb des EG-Meeres zur Verfügung stehenden Fangquoten unter Berücksichtigung der Marktbedürfnisse allenfalls ausreichen, um die deutsche Hochseefischerei zur Hälfte zu beschäftigten?"

Die Bundesregierung teilt – zwar stellte sich z.B. am 13. März die kanadische Fischwirtschaft in Hamburg vor, die zum großen Teil auf Fischexport angewiesen ist, aber die BRD-Imperialisten haben sich nicht umsonst mit Subventionen von der Bundesregierung von 1971 bis 1975 cirka 67 Mio. Mark zinsgünstige Darlehen für den Neubau von 15 modernen Vollfrostern die Hochseefischerei ausgebaut, während für die Fischkutter hauptsächlich Abwrackprämien gezahlt wurden.

Jetzt klagt die deutsche Hochseefischerei, daß sie von den USA keine angemessenen Fangquoten erhalten habe und daß sie sich mit Kanada noch nicht über ein Rahmenabkommen habe verständigen können. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.5.78) Der Erfolg, den sie sich von der Beteiligung an einer achtwöchigen Forschungsreise mit der „Anton Dohrn" zur Erforschung der Jungheringe in die US-Gewässer versprochen hatte, ist ausgeblieben.
geblieben.

Jetzt soll mit Kapitalhilfe aus Bonn die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen der deutschen Fischwirtschaft und Entwicklungsländern erleichtert werden. Schon am 9. Mai kann im „Handelsblatt" der Erfolg vermeldet werden: „Mehr Fisch aus Argentinien." Zwei Fangschiffe können für ein Jahr lang 100000 Tonnen schmackhaften Seehecht wegfangen. Ein Vertrag mit Argentinien ist unter Dach und Fach zur Forschung und Entwicklung der Hochseefischerei wie der Verarbeitung. Niederlassungen in Argentinien werden gegründet und betreiben von dort aus ihre Geschäfte, allerdings mit deutschen Schiffen und deutschen Seeleuten. Das Know how, von dem soviel die Rede ist, soll in der Hand der westdeutschen Imperialisten bleiben.

Unter dem willkommenen Vorwand der Erforschung der Antarktis hatte die BRD seit 1975 durch ihre Bundesforschungsanstalt in Hamburg die Küstenerforschung vor Argentinien betrieben. Obwohl 1974 Argentinien die fischereibiologische Zusammenarbeit mit den BRD-Imperialisten ausgekündigt hatte, um die räuberischen Absichten durch die vorgeschickten Forscher zu unterbinden.

Jetzt, wo der Vertrag abgeschlossen ist, kann man es auch offen sagen: „Das Schiff („Walther Helwig") hält sich bereits seit Abschluß der zweiten Antarktisexpedition in den Gewässern von Argentinien auf. Die Fangtätigkeit der deutschen Schiffe vor allem auf den schmackhaften Seehecht geht *parallel* zur Aktivität des Forschungsschiffes der Bundesanstalt." (Handelsblatt, 9.5.78)

Was die Bundesregierung weiter tut, um der Hochseefischerei Fangmöglichkeiten zu eröffnen? Unter der Überschrift „Ertl um Lösung der Fischereifragen bemüht" berichtet der „Weserkurier" am 10.12.77 von der Taufe des Fischereibootes „Meerkatze Nummer Drei" durch Ertls Frau. Diese „Schutzschiffe" sollen es der deutschen Fangflotte ermöglichen, „trotz Ausdehnung der Hoheitsgebiete und Fischereizonen ferne Fanggründe aufzusuchen". – (N-Red.)

Bauernrenten gekürzt – Beitragserhöhung in Sicht

Wer Rente will, muß den Hof aufgeben

Gleichzeitig mit dem 21. Rentenanpassungsgesetz soll auch das Gesetz über die Altershilfe der Landwirte geändert werden. Die jährlichen Veränderungen der Altersgelder für die Bauern richten sich nach den jährlichen Anpassungen der Rentensätze. Im 21. Rentenanpassungsgesetz ist die Senkung der Renten vorgesehen, also auch für die Altersgelder der Landwirte. Verheiratete Landwirte bekommen nach dem Gesetzentwurf im Jahr 1979 416 DM monatlich, 1980 432,70 DM und 1981 450,10 DM monatlich an Altersgeld. Zur Zeit beträgt das monatliche Altersgeld 398 DM. Die monatlichen Kürzungen werden im Jahr 1979 10 DM, 1980 20 DM und 1981 30 DM betragen. Insgesamt beträgt die Kürzung der Altersgelder in den drei Jahren 720 DM.

Sowieso sind die Altersgelder der Bauern so niedrig, daß sie nicht davon leben können. Die Bourgeoisie hat darauf gesetzt, daß die Kinder der Bauern ihre Eltern nicht verhungern lassen. 1957 wurde das Gesetz beschlossen, um „eine frühzeitige Hofabgabe zu erleichtern und strukturpolitische Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft zu unterstützen." (Soziale Sicherung, S. 131) Im wesentlichen über zwei Formen hat die Bourgeoisie die Enteignung der Bauern geregelt. Zu der 1957 eingeführten *Altershilfe* wurde zusätzlich 1969 die *Landabgabenrente* eingeführt. Beide Formen der Rente sind an die Abgabe des Hofes gebunden. Gibt also der Bauer seinen Hof nicht ab, so erhält er nichts. Das Altersgeld wird unter der Voraussetzung ausgezahlt, daß der Bauer 65 Jahre alt ist, bis zum 60. Lebensjahr und mindestens für 180 Kalendermonate den Beitrag in die Alterskasse gezahlt hat und seinen Hof abgibt. Entweder der Bauer muß sein Land verkaufen oder er verpachtet es für mindestens neun Jahre. Hat der Bauer Kinder, kann er an den Sohn oder die Tochter verpachten und hoffen, daß er die notwendige Unterstützung erfährt. Ist er kinderlos geblieben, bleibt ihm nur die Möglichkeit des Verkaufs oder der Verpachtung an einen Dritten – das ist meist der Großgrundbesitzer.

Das Altersgeld selbst ist so elend niedrig, daß nicht einmal der Sarg für ein anständiges Begräbnis davon gekauft werden kann.

Altersgeld	Verheiratete	Alleinstehende	Beitrag zur Alterskasse
1974	264,00	176,00	41,00
1975	293,60	195,80	48,00
1976	326,20	217,60	55,00
1977	362,10	241,60	63,00
1978	398,00	265,60	63,00

In den Jahren 1976 und 1977 sind die Altersgelder um 11% und 10% (1977) gestiegen. Diese Entwicklung verlief analog zu den Steigerungen der Renten für die Arbeiter und Angestellten. Bezogen auf die Sicherung der notwendigen Lebensmittel waren auch diese Beträge lächerlich; das Vorhaben der Sozialdemokratie aus dem Ministerium Ehrenberg verschärft die Lage der älteren Bauern weiter.

Läßt der Erwerb des Altersgeldes die Möglichkeit der Verpachtung des Landes zu, so ist die Landabgaberente an die völlige Veräußerung des Landes zum Zwecke „der Strukturverbesserung" (§41 Gesetz über eine Altershilfe der Landwirte) gebunden. „Die Landabgabenrente ermöglicht Inhabern landwirtschaftlicher Betriebe, die keine Investitionshilfe erhalten, das Ausscheiden zugunsten einer besseren Verwertung der dadurch freiwerdenden Nutzflächen" lautet die Begründung der Regierung (Soziale Sicherung, S. 131). Die Vernichtung der kleinen Bauern ist nicht zuletzt durch dieses Gesetz betrieben worden:

Empfänger von Landabgabenrente, abgegebene Fläche

Jahr	Empfänger von Landabgabenrente	abgegebene Fläche in ha	
		im laufenden Jahr	insgesamt
1969	216	940	940
1970	2351	12006	12946
1971	9726	64480	77426
1972	18830	80750	158176
1973	27277	80494	238670
1974	31557	44740	283410
1975	36972	71299	354709
1976	40883	55434	410143
1977	43500	39000	449413

Die Tabelle zeigt, daß immer mehr Bauern gezwungen wurden, ihr Land zu veräußern. Eine halbe Million Hektar Land ist auf diese Weise an die Großgrundbesitzer gegangen. Die Landabgabenrente beträgt zur Zeit für Verheiratete 175 DM, für Unverheiratete 115 DM im Monat.

Die Bourgeoisie hat durch Gesetz festgelegt, daß die Bauern alle gleich hohe Beiträge in die Alterskasse zu entrichten haben. Vom Altersgeld ausgeschlossen sind die Nebenerwerbsbauern, die, um überleben zu können, ihre Arbeitskraft an den Kapitalisten verkaufen müssen. Die Großgrundbesitzer können sich von den Beiträgen befreien lassen, „wenn sie anderweitig ihre soziale Sicherung gefunden haben", was sie ohne Zweifel haben, denn sie mästen sich an der Ausbeutung fremder Arbeitskraft.

Die Bourgeoisie redet derzeit viel von den „ungerechtfertigten Privilegien" der Bauern. In der Bundestagsdebatte zum 21. Rentenanpassungsgesetz hieß es, das Finanzierungssystem der landwirtschaftlichen Altershilfe müsse überprüft werden, „weil der Bund die landwirtschaftliche Altershilfe in viel größerem Umfang mitfinanziere, als dies bei der Rentenversicherung der Arbeiter der Fall" sei. Eine Erhöhung der Alterskassenbeiträge wurde angekündigt.

Die Bourgeoisie setzt auf Spaltung zwischen der Arbeiterklasse und den Bauern. Am liebsten wären ihr Stellungnahmen aus den Gewerkschaften, die die Beseitigung von „ungerechtfertigten Privilegien" der Bauern fordern. Ihre Parteigänger dort werden das versuchen. Das „Privileg", das beseitigt werden muß, ist die Tatsache, daß bislang die Alterskassenbeiträge im Vergleich zu den Rentenversicherungsbeiträgen niedriger waren. Heute, wo die Bourgeoisie die Enteignung und Vernichtung der kleinen Bauern u.a. mittels des Gesetzes über die Altershilfe in großem Maßstab betreibt, sind die Beitragsbezuschussungen durch den bürgerlichen Staatsapparat lästig und überflüssig. Sie sollen beseitigt werden, um auch die Alterskassen der Landwirte in „Kapitalgeber" umzuwandeln. Vollständige Selbstverwaltung der Kassen durch die Versicherten ist die Forderung, die einheitlich den Interessen der Arbeiter und Bauern entspricht. – (Z-Red.)

Studentenparlament unterstützt Rundreise der PLO

Hamburg. „Am 25.5. kommt eine Delegation der PLO nach Hamburg, um über den Stand der israelischen Aggression gegen die palästinensische Befreiungsbewegung zu berichten. Das Studentenparlament der Hochschule für Bildende Künste begrüßt die Delegation und fordert die Universitätsverwaltung auf, für diese Veranstaltung der Nah-Ost-Komitees geeignete Räume wie Audi-Max zur Verfügung zu stellen. Anerkennung der PLO durch die Bundesregierung!" Diese Resolution wurde bei 14 Dafür-Stimmen ohne Gegenstimme angenommen.

Demonstrationen gegen Landeshochschulgesetze

Kiel. Etwa 1 500 Studenten haben sich am 10.5. an der landesweiten Demonstration gegen das Landeshochschulgesetz beteiligt. Gleichzeitig fand die erste Lesung der Novelle des Landeshochschulgesetzes statt. Mit der Teilnehmerzahl übertraf die Demonstration die Beteiligungen an den Vollversammlungen der größten Hochschulen, an denen sich an der Universität 500, an der Pädagogischen Hochschule Kiel 150 und an der Fachhochschule Kiel 250 Studenten beteiligt hatten.

Tarifvertrag für Tutoren

Westberlin. Mehrere Jahre und mit Streiks und Demonstrationen haben die Tutoren und wissenschaftlichen Hilfskräfte, also die Studenten, die selbst an der Hochschule angestellt sind (Bezahlung ca. BAT VIII), verhindern können, daß der Senat die „Tutorenrichtlinien" durchsetzt, die beinhalten, daß die Tutoren noch weniger bezahlt bekommen und zwar so, daß bei gleichen Aufgaben die Stunden gekürzt werden. Die Gewerkschaft ÖTV hat diese Kämpfe stets unterstützt und die Forderung nach dem Abschluß eines Tarifvertrages zwischen der Universität und der ÖTV erhoben, die auch unter den Tutoren durchgesetzt wurde. In den kommenden Wochen werden Verhandlungen zwischen ÖTV und Senat stattfinden.

Werbung für die Regelstudienzeit

Westberlin. An der TU legt deren Präsident Berger größtes Gewicht darauf, zu versuchen, die Studienreform mit Zustimmung einiger Studentenvertreter zu organisieren. Er begab sich eigens auf zahlreiche Fachbereichsratssitzungen, um dort die Studentenvertreter zu bearbeiten. Seine Masche ist einfach. Er nimmt in einigen Fragen gegen die Professoren Stellung, indem er „überhöhte Anforderungen und übersteigerte Ansprüche" kritisiert, und verspricht, daß er schon dafür sorgen werde, daß diese „überhöhten" Professorenvorstellungen beseitigt würden, wenn die Studenten ihn mittels Zustimmung unterstützten und damit die Regelstudienzeit anerkennen würden. Bislang hat er damit noch nicht viel erreicht. Im Gegenteil wird am Fachbereich 14 ein Streik gegen die neue Ordnung vorbereitet, gegen die alle Studentenvertreter einheitlich gestimmt hatten.

kritisiert, und verspricht, daß er schon dafür sorgen werde, daß diese „überhöhten" Professorenvorstellungen beseitigt würden, wenn die Studenten ihn mittels Zustimmung unterstützten und damit die Regelstudienzeit anerkennen würden. Bislang hat er damit noch nicht viel erreicht. Im Gegenteil wird am Fachbereich 14 ein Streik gegen die neue Ordnung vorbereitet, gegen die alle Studentenvertreter einheitlich gestimmt hatten.

Aussiebung durch nachträgliche Änderung des Studiengangs

Göttingen. Auf einer Veranstaltung der Examensgruppe Pädagogik sollten die Professoren Stellung nehmen zu der Forderung nach freier Themen- und Prüferwahl. 256 Studenten müssen in ein bis zwei Semestern Examen machen. Von der Fachrichtung her steht ihnen nur ein Professor zur Verfügung. Der will nicht mehr als 20 Studenten pro Semester prüfen. Die anderen vier Professoren lehren nicht Sozialpädagogik. Der Professor Mollenhauer erklärte gegenüber den Studenten, daß der von den Professoren vor vier Jahren eingerichtete Studiengang „Sozialpädagogik" eine „Fiktion" sei, es gäbe nur „Pädagogik", und wenn vier Jahre lang die Studenten „einseitig studiert" hätten, sei es an der Zeit, sich umzuorientieren.

Die Regelstudienzeit wird den Prüfungsdruck gewaltig steigern

Hannover. Welche Auswirkungen das NHG auf die Studenten haben wird, zeigt eine Umfrage unter den Diplomstudenten am Fachbereich Landespflege. Der Druck der Arbeitslosigkeit ist bereits groß: Heute sind 15,6% der fertigen Diplomstudenten Landespflege arbeitslos, 11,6% arbeiten „berufsfremd" oder schreiben ihre Doktorarbeit. Von denen, die Arbeit haben, mußten 31,5% befristete Arbeitsverträge unterschreiben. Unter diesem Druck der Arbeitslosigkeit nach dem Studium soll mit dem NHG die Aussiebung und Konkurrenz im Studium gewaltig verschärft werden: Kein Landespflegestudent schafft heute das Studium in der festgelegten Regelstudienzeit von acht Semestern. Die Umfrage unter den fertigen Diplomstudenten ergab folgende Aufteilung für die Studiendauer:

Diplom im 9. Semester	7,5%
Diplom im 10. Semester	20,5%
Diplom im 11. Semester	16,2%
Diplom im 12. Semester	18,8%
Diplom im 13. Semester	14,0%
Diplom im 14. Semester	11,9%
Diplom im 15. Semester	4,3%
Diplom im 16. Semester	6,4%

Verlängerung des Praktischen Jahres, Verlängerung des Arbeitstages und Nachtarbeit

PJler ersetzen ausgebildete Medizinalassistenten kostenfrei

Am 6.3.78 hatte die Bundesregierung ihre Berater vor dem Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit zusammengerufen, um zu überprüfen, wie weit sich das Praktische Jahr rentiert hat. Geladen waren Experten im Aussaugen unbezahlter Arbeit: Professoren und Standesvertreter, Deutsche Krankenhausgesellschaft, Krankenkassen, Hauptvorstand ÖTV, für die Studenten der Nachwuchs der bürgerlichen Parteien und nicht ihr Vertretungsorgan, die VDS-Fachkonferenz, womit direkt ein Angriff auf die gewerkschaftliche Organisierung der Medizinstudenten geführt wird. Einig war sich dies Pack darin, daß unter dem Deckmantel „Ausbildung" mehr unbezahlte Arbeit geleistet werden soll. Der Marburger Bund und einige Ärztekammern fordern die Verlängerung des Praktischen Jahres. So offen können sie das aber nicht durchsetzen angesichts der Kämpfe der Studenten, deshalb traten die meisten für eine „Teilapprobation" ein, d.h. nach dem PJ eine wahrscheinlich zweijährige Pflichtassistenzzeit, in der der Arzt noch nicht selbständig arbeiten darf. Mit dem Schlachtruf „mehr Praxis" hat die Regierung bereits das PJ eingeführt. Systematisch werden die PJler als unbezahlter Ersatz für die früheren Medizinalassistenten eingesetzt.

Auf der Station Thannhäuser der Med. Klinik in Göttingen hat sich das so entwickelt:

	Betten	Ärzte	Med.-assist.	PJler
Mai 77	24	3	3	1
März 78	20	3	1	1
demnächst	20	3	–	2

In welchem Ausmaß der staatliche Dienstherr bereits die Arbeitskraft der PJler vernutzt und entsprechend einplant, sieht man an der Chirurgie Hildesheim: Dort werden Krankengeschichten nur noch von PJlern gemacht. Sonst fallen sie unter den Tisch.

Die Bourgeoisie hat auf dem Hearing das PJ überprüft. Es ist noch nicht „praktisch" genug, „da sie (die PJler) entsprechend den Ausbildungsvorschriften nachmittags ein eigenes Lehrprogramm durchlaufen. Daß auch die Nichtteilnahme routinemäßig am Nachtdienst eine gewisse Distanzierung vom Kliniksgeschehen bewirkt, muß nicht betont werden. So gesehen, stehen also PJ-Studenten wochentags einen halben Arbeitstag zur Verfügung, zu Wochenende überhaupt nicht" (Stellungnahme der niedergelassenen Ärzte). Um die Arbeitskraft der PJler vollständig auszunutzen, haben die meisten auf dem Hearing gefordert, den schriftlichen Teil der Prüfung vor das PJ vorzuziehen und die mündlichen praktischen Prüfungen auszuweiten, um so die Abhängigkeit von den Professoren und Chefärzten zu verschärfen. Die Studenten sollen sich nicht „in zu starkem Maße mit der Aneignung theoretischer Examensstoffe befassen" (Wissenschaftsrat), sondern sich ganz der praktischen Ausbildung, d.h. der Arbeit auf den Stationen tagsüber, nachts und am Wochenende widmen können. Prof. Bretschneider, Prodekan, beantragte im Göttinger Fakultätsrat eine Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit von fünf mal fünf gleich 25 Stunden auf vier mal acht gleich 32 Stunden und begründete das mit dem möglichen Ausfall des Wochenenddienstes, der bisher einmal in zwei Monaten abgeleistet wurde. Die Durchsetzung dieser neuen Arbeitszeitregelung würde für die PJler noch höhere Verschuldung bedeuten, weil der Dienstherr die Bezahlung ihrer Arbeitskraft verweigert und sie jetzt nicht einmal nebenher Geld verdienen können. Schon jeder achte Student ist verschuldet, unter den PJlern ist jeder fünfte verschuldet.

Die Göttinger PJler haben sich gegen die unbezahlte Vernutzung ihrer Arbeitskraft und die geplante Verschärfung der Arbeits- und Ausbildungsbedingungen auf einer Resolution zusammengeschlossen, die fordert: Keine starre Arbeitsregelung! Keine Erhöhung der Arbeitszeit! Für eine flexible, den Stationsverhältnissen angepaßte Arbeitszeit! Für volles Mitspracherecht der Studenten bei allen Ausbildungsangelegenheiten! Unter diese Resolution wurden 250 Unterschriften gesammelt. Die Studenten werden den Kampf fortsetzen. Sie können Erfolg haben, wenn sie sich von allen reformistischen Vorstellungen lösen. Nicht „den Stationsverhältnissen angepaßte Arbeitszeit", sondern tariflich abgesicherte Arbeitszeit; nicht „volles Mitspracherecht", sondern Einspruchsrecht in allen Ausbildungsangelegenheiten; Abschluß eines Ausbildungs- und Tarifvertrages für alle PJ-Studenten.

Das Niedersächsische Hochschulgesetz wird bekämpft!



Ca. 3 500 Studenten demonstrierten am 10.5. in Hannover gegen die Verabschiedung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes zur gleichen Zeit im Niedersächsischen Landtag. Aufgerufen hatte dazu landesweit die Konferenz Niedersächsischer Studentenschaften (KNS) unter Forderungen nach „Ausbau des Bildungswesens", „Neufassung des HRG" und „Für das Recht auf Arbeit und Bildung". Die Opportunisten haben diesen Aufruf der Reformisten und Revisionisten dazu benutzt, um gegen die Demonstration aufzutreten oder „zähneknirschende" Teilnahme zu empfehlen. Gewirkt hat diese Spaltung, und sie hat sich in der geringen Beteiligung ausgedrückt, weil es an vielen Fachbereichen noch nicht gelungen ist, in den zahlreichen Kämpfen in den Seminaren gegen die Willkür und Schikane der Professorenreaktion, gegen die Aussiebung und Unterdrückung in den Prüfungen, die z.T. mit großer Hartnäckigkeit von den Studentenmassen geführt werden, die Einheit auf den Forderungen nach Koalitionsrechten und Bezahlung der Arbeitskraft gegenüber dem bürgerlichen Staat herzustellen.
Andererseits sind auf der Demonstration die Forderungen der Studenten nach Einspruchsrecht der Verfaßten Organe der Studentenschaft in allen Studien- und Prüfungsangelegenheiten und der gesetzlichen Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit, nach Beratung und Beschlüssen in den Fachbereichen getragen worden, und gelang es den Reformisten nicht, ihre „Neufassung des NHG" und „Recht auf Arbeit" zur bestimmenden Parole zu machen. Die KHG Hannover hat während der Demonstration 26,34 DM für die vollmotorisierte Kompanie der ZANLA gesammelt und für über 50 DM revolutionäre Literatur verkauft.

Durchfallquoten im ersten Staatsexamen für das Amt des Lehrers am Gymnasium

Die nebenstehende Tabelle zeigt die Anzahl und Quote derjenigen, die durch die *letzte* der Hochschulprüfungen durchfallen. Sie zeigt nicht, wie-

Insgesamt kann man unschwer feststellen, daß die Quote derer, die die Abschlußprüfung überhaupt erreicht haben, um dann durchzufallen, von

Durchfallquoten im ersten Staatsexamen für das Amt des Lehrers am Gymnasium

Die nebenstehende Tabelle zeigt die Anzahl und Quote derjenigen, die durch die *letzte* der Hochschulprüfungen durchfallen. Sie zeigt nicht, wieviele durch das System von Prüfungen herausgesiebt werden. Vielmehr hat sich im Zeitraum seit 1973 vor allem Zahl und Schwere der Zwischenprüfungen und Klausuren erheblich erhöht. In Westberlin haben von den Studenten, die seit 1969 erfolgreich ihre Zwischenprüfung abgelegt hatten, etwa 60% überhaupt das Abschlußexamen angetreten.

Die Zahlen zeigen ebenfalls nicht alle, die an der letzten Prüfung gescheitert sind, diese Prüfung nicht antraten, weil sie ihre schriftliche Arbeit nicht pünktlich fertig bekamen. Man muß sie an sich zu den Durchgefallenen rechnen, nur die offizielle Statistik macht dies nicht.

Insgesamt kann man unschwer feststellen, daß die Quote derer, die die Abschlußprüfung überhaupt erreicht haben, um dann durchzufallen, von 6,4% auf 10,2% oder um 60% gestiegen ist, während die Zahl der Durchgefallenen um über 100% gestiegen ist.

Es fallen regionale bzw. länderspezifische Unterschiede auf: Die höchste Quote haben die Professoren in Hamburg zuwegegebracht, die geringste die Reformprofessoren in Bremen. Während letztere aber in Berufung auf die Reputation ihrer Universität zügig ans Durchfallenlassen denken, spielt sich die Sache allgemein etwa auf Richtung 15% ein.

Doch unterliegen Prüfungen der offensichtlichen Gesetzmäßigkeit des Kampfes an den Hochschulen. Es ist abzulesen, daß vor und während der großen Streiks der letzten Jahre die Durchfallquoten erheblich gedrückt wurden und daß sie danach stets stiegen. In Westberlin z.B. großer Streik über drei Semester 1973/74 und 1975/76 und ansteigende Durchfallquoten danach. Daß die Professoren nach den Streiks frech wurden, zeigt die Schwäche dieser Kämpfe, zeigt, daß sie stets gespalten werden konnten. Daß hingegen während der Streiks die Professoren sich mäßigen mußten, zeigt die Möglichkeiten. – (Sprecherrat Nord)

Land	1972/73		1973/74		1974/75		1975/76 (1)	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Hamburg (2)								
gesamt	152	*100,0*	433	*100,0*	567	*100,0*	605	*100,0*
bestanden	128	*84,2*	356	*82,2*	445	*78,5*	515	*85,2*
durchgefallen	24	*15,8*	77	*17,8*	122	*21,5*	90	*14,8*
Schleswig-Holstein								
gesamt	.	.	.	.	.	.	1211	*100,0*
bestanden	.	.	.	.	.	.	1079	*84,0*
durchgefallen	.	.	.	.	.	.	195	*16,0*
Bremen (3)								
gesamt	.	.	.	.	44	*100,0*	345	*100,0*
bestanden	.	.	.	.	44	*100,0*	344	*99,0*
durchgefallen	.	.	.	.	.	.	1	*0,3*
Baden-Württemberg (4)								
gesamt	2453	100,0	2259	*100,0*	.	.	.	.
bestanden	2250	*91,7*	2063	*91,3*	.	.	.	.
durchgefallen	203	*8,3*	196	*8,7*	.	.	.	.
Bayern (5)								
gesamt	3023	*100,0*	3092	*100,0*	5795	*100,0*	5131	*100,0*
bestanden	2875	*95,1*	2820	*91,2*	5330	*92,0*	4669	*91,0*
durchgefallen	148	*4,9*	272	*8,8*	465	*8,0*	462	*9,0*
Westberlin								
gesamt	215	*100,0*	407	*100,0*	449	*100,0*	377	*100,0*
bestanden	215	*100,0*	385	*94,6*	436	*97,1*	340	*91,6*
durchgefallen	.	.	22	*5,4*	13	*2,9*	37	*8,4*
Summe								
gesamt	5843	*100,0*	6191	*100,0*	6855	*100,0*	7669	*100,0*
bestanden	5468	*93,6*	5624	*90,9*	5255	*91,2*	6884	*89,8*
durchgefallen	375	*6,4*	567	*9,1*	600	*8,8*	785	*10,2*

(1) Die Statistik richtet sich in den meisten Ländern nach Studienjahren, jeweils Wintersemester und folgendes Sommersemester.
(2) Jeweils zur Prüfung zugelassen, aber nicht angetreten sind in Hamburg 1973 16 Prozent, 1974 12 Prozent, 1975 11 Prozent, 1976 11 Prozent.
(3) In Bremen gibt es erst seit 1975 Studenten im Prüfungsalter.
(4) Ab 1975 wurden keine Zahlen veröffentlicht.
(5) Bis 1974 nur Volksschullehrer, ab 1975 alle Lehrämter, darunter auch Realschule mit 40% Durchfallquote.

Trommeln für das Zionistenpack – Bildungsurlaub im Haus Sonnenberg

Das Haus Sonnenberg in St. Andreasberg/Harz propagiert über Seminare und Reisen „eine Erziehung zum Frieden, eine Erziehung zu aktiver Politik in dieser Richtung als Alternative zur Gewalt" (Raffert, Sonnenberg 1970). Diese Reisen gehen dann z.B. ins zionistische Israel, „Besuch eines Kibbuz", die Seminare haben Themen wie: „Ist der Nationalismus überholt?" oder „Der deutsche und israelische Terrorismus" und „Möglichkeiten einer engeren Bindung zwischen Israel und Europa". Schon an diesen Themen sieht man, worum es bei diesen Seminaren geht, die sich hauptsächlich wenden an Jugendliche in der Schule und im Betrieb. Über das Lockmittel „Bildungsurlaub", d.h. bei Weiterzahlung des Lohns, sollen sich die Jugendlichen, die sich sonst keinen Urlaub leisten können wegen des viel zu geringen Lohns und die mal froh sind, für zwei Wochen raus aus der Knochenmühle Fabrik zu sein, gewinnen lassen für die expanionistischen Ziele des westdeutschen Finanzkapitals.

Das Werben um die Jugend für diese Ziele wird von der Bundesregierung mit 4 Millionen Mark unterstützt. Die richtigen Leute sitzen im Kuratorium, das die Aufsicht über die einzelnen Seminar- und Reisegruppen hat. Neben je einem Landtagsabgeordneten der bürgerlichen Parteien FDP, CDU und SPD, Vertreter des Wissenschaftsministeriums, Vertreter der Jugendämter Hannover und Braunschweig, ein Mann vom Auswärtigen Amt und der Professor Weimann aus Wolfenbüttel, CDU-Mitglied und Leiter des Ausbildungswerks von VW, selbst Gewerkschaftssozialdemokraten von der GEW und IGM haben ihren Platz im Kuratorium.

Dienstvorschrift: „Der Soldat ist 24 Stunden im Dienst“

Rigorose Vernutzung der Arbeitskraft der Wehrpflichtigen

Dienstverpflichtet für die Imperialisten zu sein, das heißt wirklich in jedem Punkt mit Haut und Haaren verkauft zu sein.

Die Bourgeois haben das zeitliche Ausmaß der Dienstverpflichtung innerhalb der 15 Monate Wehrdienstzeit für die Wehrpflichtigen in der zentralen Dienstvorschrift 10/5 festgelegt: „Der Soldat ist 24 Stunden im Dienst.“ Das ist für die Generalität kein leerer Spruch, sondern es ist in Annäherung daran für die Masse der Soldaten brutale Wirklichkeit in der Vernutzung ihrer Arbeitskraft für einen Hungersold, der nichts als Verhöhnung ist.

In der Länge der Dienstzeit für Soldaten gibt es verschiedene Erscheinungen, die das wirkliche Ausmaß des Verschleißes der Arbeitskraft verdekken. Es ist z.B. schon ein Unterschied, ob man als Wehrpflichtiger Büroarbeiten im Stab verrichten muß, oder Grenadier in einer Kampfeinheit ist. Die Offiziere versuchen so etwas zur Spaltung der Soldaten zu benutzen. Daß man auf „die armen Kampfschweine“ herunterblickt oder umgekehrt Haß auf die „Schreibstubenhengste“ kriegen soll. Eine tatsächliche Grundlage gibt es für solche Auffassungen nicht, die Wehrpflichtigen sind derselben Dienstpflicht unterworfen.

Wir wollen die Dienstzeit für Wehrpflichtige für die verschiedenen Stadien der Wehrdienstzeit untersuchen und dann Bilanz ziehen. Untersucht werden dabei verschiedene Kampfeinheiten, in die die Masse der Soldaten gepreßt ist.

Grundausbildung:
Ausbildungskompanie 2/11, Feldwebel-Lilienthalkaserne, Delmenhorst, sechs Wochen Grundausbildung. Die Soldaten haben normalen Dienst, also acht Stunden plus Mittagspause, Abendbrot und Revierreinigen zweidreiviertel Stunden plus Ausarbeitungen schreiben, Spind aufräumen usw. durchschnittlich zwei Stunden, das sind zwölfdreiviertel Stunden an 18 Tagen.

Dazu kommen sechs Tage mit ca. 17

Dazu kommen sechs Tage mit ca. 17
Stunden (Nachtausbildung) und sechs Tage mit 20 Stunden Dienst einschließlich Pausen in der Geländeausbildung. Weiter drei- bis viermal Samstagsdienst, ca. 10 Stunden, und einmal Grenadier vom Dienst, das sind 24 Stunden Wachdienst mit höchstens vier Stunden Schlaf. Das macht zusammen 515,5 Dienststunden. Bei sechs Wochen, freie Tage gar nicht abgerechnet, ein Tagesdienstdurchschitt von 12,27 Stunden!

Der Wehrpflichtige in der Stammeinheit:
Bismarckkaserne, 2./162, Röttigerkaserne, Bose-Bergmannkaserne Hamburg. Auf Material aus diesen drei Kaserne stützen wir uns im folgenden. Wir gehen aus von 456 Tagen Wehrdienstzeit. 42 Tage sind weg durch die Grundausbildung. Bleiben noch 414

Tage. Auf Grundlage des vorhandenen Materials gliedern wir die Untersuchung der Dienstzeit nicht chronologisch, sondern ordnen sie nach Dienstarten. Zunächst ziehen wir im voraus ab vier Wochen Urlaub (28 Tage), drei Wochen Dienstbefreiung (21 Tage). Bleiben noch 365 Tage.

Die 2./162 hat im Jahr 1976 77 Übungstage gehabt. Was das für eine ungeheure Schinderei bedeutet, wird klar, wenn man davon die Übung in Bergen-Hohne genauer untersucht. 228,5 Stunden hat die Übung insgesamt gedauert. Davon waren tatsächliche Dienstzeit 170 Stunden. Das sind auf den Tag umgerechnet 17,5 Stunden Dienst, neuneinhalb Tage hintereinander. Berechnet man für die übrigen 67 Übungstage einen Tagesdienstdurchschnitt von 13 Stunden, dann kommt das auf 871 Stunden.

Jetzt kommen Wach- und Bereitschaftsdienste. Pro Quartal sind das im Durchschnitt eine Woche Bereitschaft, insgesamt also vier Wochen Bereitschaft (28 Tage). Während der Bereitschaft bist du vollständig in der Kaserne eingesperrt, man müßte an sich also die ganze Zeit als Dienstzeit direkt rechnen. Nimmt man jetzt nur die tatsächlichen Dienststunden, dann ist das der Normaldienst von elf Stunden einschließlich Pausen plus mindestens eine Stunde zusätzlich für die Überprüfung der „Alarmbereitschaft der Soldaten“. Dazu kommen noch „Einlagen“ wie in der Bismarckkaserne, eine 36-Stundenübung, 26 Tage mal 12 Stunden plus 36 Stunden, das macht 348 Stunden.

Drei Wochen Wache auf die Wehrdienstzeit kann man sicher rechnen. Bei der Wache muß man 24 Stunden rechnen, der Schlaf dazwischen ist nicht der Rede wert. Das sind 21 Tage mal 24 Stunden, das macht 504 Stunden.

Es sind jetzt noch übrig 239 Tage Normaldienst für die Soldaten. Als günstigstes Verhältnis nehmen wir, daß die Soldaten von diesen 34 Wochen an 30 Wochenenden nach Hause kommen. Das sind 60 Tage. Bleiben reale 179 Diensttage oder 25 Wochen. Der Normaldienst in den Kampfeinheiten der Bose-Bergmannkaserne sieht zumindest so aus: Kaum ein Tag pünktlich Dienstschluß. Zu den elf Stunden also dazu fast täglich für mehrere Soldaten ein bis zwei Stunden länger Dienst als „erzieherische Maßnahme“. Einmal in der Woche Geländeausbildung, das heißt bis nachts 24 Uhr. Das sind pro Woche im Schnitt 65 Stunden, also auf 25 Wochen 1625 Stunden Dienst.

Das ist garantiert nicht alles an Dienst. Z.B. die Prüfstufe C, eine Materialüberprüfung, die jeder Wehrpflichtige sicher einmal mitmacht, dafür haben sie in der Röttigerkaserne den Soldaten bis zu 60 Überstunden abgepreßt. Alleine bei dieser Berechnung ist das Ergebnis insgesamt 4031 Dienststunden. Berechnet auf die gesamten 456 Tage sind das 8,8 Stunden am Tag. Berechnet auf die Tage, an denen Dienst geleistet wurde, ergibt das bei 339 Diensttagen eine Dienstzeit von 11,8 Stunden am Tag. Die Rechnung ist sicherlich noch günstig, aber es wird völlig klar, die Soldatenbewegung muß der Vernutzung ihrer Arbeitskraft rigoros Schranken setzen.

– (SRK-Sprecherrat Nord)

Apel auf Truppenbesuch in Munster

Der Fuchs fragt sich, wie er der Soldatenbewegung beikommen kann – das wird einem „nicht in die Wiege gelegt“

Zur Kampftruppenschule der Panzertruppe des Heeres in Munster führte Verteidigungsminister Apels erster Truppenbesuch. Man müsse wissen, er habe nie gedient, es sei ihm nicht in die Wiege gelegt, Verteidigungsminister zu werden, gab er sich dummdreist.

Ist Apel wirklich so unerfahren?

Unmittelbar im Anschluß an den Breschnew-Besuch in Bonn erscheint Apel in Munster, gelegen inmitten des trapezförmigen Raumes zwischen Bremen, Hamburg, Berlin und Hannover, in dem im Falle eines Krieges zwischen dem BRD-Imperialismus und den russischen Sozialimperialisten das Zentrum großer Panzerschlachten, zu denen es unzweifelhaft kommen wird, befindet. Bei jeglicher Schlacht um Europa kommt der Panzerwaffe größte strategische Bedeutung zu, mit ihr können ohne größere Verluste an Menschen und Fabriken Produktivkräfte unterworfen werden. Das weiß Apel und ist konsequente Fortsetzung seiner Antrittsrede am 17.2.78: „Wir leben nicht allein in der Welt. Seit 20 Jahren bin ich europäischer Beamter im Ruhestand, seit zwölf Jahren im einstweiligen Ruhestand. Ich weiß, daß unser Land nur eine Zukunft in der westlichen Allianz und in der westeuropäischen Integration hat.“ Sicher möchte er, Apel, „im Ruhestand“ streichen und vielleicht als Europas Verteidigungsminister den Oberbefehl über die NATO-Streitkräfte Europas erhalten. Das wäre die Konsequenz aus dem, was er als Finanzminster 1975 vertreten hat: „... Als wichtigstes Industrieland gehören wir auch zu den Gewinnlern der europäischen Integration.“ Sicherung und Ausbau der Vorherrschaft in der EG! „... Es kommt also darauf an, den bedrängten Ländern in der Gemeinschaft Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten ...“. Millionen-Kredite an Italien! Kapitalexport! Dafür hat Apel als Finanzminster gesorgt, als Kriegsminster wird er auf Durchsetzung drängen.

Im „Stern“-Interview (Nr. 20, S. 246) Apel: „Wenn ich Unteroffizier der Reserve wäre, hätte ich auch nicht mehr militärisches Wissen mitgebracht“. Hier schneidet Apel das Hauptproblem an, das die westdeutschen Monopolbourgeois mit der Armee haben – und das weiß er genau – die Abrichtung der Soldaten auf die imperialistischen Interessen des westdeutschen Finanzkapitals. Apel: „... aber wir wollen uns bemühen, das Bewußtsein der Soldaten und Offiziere, die ja Waffen tragen, für die Demokratie und die deutsche Vergangenheit zu schärfen“ (Stern). Genau das, was Scheel auf der jüngsten Kommandeurstagung der Bundeswehr und Berkhahn in seinem Jahresbericht festgestellt haben. Es läuft auf die Frage hinaus: wie können die Soldaten am besten unterdrückt werden. Als Apel in Gesprächen mit Soldaten in Munster fragte, ob ihnen die ständigen Lehrvorführungen nicht auf die Nerven gingen, und ein PzGren antwortete, daß ein Schuß der Panzerabwehrrakete Milan 12000 Mark kostet, sagte er: „Ja, ja, das ist viel Geld“. Als Apel schließlich auf vollen Dienstausgleich, Bezahlung der Überstunden, bessere Verpflegung und den elenden Wehrsold angesprochen wurde, verdrückte er sich mit dem Offizierspack ins Kasino. Beim Gehen sagte er noch: „Ich möchte mich mehr um die Sorgen der Soldaten kümmern in meiner Dienstzeit.“ Im Herbst beabsichtigt Apel eine Reihe von Tagungen, an der auch Vertrauensleute teilnehmen sollen, „... um alle Probleme offenzulegen“. – (SRK-Sprecherrat Nord Hannover)

einstweiligen Ruhestand. Ich weiß, daß imperialistischen Interessen des west- (SRK-Sprecherrat Nord Hannover)

„Für einen unabhängigen, demokratischen Staat Palästina, in dem Juden, Christen und Moslems gleichberechtigt zusammenleben! – Anerkennung der PLO durch die BRD“ – Rundreise einer Delegation der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zum 30. Jahrestag des zionistischen Staates Israel



Veranstaltungen:

Ort	Datum	Zeit	Ort der Veranstaltung
Frankfurt	So 21.5.	15.00 Uhr	Volksbildungsheim, Großer Saal
Hamburg	Mo 22.5.	19.00 Uhr	Audimax I, Universität
Westberlin	Di 23.5.	19.00 Uhr	Neue Welt, Hasenheide
Mannheim	Mi 24.5.	20.00 Uhr	Kulturhaus Käfertal
Hannover	Fr 26.5.	19.30 Uhr	Audimax, Technische Universität, Am Welfengarten
Köln	Sa 27.5.	19.00 Uhr	Gaststätte Flora, Köln-Riehl, Botanischer Garten, Riehler Florastr.

Die Veranstaltungen werden durchgeführt von der Informationsstelle Palästina, dem Sekretariat der Palästina- und Nahostkomitees in der BRD und Westberlin und dem Palästinensischen Studentenverband in der BRD und Westberlin.



Warum Ehrenberg soviel an der Verlängerung des Ersatzdienstes liegt

Ehrenberg war nicht sonderlich erstaunt über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen die Wehrdienstnovelle. Einen Tag später bemerkte er nüchtern – als für die Zivildienstgesetzgebung verantwortlicher Minister –, die Regierung werde den „Handlungsspielraum“ ausschöpfen. Es wäre ihm auch schwergefallen, Verwunderung oder gar Empörung zu heucheln über den weisen Spruch. Es wär von vornherein so ausgemacht. Und nun trieft die bürgerliche Presse von kontroversen Kommentaren über „die zentrale Frage der Gewissensprüfung“. Alles nützliche Propaganda, um Ehrenberg in seinem ausgeklügelten Schlachtplan Schützenhilfe zu leisten.

Schließlich hat das Verfassungsgericht nicht die *Abschaffung* der Gewissensprüfung für verfassungswidrig erklärt, sondern die *Lage*, in der sie abgeschafft werden sollte, eine Lage, in der der „Ersatzdienst nicht nur keine ‚lästige‘, sondern im weiten Umfang nicht einmal eine reale Alternative“ darstelle. Bei entsprechender *Ausgestaltung* des Zivildienstes könne die Überprüfung getrost eingespart werden, da „schon die Entscheidung ... zugunsten dieses Ersatzdienstes die Gewissensentscheidung glaubhaft macht.“ 24 Monate Kasernierung, Hungersold, Trennung von Familie und Freunden ist zweifellos kein Zuckerschlecken. Und nicht zuletzt komme es auf die *Art* der Aufgabe an sowie auf die rechtliche Ausgestaltung des Dienstverhältnisses.

Im Juli 1977 gab es ein Treffen von Ehrenberg mit dem Bundesbeauftragten für den Zivildienst. Er teilte diesem mit, daß erstens weitere 600 Millionen DM zur Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Jugendliche bereitgestellt seien und zweitens, daß er gerne von dem Herrn Bundesbeauftragten für den Zivildienst die Zusicherung hätte, daß die so geförderten „zusätzlichen Aktivitäten im Bereich des sozialen Dienstes“ nach Ablauf der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit Zivildienstpflichtigen besetzt werden. Der Herr Bundesbeauftragte meinte, daß das nicht nur gehe, sondern sogar günstig sei, weil „Zivildienstpflichtige auch an Orte einberufen werden können, wo für die sozialen Dienste keine Arbeitslosen eingesetzt werden können“.

Einzelheiten, so vereinbarte man, werde der Bundesbeauftragte mit dem Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit klären.

14 Tage nach dem Karlsruher Spruch appellierte der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft an die Bundesregierung, „ihre Aktivitäten zu verstärken, die den arbeitslosen Jugendlichen eine freiwillige Ausbildung und Beschäftigung in Dienst-

leistungsbereichen der öffentlichen Trä-
leistungsbereichen der öffentlichen Träger (z.B. bei den sozialen Diensten, im Freizeitbereich, im Umweltschutzbereich) ermöglichen.“

Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind dagegen nicht mit „Ausbildung“ zu verwechseln, es werden nur solche Jugendliche vorgeschlagen, die eine „positive Einstellung zu den Maßnahmen“ erkennen lassen. Ausbildung zum Rettungssanitäter dagegen, zum Wachposten auf Spielplätzen, zum Krankenpfleger, der per Hausbesuch die Alten, Behinderten und Kranken versorgt, die die Krankenhäuser zwecks „Entlastung der Bettenüberbelegung“ nicht mehr aufnehmen, diese Tätigkeiten erfordern nicht nur Unterwerfung unter den Status der Zwangsarbeit ohne tariflich abgesicherten Lohn, ohne Rechte, sondern „aktive“ Fähigkeiten, zu deren Heranbildung etwa 24 Monate das Mindeste sein dürften. „Einschränkungen der Lebensführung im Stil des Militärdienstes“ hat das Verfassungsgericht für die *Ausgestaltung* des Ersatzdienstes vorgesehen. Wie schon die Arbeitsbeschaffungsprogramme soll nun auch das „Kriegsdienstverweigerungsrecht“ europäisch vereinheitlicht werden. – (Z-Red.)

Innenminister Groß vereidigt 375 Polizeischüler in Hann. Münden

Göttingen. Erstmals ist die Bourgeoisie in Hann. Münden dazu übergegangen, die Polizeischüler der Landespolizeischule öffentlich zu vereidigen. Das reaktionäre Zeremoniell fand auf dem Schloßplatz von Hann. Münden statt. Innenminister Groß begründete die Notwendigkeit der Polizei damit, daß „Selbstjustiz“ verhindert werden müsse. Verhindert werden muß, daß das Volk seine Angelegenheiten in die eigenen Hände nimmt. Zum Schutz des kapitalistischen Privateigentums benötigt die Bourgeoisie abgetrennte bewaffnete Formationen. 375 Jugendliche versuchte Groß für diesen Zweck einzuschwören. Im letzten Herbst hat ein Drittel der Polizeischulklasse die Schule verlassen. Die neuen Polizeischüler sprechen den Eid so leise wie möglich. Applaus bekam Groß nur von der Tribüne.

Ständig verlängerter Dienst

Delmenhorst. Am Samstag, 6.5., mußten fast 40 Soldaten der Ausbildungskompanie 2/11 über eine Stunde länger bleiben. Sie hatten beim 2000-Meter-Lauf zu schlechte Zeiten erreicht. Jeder, der unter seiner persönlichen Bestzeit gelegen hatte, mußte das am Samstag üben. Daß sich die Zeiten der meisten Soldaten verschlechtert haben, liegt daran, daß sie am Tag zuvor bis 1 Uhr Gewehr reinigen mußten. Überhaupt bekommen die Soldaten meist nur 5 Stunden Schlaf pro Nacht.

Mexiko nimmt Erdgasproduktion auf und kämpft um den Preis

Bis zu 120 Mrd. Faß Öl und Hunderte von Milliarden Kubikmeter Erdgas werden im Boden und vor den Küsten Mexikos vermutet. Nach Angaben der staatlichen Ölgesellschaft Penex wurden allein 1977 26 neue Lagerstätten entdeckt, 17 mit Öl und neun mit Gas. Vier bereits angezapfte Felder sind ergiebiger als vermutet. Mexiko will seinen Rohstoffreichtum zur Entwicklung einer eigenständigen Wirtschaft nutzen und verlangt von den USA für vereinbarte Erdgaslieferungen 2,60 Dollar pro Tausend Kubikfuß. Die US-Imperialisten beharren jedoch auf 2,10 Dollar. Um diesen Spottpreis durchzusetzen, hat US-Energieminister Schlesinger von Dezember 1977 an die weitere Auszahlung des 590-Mio.-Dollar-Kredits für den Bau der Gaspipeline von Mexiko in die USA unterbrochen. Vizepräsident Mondale hat im Januar in Mexiko mit der Ausweisung von sechs Millionen „illegalen" Mexikanern aus den USA gedroht.

Mexiko läßt sich jedoch nicht erpressen. Mexikos Präsident Portillo teilte dem Anfang dieses Monats in Mexiko weilenden US-Außenminister Vance mit, Mexiko habe sich entschlossen, sein Erdgas nicht mehr zu verkaufen, sondern es mit Hilfe eines nationalen Erdgasnetzes für die eigene Industrie zu verwenden. Auf diese Weise wolle es bislang verwendetes Erdöl für den Export freisetzen, da es zu höheren Preisen auf dem internationalen Markt abgesetzt werden könnte als Erdgas in den USA.

Erstes Nordseeöl in Wilhelmshaven angelandet

Am 1.Mai ist das erste Rohöl aus einem Nordseevorkommen angelandet worden, an dem das westdeutsche Ölmonopol „Deminex" beteiligt ist. 85000 Tonnen Rohöl aus dem „Thistle"-Ölfeld in der britischen Nordsee wurden bei der Nordwest-Ölleitung in Wilhelmshaven angelandet. Einen „warmen Regen für den total ausgedörrten Garten" erwartete das westdeutsche Finanzkapital (Veba-Chef Oschmann). 1979 sollen 4,7 Mio. Tonnen Öl aus dem „Thistle"-Feld zur Weiterverarbeitung in die BRD fließen. Insgesamt wird mit 40 Mio. Tonnen Öl aus diesem Feld für die nächsten 13 Jahre gerechnet. Die Erdöl- und Erdgasvorkommen in der Nordsee sind ein Stachel für die westdeutschen Imperialisten. Als Mitte der sechziger Jahre die Nordsee unter den Anrainern aufgeteilt wurde, schnitt das westdeutsche Kapital schlecht ab. Schmerzlich zeigte sich dies, als 1969 das norwegische Ekofisk-Öl entdeckt wurde. Alle Bohrungen in dem „deutschen" Teil der Nordsee blieben erfolglos. Die westdeutschen Imperialisten drängten auf Neuaufteilung. 1972 jagten sie den Niederlanden 12000 qkm ab. Auch hier kein Tropfen Öl. Über 60 Mio. DM wurden ohne Erfolg für Suchbohrungen in den Nordseesand
Öl. Über 60 Mio. DM wurden ohne Erfolg für Suchbohrungen in den Nordseesand
gesetzt. Die westdeutschen Imperialisten änderten die Taktik. Ausbooten der kapitalistischen Konkurrenz. Einkauf in anderen Gesellschaften und Verschulden der Konkurrenten. So wird jetzt „deutsches" Erdöl produziert. Schwerpunkt der Deminex liegt in der Nordsee. Dort wurden 1,216 Mrd. DM investiert. Das entspricht 58% aller Investitionen. Für den Kauf und die Erschließung des „Thistle"-Feldes hat die Deminex als Bundeszuschuß 1,1 Mrd. DM erhalten. Davon braucht sie allenfalls 84 Mio. DM zurückzuzahlen. Sie erwartet einen Profit von 1,5 Mrd. DM aus dem „Thistle".

US-Besatzungstruppen nach Norwegen

1949 mußte die norwegische Bourgeoisie bei ihrem Nato-Beitritt ein Zugeständnis an die Arbeiterbewegung machen und die Stationierung ausländischer Truppen im Land verweigern. Seitdem ist die Stationierung von Besatzungstruppen ein erklärtes Ziel der US-Imperialisten. Unter Ausnutzung der sozialimperialistischen Drohungen und Unterdrückungstaten gegenüber Norwegen wollen sie nun dabei einen Durchbruch erzielen. Die norwegische Regierung hat jetzt in Verhandlungen zum ersten Mal der dauerhaften Lagerung schwerer Waffen von britischen und kanadischen Truppen zugestimmt. Zusammen mit „Ausbildungszeiten" von sechs Monaten und mehr im Land bedeutet das praktisch die Stationierung. Gleichzeitig werden Verhandlungen mit den USA direkt geführt. „Die Marineinfanteristen werden eingeladen werden, regelmäßig unter den besonders schwierigen norwegischen Bedingungen zu üben wie ihre britischen Gegenstücke, anstatt nur für die gelegentlichen ACE-Bereitschaftsübungen aufzutauchen", beschreibt der „Guardian" den Verhandlungsstand. Flugplatz- und Wartungseinrichtungen für den Jäger F-15 und den Bomber F-111 sollen eingerichtet werden. Im letzten imperialistischen Weltkrieg wurde das strategisch hochbedeutende Norwegen von Truppen des deutschen Imperialismus besetzt. Die jetzt vorgesehene Besatzung durch die US-Imperialisten richtet sich genauso gegen die Interessen der norwegischen Arbeiterklasse.

Die irischen Gefangenen des britischen Imperialismus fordern ihre Anerkennung als Kriegsgefangene

Mit Polizeirazzien, Beschlagnahme von Flugblättern und Verhaftungen in Nordirland reagierte die britische Regierung in den vergangenen Wochen auf eine Massenprotestaktion von knapp 500 politischen Gefangenen im Block H des berüchtigten Maze-Gefängnisses in Belfast. Die Gefangenen fordern die Anerkennung als politische Internierte und die Änderung des Gefängnisses in ein Kriegsgefangenenlager.

Nachdem das „Gesetz zur Verhinderung des Terrorismus", das jede Unterstützung des irischen Befreiungskampfes mit Gefängnis bedroht und der Polizei Verhaftungen ohne Haftbefehl ermöglicht, seit seiner Einführung 1974 die Unterstützung der Freiheitskämpfer unter den irischen Volksmassen nicht abgraben konnte, versuchte die britische Regierung es mit einer Änderung der Haftbedingungen. Irische Freiheitskämpfer, die nach dem 1. März 1976 verhaftet wurden, werden nicht mehr in die Internierungslager für politische Häftlinge gebracht, sondern als Kriminaltäter und Terroristen behandelt und in Gefängnisse eingeliefert.

Nach Angaben der Bourgeoisie gibt es gegenwärtig 1824 politische Gefangene in Nordirland. 724 von ihnen sind vor März 1976 verhaftet worden und leben in besonderen Lagern unter der Aufsicht ihrer Offiziere, die sie selbst wählen. Wohlfahrtsausschüsse der politischen Organisationen sorgen für ihre Betreuung, organisieren regelmäßigen Besuch, kümmern sich um die Familien und bringen Lagerzeitungen heraus. Diese Lager sind der britischen Bourgeoisie ein Stachel im Fleisch, dokumentieren sie doch deutlich den Charakter des Kampfes als Befreiungskrieg der irischen Nation gegen die englischen Kolonialisten. Doch so gerne sie es auch hätte, sie konnte die Lager bis heute nicht in ihre Gefängnisse eingliedern. Im Gegenteil, auch in den Gefängnissen ist sie bald nicht mehr Herr der Lage.

299 von den fast 500 politischen Gefangenen im Block H des Maze-Gefängnisses sind als Kämpfer für die Befreiung Irlands vom englischen Kolonialismus verurteilt worden, 44 von ihnen zu lebenslänglicher Haft. Das durchschnittliche Strafmaß beträgt 10 Jahre. Auch die schärfste Reaktion kann unter solchen Bedingungen den Zusammenschluß im Gefängnis nicht unterdrücken. Schon bald nach Abschaffung des besonderen Status für neu verhaftete Befreiungskämpfer weigerten sich die ersten Gefangenen, Anstaltskleidung zu tragen, und kleideten sich stattdessen in Gefängnisdecken, einige bereits seit über einem Jahr. Ihr anhaltender sichtbarer Protest ließ die Situation von Monat zu Monat explosiver werden. Anfang März beschlossen alle 299 Gefangenen, die Befolgung aller Gefängnisbedingungen zu verweigern. Sie reinigen seitdem ihre Zellen nicht mehr, viele von ihnen haben ihre Betten aus den Zellen entfernt und schlafen auf dem blanken Fußboden. Abfälle und Exkremente werfen sie durch die Türlöcher in den Gang.

Die Regierung baute auf die Spaltung der Gefangenen. Anfangs gelang es ihr, royalistische Gefangene zur Reinigung der Flure einzusetzen und gegen die republikanischen Gefangenen aufzuhetzen. Inzwischen ist dieses Manöver geplatzt. Auch die Royalisten im Block H fordern jetzt die Wiedereinführung des besonderen Status für politische Gefangene. Sie haben sich in ihre Zellen zurückgezogen und eine eigene Protestaktion begonnen. Die Gefängnisbehörden haben die Reinigung der Flure daraufhin durch Versprühen von Desinfektionsmitteln dreimal am Tag ersetzt, so daß das Gefängnis zu einer riesigen chemischen Folterkammer geworden ist. „Die Situation ist potentiell explosiv", schreibt der „Guardian".

Auch die zweite Hoffnung der Bourgeoisie, allgemeine Ablehnung der „unhygienischen Art des Protestes" durch die Volksmassen, ist nicht aufgegangen. Anfang Mai wurden zahlreiche Demonstrationen zur Unterstützung der Forderungen der Gefangenen vorbereitet. Die Polizei reagierte mit ungewöhnlicher Hektik. Urlaubssperre wurde verhängt. 15 Personen wurden nach irischer Sondergesetzgebung für 7 Tage festgenommen, unter ihnen das gesamte Exekutivkomitee der Sinn Fein, der politischen Partei der IRA, in Belfast, ebenso der Herausgeber der „Republican News", der Wochenzeitung der Sinn Fein, die zur Teilnahme an den Demonstrationen aufgerufen hatte, und der Druckereibesitzer. 3000 Exemplare und alle Schreibmaschinen wurden beschlagnahmt. Die Zeitung ist trotzdem fast termingerecht erschienen, und die Demonstrationen vor den Gefängnissen haben stattgefunden.

Die Hoffnungen der britischen Besatzer können nicht aufgehen; denn der Kampf für die Befreiung Nordirlands wird vom ganzen Volk getragen. Gallup, ein berüchtigtes „Meinungsforschungsinstitut" der Bourgeoisie, hat sich in der vergangenen Woche alle Mühe gegeben, mit unverschämten Fragen, die für den Fall eines Abzugs der britischen Truppen allgemeines Chaos als selbstverständlich voraussetzten, ein „Meinungsbild" zugunsten der Besatzer zu erschwindeln. Das Ergebnis war niederschmetternd: 81 Prozent der Befragten forderten den vollständigen Abzug der britischen Truppen. – (Korrespondentenbericht Liverpool)

Demonstrationen in Belfast nach dem Tod eines Gefangenen im Gefängnis der Briten

Mit Demonstrationen, Angriffen auf die Polizei und Barrikaden aus Autos und Baumaterial haben Tausende von Arbeitern in Belfast (Nordirland) am 10. und 11. Mai auf den Tod von Brian Maguire geantwortet, der am 10.5. in einer Zelle des Gefängnisses Castlereagh erhängt aufgefunden worden war. Die Demonstrationen wurden vom Gewerkschaftlichen Koordinationskomitee gegen die Unterdrückung und der Vereinigten Metallarbeitergewerkschaft AUEW organisiert, deren Mitglied Brian Maguire war. Er war unter der Anschuldigung verhaftet worden, an der Erschießung eines Polizisten durch eine Einheit der IRA beteiligt gewesen zu sein. Die britische Polizei in Nordirland veröffentlichte nach der Demonstration vom 10.5. ein „Geständnis" von Brian Maguire. Solche Geständnisse waren in der Vergangenheit sogar von britischen Gerichten verworfen worden, weil sie unter Mißhandlungen und Folter erzwungen worden waren.



Frauen britischer Armeeangehöriger demonstrieren gegen die niedrige Solderhöhung, die die britische Regierung am 25.4. beschlossen hat: 10% mehr Grundsold, 3% Erschwernis- und Gefahrenzulage, 1% für Einsätze wie in Nordirland. 977 Offiziere – das Offizierskorps von drei Bataillonen – und 5000 Mannnschaften der britischen „Freiwilligenarmee" haben in den letzten 12 Monaten gekündigt. Eine Regierungskommission hat erklärt, der Sold würde im Durchschnitt um 32% unter vergleichbaren Zivillöhnen liegen. Mit dem Versprechen, bis 1980 den Sold anzugleichen, und mit Prämien z.B. für Unterdrückungseinsätze in Nordirland will die britische Imperialistenregierung der Zersetzung ihrer Streitkräfte entgegenwirken.

„... Neuseeland gewissermaßen zu einem Anhang der britischen Wirtschaft entwickelt"

Die britischen und anderen EG-Imperialisten ruinieren die australische und neuseeländische Landwirtschaft

In einer Broschüre über den EG-Beitritt Großbritanniens schreibt die neuseeländische Regierung 1971: „Während der langen Periode gegenseitiger Vorzugsbeziehungen (zwischen Großbritannien und seiner Kolonie Neuseeland, Red.) hat der Prozeß der wirtschaftlichen Rationalisierung dazu geführt, daß sich Neuseeland gewissermaßen zu einem Anhang der britischen Wirtschaft entwickelt hat." Der Vorzug in diesen Beziehungen ist einseitig. Neuseeland und Australien wurden im 19. Jahrhundert als Stützpunkte des britischen Imperialismus von europäischen Siedlern bei Zerstörung der eingeborenen Kulturen besetzt. Sie haben ihren kolonialen Charakter bis heute nicht verloren. In beiden Ländern ist die britische Königin Staatsoberhaupt. Sie wird durch Generalgouverneure vertreten, die an die Weisungen der Londoner Regierung gebunden sind. Die Wirtschaft beider Länder ist auf die Plünderung ihrer natürlichen Reichtümer und die Versorgung der Imperialisten mit billigen landwirtschaftlichen Produkten ausgerichtet (s. KVZ Nr. 2/78 und Nr. 4/78).

Ende der dreißiger Jahre gingen 70–80% der neuseeländischen Exporte nach Großbritannien, fast ausschließlich landwirtschaftliche Produkte. 1970 waren es noch 47,6%. Als der britische Markt nach dem EG-Beitritt Großbritanniens für neuseeländische Waren immer mehr geschlossen wurde, bezog Großbritannien 1976 noch 19% der neuseeländischen Exporte. Vor allem in wichtigen landwirtschaftlichen Produkten blieb Neuseeland fast vollständig vom britischen Markt abhängig. 1975 gingen 82% der Butterexporte, 27% der Käseexporte und 38% der Fleischexporte nach Großbritannien. 1977 erbrachte die neuseeländische Schafproduktion 39% aller Exporte, von denen wiederum 67,5% nach Großbritannien gingen.

In Australien kamen 1963/64 80% aller Exporte aus der landwirtschaftlichen Produktion. Wegen der verstärkten Plünderung der mineralischen Rohstoffe sank dieser Anteil, betrug 1974/75 aber immer noch 47%. Ebenso wie Neuseeland ist Australien in seiner Abhängigkeit von seinen landwirtschaftlichen Exporten fortwährenden Erpressungen durch die Imperialisten ausgeliefert. Seit 1972 machte die australische Landwirtschaft große Anstrengungen, die Rindfleischproduktion zu entwickeln, mußte aber bereits 1973 schwere Verluste hinnehmen, als die Fleischpreise aufgrund der wilden Konkurrenz der Imperialisten untereinander verfielen. Als Australien die Möglichkeit von größeren Rindfleischexporten in die EG forderte, versuchten die EG-Imperialisten im März dieses Jahres Australien zu einer Einschränkung seiner sich entwickelnden Stahlproduktion zu zwingen. Der Beitritt Großbritanniens zur EG 1973 und seine Teilnahme am Schutzzollsystem der EG-Imperialisten bedeutete für Australien den Verlust eines seiner wichtigsten Exportmärkte für Fleisch und Molkereiprodukte und vor allem für Zucker, wo Australien der größte Exporteur nach Großbritannien war. Der Anteil der australischen Exporte nach Großbritannien sank von 9% 1971/72 auf 3,2% in der zweiten Hälfte 1977.

Für die neuseeländischen Agrarprodukte handelten die britischen Imperialisten bei ihrem EG-Beitritt Sonderbedingungen aus, die den Import von Butter und Käse in abnehmenden Quoten für vier Jahre erlaubten. Ebenso haben sie bis jetzt die Reglementierung der billigen neuseeländischen Importe von Hammelfleisch verhindert. Nicht aus „Solidarität mit den neuseeländischen Blutsverwandten", wie sie behaupten, sondern wegen der Möglichkeit, ihre Kolonie noch einige Jahre direkt auszuplündern, und um diese billigen Importe dazu zu nutzen, die europäischen Konkurrenten vom eigenen Markt fernzuhalten. Die neuseeländischen Käseexporte nach Großbritannien sind Anfang dieses Jahres ganz unterbunden worden. Großbritannien hat seine eigene Käseproduktion seit 1973 um 17,5% gesteigert und seine Käseexporte annähernd vervierfacht. Zur Zeit verhandeln die EG-Imperialisten über eine Reglementierung des Marktes für Hammelfleisch. Vor allem die französischen Kapitalisten wollen ihren Agrarkapitalisten durch hohe Zölle hohe Profite sichern. Die neuseeländische Lammfleischproduktion ist ausschließlich auf den britischen Markt spezialisiert. Eine Veränderung der Produktion für den Hammelfleischmarkt auf dem Kontinent würde Jahre dauern und die neuseeländische Schafproduktion ruinieren. Die britischen Imperialisten bereichern sich an den neuseeländischen Importen mit einem Zoll von über 20%. Dennoch ist der Ladenpreis für neuseeländisches Lamm in Großbritannien nur 30% des Preises für Hammelfleisch in Frankreich. Die britischen Agrarkapitalisten richten ihre eigene Schafproduktion – die größte in der EG – auf den Markt auf dem Kontinent aus und haben ihre Exporte seit 1973 um 46% gesteigert. Der neuseeländische Schafzüchter erhält weniger als ein Drittel des Preises, zu dem sein Lammfleisch in Großbritannien verkauft wird.

Weder für ihr Fleisch noch für andere Agrarprodukte können die neuseeländischen und australischen Bauern leicht Ersatzmärkte finden. Die zitierte neuseeländische Broschüre schreibt zu der Aufforderung der britischen Imperialisten, doch neue Märkte zu erobern: „Ironischerweise ist es die EG selbst, die Neuseelands Anstrengungen behindert, neue Absatzmöglichkeiten zu suchen, indem sie ihre Überschußproduktion auf den wenigen offenen Märkten der Welt zu Dumpingpreisen absetzt."

Der Ruin der landwirtschaftlichen Produktion Australiens und Neuseelands durch die britische Kolonialmacht und ihre europäischen Verbündeten bringt sie noch weiter in die Abhängigkeit von der US-imperialistischen Supermacht und erleichtert die Einmischungen der sozialimperialistischen Supermacht. Als Neuseeland eine 200-Meilen-Zone um seine Küsten errichtete, waren die Sozialimperialisten unter den ersten, die sich erneut Zugang zu den neuseeländischen Fischgründen erzwangen und zugleich versuchten, die Fischverarbeitung des Landes unter Kontrolle zu bringen. Die US-Imperialisten üben über beide Länder einen beherrschenden militärischen Einfluß aus und haben sich den größten Teil der Plünderrechte vor allem der australischen Bodenschätze gesichert.

Australien und Neuseeland kämpfen gegen die Diskriminierung ihrer Produktion durch die EG-Imperialisten. Als die EG-Imperialisten im April dieses Jahres die Verhandlungen über australische Fleischlieferungen abbrachen und versuchten, australische Stahllieferungen in die EG zu verhindern, hat die australische Regierung bekanntgegeben, sie erwäge die Einstellung ihrer Uranlieferungen an die EG und die Sperrung von bisher zollfreien Waren, darunter große Mengen Käse aus der EG für den australischen Markt. – (Korrespondentenbericht London)

Lügen haben kurze Beine

Bourgeoisschmierfinken gegen den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe

Das Volk von Zimbabwe erringt täglich neue Erfolge an der militärischen, politischen und diplomatischen Front. Die Imperialisten macht das wild. Sie werfen ihre Presseschmierfinken, Winkeladvokaten und Lügendiplomaten ins Gefecht, auf der Suche nach Spaltungs- und Interventionsmöglichkeiten.

Am 27.4. meldete die „Frankfurter Rundschau“: „Die gemischtrassige rhodesische Übergangsregierung hat sich entschlossen, das Verbot der Schwarzen-Organisationen ZANU und ZAPU aufzuheben ...“

Schon zwei Tage vorher *hatte das Verwaltungsgericht Sigmaringen u.a. unter Berufung auf obiges Zitat das Verbot der Sammlung für die Kompanie der ZANLA und die Beschlagnahme der ZANU-Gelder bekräftigt (s. KVZ Nr. 19/78) und faktisch die Anerkennung des Smith-Marionetten-Regimes ausgesprochen. In dem Beschluß heißt es:*

„Diese sogenannten gemäßigten schwarz-afrikanischen Gruppierungen versuchen derzeit, die ‚interne‘ Rhodesien-Lösung zu verwirklichen, bei der die ‚Patriotische Front‘ unter ihren Führern Mugabe (ZANU) und Nkomo (ZAPU) ausgeschlossen sind ...“

thole ist und nicht sein Rivale, der in Mocambique stationierte Mr. Robert Mugabe, der gemeinsam mit Mr. Joshua Nkomo das Patriotische-Front-Guerilla-Bündnis leitet ... Was ihnen nicht gesagt wurde, ist jedoch, daß Repräsentanten Mr. Sitholes die ‚Guerillas‘ aus arbeitslosen Jugendlichen aus den schwarzen Townships von Salisbury und Bulawayo rekrutiert haben, sie in die Camps in ländlichen Gebieten gebracht und mit AK-47-Gewehren, die im Feld erbeutet wurden, ausgestattet haben ...“

Die „Süddeutsche Zeitung“, die sonst alle Notizen des „Observer“, z.B., daß das Volk von Zimbabwe seinen Befreiungskrieg stellvertretend von Kubanern führen lasse, begierig aufsaugt und weiterposaunt, unterläßt es in diesem Fall und tut stattdessen am 9.5.78 kund:

„Rund 250 bis 300 schwarzrhodesische Guerilla-Kämpfer sind in den vergangenen Wochen dem Waffenstillstandsaufruf der rhodesischen Übergangsregierung gefolgt und nach Hause zurückgekehrt, verlautete aus Regierungskreisen in Salisbury. Wie es heißt, rechnet die Regierung damit, daß in den kommenden Wochen eine noch größere Zahl von Guerilleros die Waffen niederlegen wird ...“

1978: Das Jahr des Volkes. In seiner Neujahrsbotschaft an das Volk von Zimbabwe erklärte Präsident Mugabe: „Nun, da wir das ganze Land mit unseren Operationen erfaßt haben, muß die grundlegende Kraft für unseren revolutionären Kampf entschieden und systematisch entwickelt werden. Die grundlegende Kraft jedes revolutionären bewaffneten Kampfes ist das Volk. Ein Kampf, der die Unterstützung der kämpfenden Massen hat, kann niemals unterliegen, gleichgültig, wie langanhaltend er sein mag.“

Kampfes ist das Volk. Ein Kampf, der die Unterstützung der kämpfenden Massen hat, kann niemals unterliegen, gleichgültig, wie langanhaltend er sein mag.“

Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland
Embassy
of the Federal Republic of Germany

8, Rutland Gate, Knightsbridge
LONDON
SW7 1AY
Tel. 01-584 1271
Office hours:
Monday-Friday 9.30-12.30

RK 516 USHEWOKUNZE/78 Nie/ea

09.05.1978

Dr. H. M. S. Ushewokunze
c/o Mr. F. Shava
8, Grange Road
West Molesey
Surrey

Dear Sir,

Re.: Your Application for an Entry-Visa for the Federal Republic of Germany

Your applications for an entry-visa into the Federal Republic of Germany made in Maputo and in London on April 29th and May 2nd, 1978 have been examined. I regret to inform you that it is not possible to grant you the requested entry-visa.

I hope you will understand that according to general international practice and the relevant German regulations no information is given as to the reasons for this decision.

Yours sincerely,

C. Niemöller

Mit diesem Schreiben hat die Botschaft der BRD in London am 9.5. das von der Delegation des ZK der ZANU beantragte Einreisevisum abgelehnt: „Ich bedauere, Sie darüber unterrichten zu müssen, daß es nicht möglich ist, die beantragten Einreisevisa zu gewähren.“ Die Delegation des ZK der ZANU hatte diese Visa am 29. April beantragt und neuerlich am 2. Mai, für „die gemeinsame Beratung mit verschiedenen Organisationen und Institutionen über Mittel und Wege der Durchsetzung der Resolution der UN-Generalversammlung vom 7.11.1977 Nr. A/32/318. Diese Resolution ruft alle Staaten auf, das Selbstbestimmungsrecht der Völker unter kolonialer und Fremdherrschaft zu verwirklichen, bekräftigt ausdrücklich ‚die Legitimität des Kampfes der Völker für Unabhängigkeit, territoriale Integrität, nationale Einheit und Befreiung von kolonialer Beherrschung und Fremdherrschaft mit allen geeigneten Mitteln, einschließlich des bewaffneten Kampfes‘.“ Diese Begründung des Einreiseantrags hat die Botschaft folgendermaßen beantwortet: „Ich hoffe, Sie werden verstehen, daß in Übereinstimmung mit den allgemeinen internationalen Praktiken und den entsprechenden deutschen Bestimmungen die Gründe für diese Entscheidung nicht mitgeteilt werden.“

Diese Versuche beschreibt die Frankfurter Rundschau am 5.5. so:

„Die rhodesische Übergangsregierung, der Exekutivrat, hat einen wichtigen Schritt zur Beendigung des seit sechs Jahren andauernden Bürgerkrieges unternommen ... Die von Nkomo und Mugabe geführten 6000 Guerillakämpfer wurden aufgefordert, die Waffen niederzulegen ... An die Adresse der Guerillas hieß es in einer Erklärung: ‚Wir garantieren Ihre Sicherheit, wenn Sie in Frieden kommen. Die Zeit ist nun gekommen, den Kampfhandlungen ein Ende zu bereiten.‘“

Bereits am 14.4. hatte der ZDF-Korrespondent Péus über die Marionette Sithole berichtet:

„... Die weißen Rhodesier halten ihn für den intelligentesten und fähigsten Politiker unter seinen afrikanischen Konkurrenten Bischof Muzorewa und Häuptling Chirau. Doch Sithole hat einen großen Nachteil. Ihm fehlt die Unterstützung großer Volksmassen ... Der wirkliche Test für die politische Zugkraft Sitholes steht ihm erst noch bevor. Als ich mich kürzlich mit ihm unterhielt, meinte er, er habe bereits Kontakt mit den Feldkommandeuren der von außen operierenden Guerillaarmee aufgenommen, mit dem Ziel, sie zur Aufgabe des bewaffneten Kampfes zu überreden.“

Über die Ergebnisse der „politischen Zugkraft“ des „intelligenten“ Sithole berichtet der britische „Observer“ am 7.5.:

„Irgendwann in den nächsten Tagen wird eine ausgewählte Gruppe von Korrespondenten in ein Lager mitgenommen werden, in dem Guerillas der schwarzen Nationalisten untergebracht werden, die ihre Waffen niedergelegt haben als Geste der Unterstützung für Rev. Ndabaningi Sithole ... Die Korrespondenten sollen glauben, daß die Guerillas den Kampf aufgegeben haben, weil sie akzeptieren, daß der wahre Führer der Zimbabwe African National Union (ZANU) Mr. Si-

Nachdem so der Zusammenschluß aller „Gutwilligen“ unter den Fittichen von Ian Smith zusammengedichtet wurde, verbleiben ein paar „Terroristen“, die nicht davor zurückschrecken, auf ein Blutvergießen zuzusteuern. Dahinter steckt natürlich die Sowjetunion.

„Die Guerillaführer Nkomo und Mugabe lehnen die in der ‚Inneren Lösung‘ ausgehandelte ‚Multi-Racial-Society‘ konsequent ab. Ihre Terroristen kämpfen unter kubanischer Führung mit sowjetischen Waffen. Rhodesische Wirtschaftskreise sprechen von einer Naivität der nordamerikanisch-britischen Außenpolitik ...“ (Blick durch die Wirtschaft, 11.3.78)

Die Behauptung, Zimbabwes Freiheitskämpfer seien Marionetten der Sozialimperialisten, ist willkommener Interventionsvorwand.

„Ein blutiger und erbitterter Konflikt könnte ausbrechen, falls Großbritannien und die USA ihre Suche nach einer Verhandlungslösung für Rhodesien aufgäben, erklärte Außenminister Owen vor dem Unterhaus. In einen solchen Konflikt könnten alle Nachbarstaaten Rhodesiens hineingezogen werden ...“ (Süddeutsche Zeitung, 20.4.78)

An der Spaltung der Frontstaaten durch Erpressung versuchen sich die Imperialisten schon seit längerem zielstrebig.

„Sambia braucht fast eine Milliarde DM, um die offenen Rechnungen für seine Importe bezahlen zu können ... Verzweifelt bemüht sich die sambische Regierung um internationale Kredite, um die vielen Löcher zu stopfen. Aber die Weltbank und andere Kreditinstitute sind durch Schaden (den sie in afrikanischen Staaten erlitten haben) klug geworden und stellen Bedingungen ... Sein Präsident wird einsehen müssen, daß Konfrontation mit den Nachbarn – gleich welcher Hautfarbe – oder gar ein Guerillakrieg gegen sie mehr Geld und Kräfte fordert, als ein schwacher Staat aufbringen kann.“



Die Präsidenten der Frontstaaten haben auf einer Gipfelkonferenz Ende März die „Interne Lösung“ verurteilt und ihre Unterstützung der Patriotischen Front bekräftigt, ebenso der UNO-Sicherheitsrat auf seiner Sitzung am 14.3.78. Die Patriotische Front erringt an der diplomatischen Front wie an der militärischen immer weitere Siege. Unterstützen wir sie, indem wir bis zur UNO-Vollversammlung eine Million DM für die ZANLA sammeln!

Genauso mit Mozambique:

„Nach zwei Jahren unter Frelimo-Regime ist die Wirtschaft Mocambiques offensichtlich zugrundegerichtet ... Frau Schlei hat gerade 10 Millionen DM Entwicklungshilfe versprochen ... Die billigere Lösung, den Terroristen keine Unterstützung mehr zu gewähren, fällt niemand ein, ebensowenig wie, daß es doch ein leichtes wäre, den wirtschaftlichen Grenzverkehr mit Rhodesien wieder aufzunehmen.“ (Afrika-Post, 2/78 und 4/78)

Am 8. Mai schließlich behauptet die „Süddeutsche Zeitung“, Botswana hätte man inzwischen in den Krallen:

„Botswana hat die von Nkomo und Mugabe geführte ‚Patriotische Front‘ davor gewarnt, in der Rhodesien-Frage eine unnachgiebige Haltung einzunehmen. Der Präsident von Botswana, Seretse Khama, erklärte, die starre Haltung der ‚Front‘ könne diese daran hindern, künftig eine bedeutende Rolle zu spielen.“

Das gleiche behauptet die Mai-Ausgabe der „Afrika-Post“ über Sambia:

„Präsident Kaunda beginnt anscheinend einzusehen, daß seine Trompetenstöße über den Krieg gegen Rhodesien unglaubwürdig klingen, wenn sein Land wirtschaftlich auf dem letzten Loch pfeift ...“

Natürlich können weder ökonomische Erpressungen, die auf der jahrhundertelangen Kolonialherrschaft in Afrika aufbauen, noch die professionellen Fälschungen der bürgerlichen Presse in Westdeutschland die Einheit der Völker Afrikas zerstören, die sich im Kampf *gegen den Kolonialismus herausgebildet hat. Die imperialistischen Manöver als Reaktion auf die Schläge, die der bewaffnete Befreiungskampf dem Smith-Regime versetzt, sind aber gefährlich.*

„Jetzt, wo der imperialistische Feind unter dem Druck unserer Offensive in Panik gerät, ist für uns die Festigung unserer Solidarität noch dringlicher, besonders angesichts der hektischen Versuche der Imperialisten, einschließlich der westdeutschen Regierung, unseren revolutionären Kampf niederzuschlagen.“ (Genosse Robert Mugabe, Präsident der ZANU, in einer Grußbotschaft an die Kundgebungen in Westberlin, Hannover, Köln, München und Frankfurt vom 27. April). – (Z-Red.)

Erfolge im industriellen Aufbau Kampucheas

Die geringe Industrie, die unter der Herrschaft der Imperialisten in Kampuchea entstanden war, wurde während des Befreiungskrieges von den US-Imperialisten stark zerstört. Aber in der kurzen Zeit von drei Jahren seit der Befreiung haben es die kampucheanischen Arbeiter geschafft, die Fabriken, die Eisenbahnen, die Überlandstraßen, die Häfen und andere Schlüsseleinrichtungen wieder aufzubauen. Darüberhinaus bauten sie eine Reihe von Fabriken neu oder rüsteten alte neu aus, wobei sie sich auf das Material stützten, das im Land zu erhalten war. Zur Zeit werden drei neue Fabriken in Pnom-Penh gebaut: die Stung-Mean-Chey-Fabrik für Decken, die Rossei-Kev-Schraubenfabrik und die Kiromean-Säurefabrik. Die Deckenfabrik



wird bald fertig sein. Alle Ziele der industriellen Produktion wurden im letzten Jahr erreicht. Eine der fortgeschrittenen Produktionseinheiten, die Werke für landwirtschaftliche Maschinen in Pnom-Penh, stellte trotz einfachster Ausstattung eine große Zahl von landwirtschaftlichen Maschinen und Werkzeugen her, um die landwirtschaftliche Produktion zu unterstützen. Die Arbeiter auf den Kautschukpflanzungen in den östlichen Provinzen erfüllten die Staatsnormen im Anzapfen der Bäume, der Verarbeitung des Rohkautschuks und im Pflanzen neuer Bäume. Besonders hervorzuheben ist, daß sie doppelt soviele Bäume wie gefordert pflanzten. Arbeiter der staatlichen Salinen in der Provinz Kampot im Südosten reparierten und erweiterten die Salzfelder und übertrafen die Ziele des nationalen Plans im letzten Jahr um 70%. Das stellt die Versorgung der Bevölkerung mit Tafelsalz auch in den entlegensten Gebieten sicher.

Purpurmarxismus

In der Verfassungsdebatte des spanischen Parlaments hatte der Revisionistenchef Carrillo einen Kredit zu vergeben: „Wir geben einem jungen Mann einen Vertrauensvorschuß, weil er bewiesen hat, daß er sich mehr mit dem Spanien von heute als dem von gestern identifiziert.“ Wer ist der so Bedachte? Juan Carlos I. von Bourbon, König der Spanier von Francos Gnaden. Als das Franco-Regime unter dem Ansturm der Völker Spaniens zusammenzubrechen begann, haben die Imperialisten und die spanische Oligarchie diese Figur benutzt, um ihre Herrschaft, in anderer Form, zu retten. Solche Reaktion der Grundherren und Großbourgeois gegen die Volksmassen ist für Carrillo ein „Echo auf die demokratischen Bestrebungen“ der Volksmassen.

Mit einer Verhöhnung der Hunderttausende, die für die Verteidigung der Republik gefallen sind, hat er seine Lobrede auf die Monarchie begonnen: „Wir haben die Republik mit unserem Blut verteidigt.“ *Sein* Blut wenigstens war es nicht, und so ist er heute in der Lage, die Verrätereien des modernen Revisionismus um einen „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ unter gekrönten Häuptern zu bereichern. Der König sei ein „entscheidendes Stück in dem komplizierten politischen Gleichgewicht des Landes.“ Wie könnte ein „revolutionärer demokratischer Marxist“ wie Carrillo sich unterstehen, am „Gleichgewicht“ der Ausbeuterherrschaft zu rütteln?! „Demagogen“ sind die, die heute den ein Jahrhundert alten Kampf der Völker Spaniens für eine Republik der Arbeiter und Bauern weiterführen. „Wenn wir unter den konkreten Bedingungen Spaniens die Frage der Republik aufs Tapet bringen würden, würden wir uns auf ein katastrophales Abenteuer einlassen, in dem wir sicher nicht die Republik gewinnen, sondern die Demokratie verlieren würden.“ Sorge um Demokratie? Pustekuchen. Gleich darauf verkündet Carrillo, welch hehren Zielen das demütige Heranrobben an den Thron dienen soll: „Eine Partei, die sich vornimmt, Regierungskraft zu werden, kann dieses Abenteuer nicht auf sich und das Land heraufbeschwören.“ Wenn er schon nicht mehr selbst zum Kronprinzen gekürt werden kann – es gibt schon einen –, dann will der Mann doch wenigstens von seinem angestammten König demnächst die Ernennungsurkunde zum Minister Seiner Majestät entgegennehmen.

Amerongen im österreichischen Fernsehen: Anschlußwerbung

Am Sonntag, den 7. Mai präsentierte sich Otto Wolff von Amerongen eine Stunde lang im österreichischen Fernsehen. Begrüßung: „Der Gast ist einer der führenden Wirtschaftskapitäne, eigentlich müssen wir sagen, Wirtschaftsadmiral, der Bundesrepublik Deutschland."

Zum Handel mit der UdSSR bemerkt Amerongen einleitend, „daß man da ruhig noch ein paar Prozente zulegen könnte", und macht die erste Offerte an die imperialistische österreichische Bourgeoisie, die im Warenaustausch mit der UdSSR im Minus ist: „Lassen Sie mich sagen, als Kapitalist, Herr Emmerich, eine Weiterentwicklung für gewisse Teile der deutschen, aber auch der europäischen, und hier schließe ich selbstverständlich alle mitteleuropäischen Staaten, unabhängig ob sie nun zur EG gehören oder nicht, dieses Geschäfts (sehe ich) als ein langfristiges für hochinteressant an."

Später dann der deutliche Hinweis, unter welchem Kommando man zusammengehen soll: „Der Überschuß der Sowjetunion gegenüber Österreich ist vielleicht ein zufälliger, Sie haben auch Überschüsse gegenüber Großbritannien, daß wir Überschüsse gegenüber der Sowjetunion haben, liegt vielleicht in unserer glücklichen Strukturierung unserer Investitionsgüterindustrie, die ja in der Tiefe und Breite nur noch einen Konkurrenten in der Welt hat, nämlich die Vereinigten Staaten." ORF: „Aber wir könnten tauschen, dann wäre also die Zahlungsbilanzproblematik Österreichs ..." Amerongen: „Ich würde im Interesse von Ihrem Finanzminister Hannes Androsch „Ich würde im Interesse von Ihrem Finanzminister Hannes Androsch sehr gerne tauschen, dann würde er wahrscheinlich wieder etwas freundlicher auch gegenüber den hohen Überschüssen, die wir wiederum gegenüber Österreich erzielen, uns gegenüber sein." „Nun zu der bilateralen Frage Bundesrepublik Deutschland – Österreich. Ich kenne es, und ich habe das in vielen Besprechungen hier und in Deutschland miterlebt, und wir kümmern uns sehr wohl um das Wohlergehen des Kunden Österreich. Ich will hier gar nicht die übliche Formel des Touristenstroms anwenden, der leider Gottes etwas in Stagnation geraten ist ... Wir versuchen alles, und zufällig ist auch meine eigene Firma, möchte ich sagen, dabei tätig, auch der österreichischen Industrie so viel wie möglich abzunehmen."

Es folgt die Schluckbewegung: „Auslandsinvestitionen, und hier wäre Österreich ein erstklassiger Platz, sind ja auch sehr viele schon erfolgt, ich denke nur an die Gegend um Salzburg herum (Einwurf ORF: „Manchen schon zu viele, nicht wahr?") – ja, aber man kann gar nicht genug kriegen, ist unsere Philosophie."

Amerongen tritt als Testamentar der deutschen Reichsbourgeoisie auf, die im Kampf um Weltherrschaft schon einmal die „europäische Einigung" durch Zentralisierung des Kapitals, Enteignung der Konkurrenten u.a. durch den „Anschluß" Österreichs 1938 betrieben hat. Denselben Weg will der westdeutsche Imperialismus erneut gehen: mit Kapitalexport hat er sich in den wesentlichen Branchen in Österreich festgesetzt und ist führend an der Ausbeutung der Arbeiterklasse beteiligt, im Versand ist das Quelle-Monopol im Geschäft, im Transportwesen Schenker usw. Um die „paar guten Ansätze" auszubauen, gibt Amerongen dem Juniorpartner die Bedingungen an: Lohnsenkung und Verschärfung der Verelendung der Massen. „Ich wollte eigentlich ja nicht darauf eingehen, ich will das auch nur in einem Satz abhandeln, sind die Lohnkostensteigerungen der letzten Jahre, ich will nicht von Österreich sprechen, sondern von der Bundesrepublik ..."

„Und vor dieser Frage stehen wir, Herr Emmerich, nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa und wir werden wahrscheinlich, ich will hier nicht sagen, den Riemen enger schnallen müssen, wir werden wohl in diesem Fall alle etwas bescheiden werden müssen." Während Amerongen im Fernsehen herumrotzte, standen Arbeiter der Semperitwerke die vierte Woche im Streikkampf für mehr Lohn. – (Korrespondentenbericht Wien)

Ruin der Fischer – Vorbereitung neuer Raubzüge

Japanische Bourgeoisie rüstet Fischfangflotte auf

Im Frühjahr dieses Jahres hat das japanische Landwirtschaftsministerium die Reduzierung der Fischerboote um 30% angekündigt mit der sozialchauvinistischen Begründung, daß die Fangquoten für Japan von anderen Ländern in deren Gewässer gesenkt worden seien. Die japanische Bourgeoisie betreibt die massenhafte Ruinierung der kleinen Fischer bei gleichzeitigem Ausbau ihrer Hochseeflotte, um im Konkurrenzkampf mit den beiden Supermächten aufzuholen.

Im Februar 1977 wurde zwischen der japanischen Bourgeoisie und dem US-Imperialismus ein Abkommen geschlossen, in dem die japanische Bourgeoisie eine Schlappe erlitt. Ihre Fischfangquote in den von den USA durch die Errichtung der 200-Meilen-Zone abgedeckten Gewässern wurde gegenüber 1976 um 11% gesenkt. Außerdem müssen die japanischen Fischkapitalisten pro Bruttoregistertonne 1 US-Dollar bezahlen plus 3,5% des Werts des Fangs. Von der Reduzierung ist v.a. Kabeljau betroffen, dessen Fangquote um fast die Hälfte gekürzt wurde. Kurze Zeit später senkten die Sozialimperialisten ebenfalls die Fangquote für Japan um 30% (s. KVZ 8/78). Die japanischen Imperialisten haben 1975 in den 200-Meilen-Zonen der USA und der Sowjetunion 1,41 bzw. 1,39 Mio. Tonnen Fisch gefangen, 1976 waren von den 3,7 Mio. Tonnen, die sie in den Gewässern fremder Länder fischten, allein 2,8 Mio. Tonnen aus den Küstengewässern der Sowjetunion und der USA. 1975 raubte sich die Bourgeoisie ca. 45% des gesamten Fischfangs aus fremden Meeren zusammen: aus dem Atlantik, dem Pazifik und dem Indischen Ozean.

Die Reduzierung der Fangquoten schmerzt die japanische Bourgeoisie, und sie sieht ihre Profite beschnitten, vor allem wenn aufgrund des Kampfes der Völker der Dritten Welt gegen die Ausplünderung ihrer Meeresreichtümer ihr Aktionskreis immer enger wird. Ihre Reaktion darauf ist die Umwälzung der gesamten Fischereiwirtschaft, die verschärfte Ausbeutung der japanischen Arbeiterklasse und die Erpressung räuberischer Abkommen von Ländern der Dritten Welt.

Papua Neuguinea, das sich gegen die Ausplünderung seiner Reichtümer durch die japanischen Imperialisten wehrt, konnte seitens der japanischen Imperialisten noch ein Vertrag aufgezwungen werden, der diesen unbegrenzten Fischfang innerhalb der 200-Meilen-Zone des Landes gewährt, doch müssen sie für ein Boot mit rund 100–150 Tonnen die dreifache Gebühr von 1977 bezahlen. 1976 kündigte die japanische Bourgeoisie an, „die technische und wirtschaftliche Kooperation mit der Fischereiindustrie der Entwicklungsländer zu verstärken". Allein bis März 1976 betrugen die Auslandsinvestitionen in der Fischereiwirtschaft 130 Mio. US-Dollar. Mit Chile handelten die japanischen Imperialisten ein „gemeinsames Projekt" aus, um den Lachsbestand, der 4 Jahre zuvor in chilenischen Gewässern mit japanischen Fischen angelegt worden war, auszubeuten und dies als Basis für weitere Fischräuberei zu benutzen. Der Lachsfang ist vollkommen für den japanischen Export bestimmt. Zur Absicherung des ganzen wurde eine Fischgesellschaft gegründet mit 82,6% japanischer und 17,4% chilenischer Beteiligung. Demnächst soll auch noch eine Fischfabrik errichtet werden, um den Fisch gleich an Ort und Stelle zu verarbeiten, damit die Transportkosten zu senken und die chilenische Arbeitskraft bei Niedrigstlöhnen auszubeuten.

Ihre eigenen Fischereigründe sicherten die japanischen Imperialisten direkt nach Inkrafttreten der 200-Meilen-Zone sofort mit 112 Patrouillenschiffen und 24 Flugzeugen inklusive Hubschraubern.

Die gesamte japanische Fischereiwirtschaft wird umgewälzt. Fischzucht und Forschung wird verstärkt betrieben. 1977 waren allein 3 Mrd. Yen des Staatshaushalts für Rationalisierungsinvestitionen und Kredite zur Steigerung der Produktivität der Fischereiwirtschaft vorgesehen, dreimal soviel wie im Jahr zuvor. Die Hochseefischfangflotte soll modernisiert, schwimmende Fischfabriken gebaut und die „unproduktiven Bereiche" ausgemerzt, d.h. die kleinen Fischereibetriebe nicht mehr subventioniert werden. Während in der Fischereiwirtschaft 1972 noch 490000 Beschäftigte waren, waren es 1976 nur noch 420000, also 14,3% weniger.

Die Verwendung von leichter fangbaren Makrelen und Sardinen soll „verbessert" werden. Daß von diesen Fischsorten nur 10% des gesamten Fangs auf den „Eßtisch der Nation" kommt, beunruhigt die japanische Bourgeoisie. Die Verelendung der Arbeiterklasse soll vorangetrieben werden, indem billige Fische in den Konsum eingehen. Sardinen und Makrelen sind klein, voll von Gräten und fett. Sie sollen in Zukunft vor allem zu Fischpaste verarbeitet werden. Der Abfall bei der Verarbeitung von Schellfisch, der bisher zu Fischmehl zur Verwendung als Futtermittel verarbeitet wurde, soll ebenfalls teilweise zu Fischpaste verarbeitet werden. Wöchentlich wird ein 15-Minuten-Kochprogramm im Fernsehen gesendet, in den Schulen und an anderen Orten werden Broschüren verteilt und Vorträge über die Köstlichkeit von Makrelen- und Sardinenprodukten gehalten, um die Massen für den Fraß zu begeistern. Krill u.ä. soll ebenfalls in den Konsum der Arbeiterklasse eingehen. Bis jetzt hat die japanische Bourgeoisie noch wenig Erfolg damit und es wird ihr auch schwerlich gelingen, führt die japanische Arbeiterklasse doch große Kämpfe gegen die Lohnsenkungen. – (Z-Red.)

US-Imperialisten proben den Krieg um den Pazifik

Manöverserie gemeinsam mit Kanada, Australien, Neuseeland und Großbritannien

Zur Verdeutlichung des Zwecks der Reise des US-Vizepräsidenten Mondale in mehrere pazifische Länder führten Einheiten der 7. (pazifischen) US-Flotte vom 4. April bis zum 4. Mai ein großes Seemanöver mit Beteiligung kanadischer, australischer und neuseeländischer Marineeinheiten durch. Teilgenommen haben auch die Luftwaffen. Die Übung „Rimpac 78" (etwa „pazifischer Kranz") sei, gab das australische Verteidigungsministerium in einer Presseerklärung bekannt, Bestandteil „einer Serie von jährlichen Übungen, die darauf angelegt sind, die Marine- und Luftwaffentruppen Australiens, der Vereinigten Staaten, Neuseelands und Kanadas in Aspekten der Seekriegsführung zusammenzubringen". Die diesjährige Übung sei die „größte bisher abgehaltene im Hawaii-Gebiet und bezieht ungefähr 20000 Matrosen und Luftwaffensoldaten ein sowie 41 Schiffe und 225 Flugzeuge". Ein Sprecher der „Königlich Australischen Luftwaffe" sagte zu der gleichen Übung, sie würde den Seepatrouillen der Luftwaffe die Gelegenheit geben, „Taktiken und Techniken sowohl in der Zusammenarbeit mit alliierten Truppen bei der Anti-U-Boot-Kriegsführung sowie im Tag-zu-Tag-Patrouillendienst um die australische Küste herum zu verbessern.

Diese Patrouillenarbeit befaßt sich mit ausländischen Schiffen, die in australische Gewässer einfahren."

Warum der Patrouillendienst um die australische Küste 7000km entfernt bei Hawaii geübt wird, erläutert der Sprecher der königlichen Luftwaffe nicht. Kurz vor der „Rimpac"-Übung hatten US-Truppen an der Spitze von kanadischen, neuseeländischen und australischen und zusätzlich britischen Schiffen die Übung „Roll Call" (etwa „Anwesenheitskontrolle") vor der australischen Westküste durchgeführt.

Auch hier ging es um alles andere als den Schutz der australischen Küste. Der Zweck, nach einer damaligen Verlautbarung des australischen Verteidigungsministeriums, „Pläne und Verfahren für die Kontrolle und den Schutz von Handelsschiffen im Pazifischen und Indischen Ozean für den Fall von Feindseligkeiten zu testen."

Die Übungen der US-Imperialisten nebst Verbündeten werden im Rahmen der Pakte ANZUS (Australia, New Zealand, USA) und ANZUK (Australia, New Zealand, United Kingdom) durchgeführt. Diese Bündnisse bedeuten militärische Kontrolle der Supermacht über die von Großbritannien bis heute kolonial beherrschten Länder Australien und Neuseeland, mit Hilfe der britischen Imperialisten.

Nachdem mehrere Länder der Dritten Welt die faktische Auflösung des Unterdrückungspaktes SEATO im letzten Jahr erreicht hatten, ist ANZUS für die Hegemonie der US-Imperialisten im Pazifischen Ozean immer bedeutender. Über den Zweck von ANZUS erfährt man im Kommuniqué der Tagung der Ministerpräsidenten der ANZUS-Länder im letzten Juli unter anderem: „Die Minister stimmen darin überein, daß der internationale Zugang zu Märkten und Rohstoffen ein Faktor von wachsender Bedeutung für die internationale und regionale Stabilität ist" (Europa-Archiv 20/77).

Das ist eine Kriegserklärung an die Länder und Völker der Dritten Welt im pazifischen Raum, die Schritte zur Befreiung von der imperialistischen Herrschaft machen. Die Ministerpräsidenten der ASEAN-Länder („Verband Südostasiatischer Länder") haben nach ihrer letzten Tagung im August 1977 unter anderem im Kommuniqué veröffentlicht: „Bei der Zusammenarbeit im Grundstoffbereich stellen die Regierungschefs fest, daß die ASEAN-Länder übereingekommen sind, sich gegenseitig nach dem Prinzip des Vorkaufsrechts in kritischen Situationen Priorität bezüglich Lieferung und Ankauf zu gewähren." Und: „Bei Erdöl einigte man sich auf ein Notverteilungssystem für Rohöl und/oder Ölprodukte bei Knappheit oder Überangebot" (Europa-Archiv, 23/77).

Mehrere der ASEAN-Länder waren bis vor kurzem noch SEATO-Mitglieder. Ihr Beschluß zeigt die schlechtere Lage, in die die Imperialisten, und gerade die US-Imperialisten, geraten sind. Gegen den Zusammenschluß der Dritten Welt, der den „internationalen Zugang zu Märkten und Rohstoffen" auf jeden Fall wesentlich beeinträchtigt, gegen die Völker, die die Revolution vorbereiten und teilweise bereits durchgeführt haben und so den „internationalen Zugang" völlig abgeschafft haben, soll „Kontrollen von Handelsschiffen", Patrouillen vor deren Küsten bis hin zur Intervention durchgeführt werden. Das vor allem wurde bei „Roll Call" und „Rimpac" geübt.

Die Zahl der Marinesoldaten der 7. US-Flotte wurde im letzten Jahr um 8600 auf 27500 oder um 46% erhöht. Binnen fünf Jahren sollen, nach Aussagen des US-Kriegsministers Brown, die Atom-U-Boote mit den neuen Trident-Mehrfachsprengkopfraketen, die B-52-Bomber mit „Cruise Missile" ausgestattet werden. Die Flugzeugträger und Luftwaffenbasen werden mit den modernsten Kampfflugzeugen F-14 und F-15 ausgestattet. Gleichfalls wird die Ausrüstung der australischen und neuseeländischen Stellvertretertruppen verbessert. Australiens Flugzeugträger Melbourne ist generalüberholt worden und erhält ebenfalls eine neue Flugzeugbestückung. Statt bisher 15 werden in Zukunft 27 Vorpostenschiffe Dienst tun. Ein neues schweres Truppenlandungsschiff „*Tobruk*" ist im Bau, groß genug für 500 Soldaten mit Panzern und Hubschraubern, für die australische Marine nach US-Vorbildern geplant. Neuseelands relativ kleine Flotte fährt ohnehin zum Teil mit geliehenen US-Schiffen, die regelmäßig ausgewechselt werden.

Mit dem Ausbau des Militärapparates wollen die US-Imperialisten die Hegemonie gegen die Völker Südostasiens aufrechterhalten und gleichzeitig gegen die Konkurrenz der anderen Supermacht verteidigen. Dazu gehört die zielstrebige Fortsetzung der Annexionspolitik zur Erhaltung fester Stützpunkte vor der Tür der asiatischen Länder.

Neuestes Beispiel ist die Annexion der Marianeninseln als Staatsgebiet der USA im Frühjahr dieses Jahres. Nachdem sie Guam, eine der Inseln, bereits kolonial besetzt halten, wurde jetzt das UN-Mandat über die Marianen, das die US-Imperialisten nach ihrem Sieg über die japanischen Imperialisten erhalten hatten, in die Annexion, die Einverleibung als Teil des Staatsgebietes verwandelt. Verkleidet als „Selbstverwaltung" nach dem Vorbild Puerto Ricos, haben die US-Imperialisten sich selbst ausdrücklich das Recht bestätigt, jederzeit dort Stützpunkte errichten zu können. Schließlich werden die australischen Stützpunkte erweitert. In Darwin und Cairns wurden neue, kleinere Flottenstützpunkte eingerichtet, in Cockburn Sound bei Perth an der Küste zum Indischen Ozean eine sehr große Basis. Mondale hat in Australien Großmanöver im Indischen Ozean angekündigt. – (Z-Red)



Neuer US-Zerstörer der Spruance-Klasse. Bis Ende 1979 sollen 30 dieser neuen Einheiten fertiggestellt sein. Zusammen mit dem Bau von 56 Einheiten eines neuen Fregattentyps, 30 Einheiten eines neuen Typs atomgetriebener Jagd-U-Boote und der Umrüstung der Flugzeugträger erhöhen die US-Imperialisten die Schlagkraft ihrer Pazifikflotte.

„Wir werden nach Afrika zurückkehren . . .“

„Europäische Zusammenarbeit“ und verschärfte Konkurrenz um die Ausplünderung Afrikas

Ende April gab das Bundesministerium dem Triumph der westdeutschen Imperialisten über Fortschritte im Konkurrenzkampf um die Länder der Dritten Welt in einer kurzen Pressemitteilung Ausdruck:

„Wie die EG-Kommission in einem soeben vorgelegten Bericht mitteilt, hat sich der deutsche Auftragsanteil beim 4. Europäischen Entwicklungsfonds, den die Gemeinschaft im Rahmen des Abkommens von Lomé für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der AKP-Staaten (53 Staaten Afrikas, des karibischen Raumes und des Pazifischen Ozeans – Anm. der Red.) zur Verfügung gestellt hat, deutlich verbessert. Von den bis zum 31. März 1978 insgesamt vergebenen Aufträgen in Höhe von 264 Mio. ERE (Europäische Rechnungseinheit, 1 ERE gleich rd. 2,60 DM) erhielten deutsche Firmen einen Anteil von 16,24 %. Der deutsche Anteil beim 3. Fonds (2. Jaunde-Abkommen) betrug zuletzt 10,32 %.

Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß sich der Abstand zu Frankreich,



Französische Söldner im Tschad. Auf über 8000 Mann wurden die französischen Truppen in Afrika zum Schutz der bedrohten imperialistischen Interessen in den vergangenen Monaten verstärkt.

dessen Unternehmen in Afrika traditionell eine starke Stellung haben, im Rahmen des 4. Fonds deutlich verringert hat (nur noch 7 Prozentpunkte gegenüber 31 Prozentpunkten beim 3. Fonds). Ein besonders starkes Aufholen deutscher Firmen ist bei den Lieferaufträgen festzustellen. Hier beträgt der deutsche Anteil 30 % . . .“

den Lieferaufträgen festzustellen. Hier beträgt der deutsche Anteil 30 % . . .“

Bis heute empfinden die westdeutschen Imperialisten bitteren Schmerz über den Verlust der afrikanischen Kolonien, als Folge der Niederlage im ersten imperialistischen Weltkrieg, besiegelt 1919 durch den Versailler Vertrag. Zu Beginn des zweiten Weltkrieges rief der bis heute in hohen Ehren gehaltene „Afrikaforscher“ Westermann aus: „Wir werden nach Afrika zurückkehren und unsere Arbeit wieder aufnehmen, deren Größe wir noch gar nicht ermessen können.“ Aus der glorreichen „Rückkehr“ der deutschen Kolonialherren wurde bekanntlich nichts; dem Verlangen danach indes tat auch die Niederlage im zweiten imperialistischen Weltkrieg keinen Abbruch. Kaum von der Niederlage erholt, meldeten die westdeutschen Imperialisten aufs neue ihre Forderung nach Teilhabe an der Ausplünderung des afrikanischen Kontinents an. Notgedrungen mußten sie dabei den veränderten Gegebenheiten Rechnung tragen:

„Die Verteilung Afrikas zu revidieren, bedeutet Erneuerung unzähliger europäischer Spannungen . . . Nicht von wem, sondern wie dieses oder jenes Gebiet genutzt wird, entscheidet seinen Wert . . . Wir brauchen die praktische Möglichkeit, die Kongokräfte zu nutzen, die Belgien und Frankreich allein niemals nutzen können. Wir brauchen die praktische Möglichkeit, die öden Sahelgebiete des französischen Sudan . . . in Schwarz und Weiß reich machendes Fruchtland . . . zu verwandeln. Wir brauchen nichts weiter als rückhaltlose, durch eine übereuropäische Autorität . . . gesicherte Prospektions-, Einwanderungs-, Arbeits- und Handelserlaubnis auch für Angehörige derjenigen europäischen Mächte, die *keine* eigenen Afrikakolonien mehr haben . . . Die kolonialen Schatzkammern müssen de facto, nicht nur auf dem Papier, *ganz* Europa . . . geöffnet werden.“ (Anton Zischka, Afrika, Europas Gemeinschaftsaufgabe Nr. 1, Oldenburg, 1951)

Der Gedanke, sich – wenn andere Wege weniger erfolgversprechend oder den Raubgelüsten nicht genügend erscheinen – mittels „europäischer Zusammenarbeit“ den Zutritt zu den „Schatzkammern“ Afrikas zu öffnen, ein Gedanke, der die westdeutschen Imperialisten bei der Schaffung der EWG beflügelte, war so neu nicht. In dem 1957, kurz nach Unterzeichnung der Römischen Verträge, in 6. Auflage erschienenen Staatslexikon heißt es:

„Die Einbeziehung der abhängigen Gebiete Frankreichs und Belgiens in den Gemeinsamen Markt und die Heranziehung der Nicht-Kolonialstaaten zur Erschließung schaffen 70 Jahre nach der Berliner Kongokonferenz wieder Voraussetzungen einer europäischen Zusammenarbeit, von deren Bewährung gegenüber den islamischen, indischen und sowjetischen Bestrebungen das Schicksal des europäischen Kolonisationswerkes in Afrika abhängt.“

Mit dieser 1884/85 in Berlin unter Leitung Bismarcks stattgefundenen Konferenz hatten die europäischen Bourgeois Mittelafrika zur Freihandelszone erklärt, sich gegenseitig die „freie Schiffahrt“ auf dem Kongo und dem Niger zugesichert, kurz, bestimmte Grundsätze für die „gemeinsame“ Ausplünderung des damaligen belgischen Kolonialgebietes vereinbart, wodurch sich vor allem die deutsche Kapitalistenklasse besser ins Kolonialgeschäft zu bringen trachtete, die sich gegenüber ihren französischen, englischen, belgischen Konkurrenten ins Hintertreffen geraten sah. Mit der Gründung der EWG sahen ihre westdeutschen Nachfolger sich erneut als „europäische“ Kolonialherren bestätigt, und sie waren willens, auf Kosten

„europäische“ Kolonialherren bestätigt, und sie waren willens, auf Kosten

besonders ihrer französischen „Partner“ diese Stellung weidlich zu nutzen.

Die BRD-Imperialisten brechen in die „Franc-Zone“ ein

Mit dem Abkommen von Jaunde, das 1963 zwischen der EG und 19 afrikanischen Staaten unterzeichnet wurde, hatten sich die westdeutschen Imperialisten den „gleichberechtigten Zutritt zu den Märkten der Franc-Zone“ verschafft, die die französischen Imperialisten bis dahin durch protektionistische Maßnahmen für ihren eigenen Warenexport gegen alle Konkurrenten abgeschirmt hatten. Die Devisenkontrolle und die praktische Inkonvertibilität des „Kolonial-Franc“, weitere Fesseln – Fesseln vor allem für die afrikanischen Länder der Franc-Zone, aber auch für den Expansionsdrang der westdeutschen Konkurrenten, fielen ebenfalls Schritt für Schritt. „Die ‚Freiheit des Handels‘ wurde durch die ‚Freiheit des internationalen Zahlungsverkehrs‘ ergänzt“, triumphiert die „Frankfurter Allgemeine“ noch nachträglich (13.3.78).

Die französischen Imperialisten mußten schwere Einbußen bei der Beherrschung der Märkte ihrer ehemaligen Kolonien hinnehmen: von 1962 bis heute sank ihr Anteil an den Warenexporten in die Länder z.B. der Westafrikanischen Währungsunion (Elfenbeinküste, Obervolta, Niger, Togo, Senegal, Benin) von 80 auf 40 Prozent. Die westdeutschen Imperialisten waren einer der Hauptgewinner: sie konnten ihren Warenexport in die ihnen ehemals nahezu verschlossenen Länder um ein Vielfaches steigern und oft den zweiten Platz hinter Frankreich erkämpfen. Noch schneller als die Importe stiegen die Exporte der Länder der Franc-Zone, wie auch anderer afrikanischer Länder, in die BRD: Die Importe aus Afrika erhöhten sich allein 1977 um fast 1 Mrd. DM auf 17,9 Mrd. DM.

Das am 28.2.75 abgeschlossene Abkommen von Lomé erweitert die Zahl der afrikanischen, karibischen und pazifischen an die EG assoziierten Länder auf inzwischen 53. Für die „finanzielle und technische Zusammenarbeit“ zwischen der EG und den sogenannten AKP-Staaten stellte die EG aus Mitteln des Haushalts, des Europäischen Entwicklungsfonds und der Europäischen Investitionsbank einen Haushalt von jetzt 3444,1 Mio. ERE (von 1976-80) auf. Zweifellos haben diese Länder mit dem Abkommen einen politischen und wirtschaftlichen Teilerfolg gegen die EG-Imperialisten errungen, insofern ein Teil der Zuschüsse, die für bestimmte Projekte gezahlt werden, nicht rückzahlbar ist; insofern auf ihre Exporte in die EG großteils weder Zölle erhoben noch Mengenbeschränkungen oder entsprechende Maßnahmen angewandt werden (die EG-Imperialisten verstoßen ständig gegen diese Bestimmungen des Abkommens) und insofern ihre Exporterlöse stabilisiert werden.

Höherer westdeutscher Anteil am Europäischen Entwicklungsfonds – die Weichen für verstärkten Waren- und Kapitalexport werden gestellt

Mit den knapp 9 Mrd. DM im Rahmen des Abkommens von Lomé steigen die EG-Imperialisten vor allem in den Ausbau der „Wirtschaftsinfrastrukturen“ ein, d.h. in den Bau und Ausbau der Straßen- und Eisenbahnnetze sowie der Nachrichtenverbindung (1977 gleich 17,1 %), unabdingbare Voraussetzungen für die Erschließung der AKP-Länder für die imperialistischen Interessen. Ferner in die „Industrialisierung“: So wurden 1977 u.a. Kredite der Europäischen Investitionsbank für den Bau einer Zuckerfabrik und einer Chemiefabrik in Kenia beschlossen, für den Ausbau der Zementindustrie in Kenia, Zaire, Kamerun, der Palmölindustrie in Togo und der Elfenbeinküste, der Zuckerindustrie in Malawi, für den Staudamm von Kpong in Ghana und die energiewirtschaftliche Nutzung der Nkula-Fälle in Malawi, insgesamt über 400 Mio. DM. Weiter in die Landwirtschaft und hier besonders in die „exportorientierten Kulturen“ mit „langfristigen Absatzaussichten“, so z.B. in die Bananenproduktion in Jamaika und in Teeplantagen in Ruanda.

Um Vergabe und Durchführung der vom Europäischen Entwicklungsfonds



Kämpfer der Frolinat haben eine von französischen Söldnern geflogene DC 4 abgeschossen.

ausgeschriebenen Aufträge tobt ein heftiger Kampf zwischen den EG-Imperialisten. Unbefriedigt trotz des Vormarsches der westdeutschen Imperialisten, stachelt ihr Organ, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, weiter an: „Diese Mittel brauchten nicht einseitig in Frankreich ausgegeben zu werden, wenn sich andere EWG-Länder mehr um diese neuen Märkte bemühen.“ (13.3.78) Die „traditionell starke Stellung französischer Unternehmen in Afrika“ ist ihnen immerwährender Ansporn. Einige Beispiele zeigen, wie sehr sie noch gegenüber ihren französischen Konkurrenten bei der Ausplünderung der „Schatzkammern“, der ehemaligen französischen Kolonien, hinterherhinken. So haben die französischen Imperialisten seit 1975 für 560 Mio. Dollar Kapital in die Elfenbeinküste exportiert. Französische Firmen bauen dort das Radio- und Fernsehnetz aus, die Ölraffinerien von Abidjan oder die Werftindustrie. In Guinea hat sich die COGEMA, Tochter des französischen Atom-Energie-Kommissariats, zusammen mit einer japanischen Gesellschaft, Abbaurechte der bedeutenden Uranvorkommen ausgehandelt. In Nigeria sind über 20 französische Gesellschaften im Straßenbau, in der Ölindustrie, im Nachrichtennetz tätig.

Für die BRD-Imperialisten bedeuten die von der EG vergebenen und aus Mitteln des Europäischen Entwick-



lungsfonds oder der Europäischen Investitionsbank (deren Mittel wiederum zu großen Teilen aus westdeutschen Anleihen bestehen) finanzierten und ausgeschriebenen Aufträge überhaupt erst mal einen Einstieg in viele afrikanische Länder, einen Einstieg, von dem sie sich zahlreiche „Nachfolgegeschäfte“ versprechen. Etwa solche wie den Bau der Bahnlinie von Ouagadougou (Niger) nach Abidjan (Elfenbeinküste), an dem westdeutsches Kapital maßgeblich beteiligt ist und auf der die nigerischen Uranerze zur Verschiffung an den Atlantik transportiert werden. Geschäfte wittern sie auch im Sudan: Hier haben sie sich kürzlich mit einer 80 Millionen DM-„Schenkung“ gebrüstet. Daß davon mindestens 20 Mio. DM an „deutsche Werften und Lokomotivfabriken“ zurückfließen, ist sicherlich nicht der einzige und auch nicht der entscheidende Vorteil, den sich die BRD-Imperialisten davon versprechen. Ende letzten Jahres nämlich hat der Sudan erklärt, daß er seine Anstrengungen bei der Ausbeutung seiner reichen, aber noch unerschlossenen Bodenschätze – Eisenerze, Manganerze, Gold, Gipsvorkommen, Meeresbodenschätze – verstärken werde. „Von den rund 150000 qkm . . . sind bisher 35000 untersucht und geologisch erfaßt“, machen sich die Imperialisten noch größere Hoffnungen auf die Reichtümer dieses angeblich „zu den ärmsten“ zählenden Landes der Dritten Welt (Internationales Afrika-Forum, 1. Quartal 78). Kein Wunder, daß die „Bonner Entwicklungspolitik“ den Sudan zu einem „Schwerpunktland“ erklärt (FAZ, 20.4.).

Noch ärger als die imperialistische Konkurrenz ist der westdeutschen Finanzbourgeoisie die Tatsache, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit und der politische Zusammenschluß der AKP-Staaten ihren Spielraum einschränken: „Auf der anderen Seite ist schon seit längerem zu beobachten, daß sich mehr und mehr auch Firmen aus den AKP-Staaten erfolgreich in den Wettbewerb um Fondsaufträge einschalten. Der AKP-Anteil liegt beim 4. Fonds – nach 22,7 % beim 3. Fonds – nunmehr bei 25 %“, klagt das Bundeswirtschaftsministerium in der anfangs zitierten Presseerklärung. Auf der letzten Konferenz im März wiesen die AKP-Staaten das Ansinnen der EG-Imperialisten erfolgreich zurück, sich mit einer „Menschenrechtsklausel“ Raum für Erpressungen und Nichterfüllung des Abkommens von Lomé zu schaffen. Stattdessen forderten sie die strikte Einhaltung des Abkommens und ein Schuldenmoratorium.

Auf der letzten Afrika-Reise im Februar 78 hatte der Baron Giscard einen „euro-afrikanischen Solidaritätspakt“ ins Gespräch gebracht. Sicher nicht, um seinen schärfsten Konkurrenten besser ins Geschäft zu bringen, sondern um sich des Rückhalts der EG bei der Ausweitung der militärischen Präsenz und Intervention Frankreichs in Afrika zu versichern. Über 8000 französische Soldaten treiben sich heute in Afrika herum, nicht eingerechnet die Truppen im Indischen Ozean. Die BRD-Imperialisten haben es demgegenüber erst auf einige Polizeiausbilder und Söldner gebracht. „Wir haben zu verlangen, daß Investionen (in den Ländern der Dritten Welt – Red.) garantiert werden“, hat Schmidt vor 14 Tagen auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in drohendem Ton angekündigt und keinen Zweifel daran gelassen, daß die westdeutschen Imperialisten sich diese Garantie mit allen Mitteln zu verschaffen gedenken. – (Z-Red)

Tschad: Die Zeiten für Safaris sind vorüber

Die französische Intervention im Tschad, die mit der „Diskretion“ abgewickelt werden sollte, die solche Operationen professionell umgibt, hat in dieser Hinsicht schon gleich in einem Debakel geendet, bevor sie so richtig begonnen hat. Das französische Volk hat eine hartnäckige Neugierde für die lichtscheuen Unternehmungen seiner herrschenden Bourgeoisklasse ausgebildet.

Anfangs wurde alles einfach geleugnet. Dann hieß es, einige zusätzliche „technische Berater“ seien für die Armee des Tschad abgestellt worden. Weitere Verstärkungen dienten nach Zusicherung des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing ausschließlich dem Schutz französischer Staatsbürger im Tschad. Zu diesem Zeitpunkt, Ende April, waren 1200 Mann Interventionstruppen im Tschad, eine Staffel Jaguar-Flugzeuge, zwei Versorgungsflugzeuge KC-135, die das Auftanken in der Luft ermöglichen, weiter ein Aufklärungsflugzeug Bréguet-Atlantic und eine größere Anzahl Transportflugzeuge waren nach Dakar/Senegal verlegt, wo sich zufälligerweise auch gerade der französische Verteidigungsminister Bourges zu einem „privaten Besuch“ aufhielt.

Ab da meldete die Buschtrommel aus den Garnisonsstädten in Südfrankreich tägliche Truppenverstärkung. Am 6. Mai stand das französische Expeditionskorps im Tschad schon auf mindestens 2000 Mann, die sich in den noch verbliebenen Städten im Süden verschanzt haben und deren Bevölkerung im Schach halten, die mit Streiks und Demonstrationen die Ziele der Befreiungsorganisation unterstützt. Eine Reihe von Ausfällen der französischen Truppen gegen die Kämpfer der Frolinat haben bereits zu zahlreichen Verlusten geführt. So kamen zu Beginn des Monats drei Soldaten der Marineinfanterie aus Vannes, die mit ihrem gepanzerten Fahrzeug auf die erste Streife fuhren, in einem Hinterhalt der Frolinat um.

Am 7. Mai trat daher der Außenminister der französischen Republik vor das Fernsehpublikum und versuchte ernsthaft, Stimmung für einen neuen französischen Kolonialkrieg zu machen: „Ohne Risiken auf sich zu nehmen, kann man keine Rolle in der Welt spielen . . . Wenn Frankreich sich für den Libanon oder die afrikanischen Staaten, mit denen es Kooperationsabkommen geschlossen hat, desinteressieren würde, würde man es dann nicht zu Recht beschuldigen, seine Vergangenheit, seine historische Mission zu vergessen?“ (Figaro, 8. Mai)

Am selben Tag erklärte ein Sprecher des US-Außenministeriums, daß die Ver-

Am selben Tag erklärte ein Sprecher des US-Außenministeriums, daß die Ver-

einigten Staaten „die Bemühungen Frankreichs und des Tschad, eine politische Lösung zu finden, unterstützen“.

Um eine solche „politische Lösung“ zur Beherrschung des Tschad bemühen sich die französischen Imperialisten schon seit dem Ende des letzten Jahrhunderts. Sie haben das Volk des Tschad niemals unter den Stiefel bekommen. Sie haben die Aufstände von Abéché 1910 und 1919, von Baibokoum 1946, Bodo 1949, Moundou 1950, Babelem 1952 in Blut erstickt. Dennoch mußten sie 1960 die Unabhängigkeit gewähren. Danach setzten sie auf eine neokoloniale Lösung. 1963 kommt es erneut in allen Städten zu Demonstrationen und Kämpfen gegen die Unterdrückung durch die französischen Imperialisten. Die Regierung läßt schießen, wenigstens 300 Tote, Verhaftung aller Oppositionsführer, Auflösung der Nationalversammlung. 1966 wird in Nyala (Sudan) die Front zur nationalen Befreiung des Tschad, Frolinat, gegründet, die den bewaffneten Kampf aufnimmt. 1968 stehen ihre Truppen schon vor der Hauptstadt, die noch immer Fort Lamy heißt. Mit einer großen verlustreichen Militärexpedition der französischen Armee wird der Fall der großen Städte des Landes verhindert. Aber weite Teile des Landes bleiben unter der Kontrolle der Befreiungsstreitkräfte.

Die Anzeichen großer Uranvorkommen im Tibesti-Gebirge im Norden treiben die französischen Imperialisten dazu, die befreiten Gebiete mit allerhand Geologen und „Archäologen“ zu infiltrieren, wie der bekannten Madame Claustre, und eine Rückeroberung zu versuchen. Die Frolinat, die eine Zeitlang versucht hat, mit der 1975 in N'Djamena durch einen Putsch an die Macht gekommenen Regierung Malloum zu einer friedlichen Regelung zu gelangen, die die neokoloniale Ausplünderung des Landes beendet und jede äußere Einmischung beendet, geht angesichts dessen zu einer neuen Offensive über, die von Erhebungen der Bauern, Arbeiter und Volksmassen im ganzen Land begleitet wird. Das ist die gegenwärtige Lage.

Der Tschad ist für Frankreich eine Baumwollplantage sowie ein zentraler militärischer Umschlagplatz für seine Streitkräfte und Stützpunkte im Indischen Ozean, die gerade ausgebaut werden, so die Insel Juan-de-Nova in der Schiffahrtstraße von Madagaskar. Aber kein Land Afrikas ist heute bereit, als Baumwollplantage, Uranmine und Truppenstützpunkt für die Imperialisten zu dienen. Es könnte die letzte Safari der französischen Fremdenlegion werden. – (Korrespondentenbericht Brüssel)

Albrecht für Ausbau der staatlichen Unterdrückung

Ministerpräsident Albrecht – landesweit als Folterknecht bekannt – hat in der Braunschweiger Zeitung (6.5.78) erklärt: „Die Qualität der Inneren Sicherheit der Bundesrepublik hat nachgelassen ... Bei Freiheitsstrafen sind (...) 1967 rund 39% der Strafen zur Bewährung ausgesetzt worden, 1976 hat sich der Anteil auf 62% erhöht. Die Höchststrafe von fünf Jahren Zuchthaus für Landfriedensbruch und andere Gewalttaten seien auf ein Jahr Freiheitsentzug abgemildert worden." Abgesehen davon, daß sich Albrecht hier als ausgemachter Lügner entpuppt, guckt man sich die gesammelten Unterdrükkungsgesetze der letzten Zeit an und erinnert sich an die Urteile gegen Sos und um „Entführungsfall Snoek" – beide Male wurde aufgrund von Indizien verurteilt – er tut was für die Sicherheit des Privateigentums der Kapitalisten und zur Unterdrückung der Volksmassen:

Landesbedienstete insgesamt

	1977	1976	1975
Ministerium d. Justiz (ges.)	13081	12840	12685
Landespolizei	18764	18344	18024

Außerdem fordert Albrecht die Erhöhung der Gefängnisplätze.

In fast allen Wahlversammlungen ist er bisher mit dem Programm der Revolutionäre zusammengestoßen. In Peine hat er seine Rede frühzeitig abbrechen müssen. In Wolfsburg hat die ganze Versammlung nur 55 Minuten gedauert, seine Rede war von Sprechchören begleitet.

Für das Finanzkapital ist es günstig, sich einen gewissen Teil Kleineigentümer zu erhalten

Am 30.4. hat der niedersächsische Landtag ein „Mittelstandsförderungsgesetz" verabschiedet. Als Grundsatz in §4 ist genannt: „Die Selbsthilfe geht der staatlichen Förderung vor (1). Eine staatliche Förderung nach diesem Gesetz setzt in der Regel voraus, daß der Zuwendungsempfänger eine angemessene Eigenleistung erbringt und die Gewähr für eine erfolgreiche Durchführung des Vorhabens bietet." In §11: „Die Vergabe der Mittel kann von der Durchführung einer Betriebsberatung oder der Vorlage eines Gutachtens durch Dritte abhängig gemacht werden."

Die CDU will genau wie die SPD und FDP auch, daß die Richtigen überleben. Kiep hat in einer Rede vor den CDU-Mittelstandsvereinigungen die Absichten benannt: „..., daß aber der Mittelstand für die marktwirtschaftliche Ordnung und für die Bewahrung der Freiheit stände, das lasse sich die Landesregierung etwas kosten." 52 Mio. im Jahr 1978.

Der Umsatz im Handwerk stieg von 1970 auf 1977 um 64%, die Zahl der Beschäftigten ist von 4,10 Mio. auf 3,9 Mio. zurückgegangen, die Zahl der Betriebe von 585 Tsd. auf 506 Tsd. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit liegt zwischen 42 und 43,6 Stunden, der durch-
schnittliche Wochenarbeitszeit liegt zwischen 42 und 43,6 Stunden, der durch-
schnittliche Stundenverdienst für Vollgesellen betrug 10,55 DM, für übrige Arbeiter 9,15 DM (Nov. 76), demgegenüber 10,35 DM für einen Industriearbeiter (Statistische Hefte Niedersachsen).

Die Bild-Zeitung hat in der letzten Woche die Verabschiedung dieses Gesetzes begleitet mit einer Serie über das Glück, selbständig zu sein: „70 Stunden-Woche, aber unabhängig".

Die kleinen und mittleren Kapitalisten braucht das Finanzkapital, um unter Berufung auf die, für die der Konkurrenzdruck unerträglich ist, sich selber Steuererleichterungen zuzuschanzen, die zügellose Ausbeutung der Lehrlinge, Jugendlichen und Behinderten durch Beseitigung ihrer minimalen Rechte zu organisieren und die Beseitigung von Abgasen und Giften locker zu gestalten sowie als Kleineigentümer, die die Reaktion unterstützen.

Der neue Bewegungssensor – totale Kontrolle, verkauft als Arbeitsschutz

„Arbeitsschutz – Arbeitstechnik – Arbeitsgerät – sind besser und sicherer geworden. Dennoch weist die Unfallbilanz in den Betrieben immer noch erschreckende Zahlen auf", verwundert sich angeblich ein Reporter der regionalen Fernsehschau.

Dabei preist er ein neues Gerät als Arbeitsschutzgerät an: den Bewegungssensor. „Ein Gerät wie eine Armbanduhr zu tragen, das einen äußerst sensiblen Wachautomaten enthält. Manch ein Arbeiter steht heute völlig allein in einer Halle und bedient einen Maschinenroboter. Ermüdet der Mann oder stößt ihm etwas zu – niemand bemerkt es rechtzeitig. Hier soll nun wenigstens ein kleiner Meldeautomat den Kollegen ersetzen." Eine saubere Reportage über die „Menschlichkeit" am Arbeitsplatz. Doch stutzig wird man über die Sensibilität dieses Geräts: „Führt der Mann nicht mehr die gewohnten Bewegungen aus, schlägt der Sensor auf drahtlosem Wege sofort Alarm."

Wer die rastlose Suche der Kapitalisten kennt, jede Pore des Arbeitstages mit noch mehr unbezahlter Arbeit zu füllen, wird die Hinterlist dieses Geräts sofort erkennen. Darüber, daß dieses Gerät schon irgendwo eingeführt werden konnte bei den Arbeitern, konnte der Reporter dann auch nicht berichten.

Streichung von 5493 Krankenhausbetten

„Das Geld, das heute sinnvoll in den Krankenhäusern investiert wird, bringt mit Sicherheit gute Zinsen", verspricht Schnipkoweit den Kapitalisten

Am Freitag ist vom niedersächsischen Landtag mit den Stimmen der CDU und FDP der Krankenhausbedarfsplan verabschiedet worden. Danach sollen von den 47000 geförderten Krankenhausbetten in Niedersachsen 5493 gestrichen werden. Daß die SPD gegen den Krankenhausbedarfsplan gestimmt hat, ist nichts anderes als Spiegelfechterei, hat sie doch sämtliche Berechnungen im Ausschuß des Sozial- und Gesundheitswesens mitgetragen und die erste Bettenbedarfsrechnung im Jahre 1973 verfaßt.

Sie wollte, daß man ganze Sache macht in Ehrenberg- und Schmidt-Manier und gleich festlegt, wo welche Betten gestrichen werden sollen. Der CDU war das zu riskant, „wir wollen uns so kurz vor der Wahl keine Kritik ins Haus holen" (Abgeordneter Pohl, CDU).

Die 5493 Betten sind 12 Prozent der geförderten Betten in Niedersachsen. Im „Landes-Entwicklungsprogramm Niedersachsen 1985", verfaßt 1973, wurde ein „Bettenüberhang" von knapp 3000 errechnet. In den letzten zwei Jahren wurden schon 2000 Betten gestrichen. „Bei der Festsetzung der Versorgungsgebiete sind Ziele und Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung, die Siedlungs-, Bevölkerungs- und Erwerbsstruktur sowie die Verkehrsverbindungen zu berücksichtigen." So werden vor allem Krankenbetten in den Regionen Ostfriesland – Oldenburg – Unterweser und Osnabrück-Emsland sowie Mittelweser gestrichen. Hier hat die Bourgeoisie errechnet, daß die Krankenhausaufnahme je 1000 Einwohner unter 1 liegt. Entsprechend dem Industriegürtel in Niedersachsen liegt dort auch die Krankenhausaufnahme je 1000 Einwohner höher: Braunschweig, Wolfsburg, Peine, Hildesheim 4 und mehr Krankenhausaufnahmen, in Hannover 3 bis unter 4. Auch hier sollen kräftig Betten gestrichen werden.

Schnipkoweit begründet den Bettenabbau damit, daß in ganz Niedersachsen Sozialstationen eingerichtet werden sollen. 65 arbeiten bereits, 20 weitere Anträge liegen vor und bis Jahresmitte sollen 100 Sozialstationen arbeiten. Das gibt dann auch die Geschwindigkeit der Bettenstreichungen und Krankenhausschließungen an.

In ganz Niedersachsen soll es nur noch 11 Krankenhäuser geben, die über alle Fach- und Spezialabteilungen mit den dazugehörigen Ausrüstungen verfügen sollen (die „Zentralversorgung"), ca. 50 Regelversorgungskrankenhäuser mit einigen Spezialabteilungen und ca. 50 Grundversorgungskrankenhäuser, die nur über zwei hauptamtliche Abteilungen (Innere Medizin und Chirurgie) verfügen, andere Abteilungen nur aufmachen, wenn sie „wirtschaftlich" vertretbar sind und dann auch nur im Belegverfahren über niedergelassene Ärzte. Eine Intensivstation und Anästhesie wird es nicht geben.

Der Krankenhausbedarfsplan legt auch fest, welche Krankenhäuser überhaupt förderungswürdig sind und Gelder von Bund, Land und Gemeinde erhalten. Alle Krankenhäuser unter 100 Betten sind nicht im Plan enthalten, sowie alle, die nicht wirtschaftlich arbeiten, was heißt, die Verweildauer zu verkürzen und die Beschäftigten zu Überarbeit im Geist der Barmherzigkeit, erzwungen durch niedrigen Lohn, anzutreiben.

Das Jahreskrankenhausbauprogramm 1978, mit dem Haushalt gemeinsam verabschiedet, sieht 130,5 Mio. DM vor. Insgesamt werden nur 57 Krankenhäuser von 370 in Niedersachsen gefördert, und hier besonders die Städtische Krankenanstalt Braunschweig, Oldenburg und Osnabrück sowie das Kinderkrankenhaus „Troika" in Hannover (Gesamtkosten bis Fertigstellung 260 Mio. DM). 50 Krankenhäuser stehen vor der unmittelbaren Schließung. Denn die Krankenkassen wollen in die nicht mehr geförderten Krankenhäuser keine Kassenpatienten schicken. Die CDU versucht damit, der SPD kurz vor der Wahl noch eins auszuwischen. Eigentlich sei eine Milliarde DM „für die dringend notwendigen Maßnahmen" notwendig, aber weil die Bundesregierung 1975 über das Haushaltsstrukturgesetz 125 Mio. DM für Niedersachsen von 1977 bis 1979 gekürzt hat, sei das eben nicht machbar. Schnipkoweit als Gesundheitsapostel! Dabei sind diese Herren im Ausschuß für Sozial- und Gesundheitswesen eifrig dabei, eine Vorlage der FDP von 1976 für ein „Niedersächsisches Krankenhausgesetz" zu schärfen. Diese Vorlage stellt so ein hartes Geschütz gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen dar, daß sich die bürgerlichen Parteien darauf geeinigt haben, es nicht mehr vor der Wahl zu verabschieden und bekannt zu machen, um „Emotionen" zu vermeiden. Die Gesetzesvorlage enthält im einzelnen Regelungen zur weiteren Kostendämpfung im Gesundheitswesen durch eine Jahresbilanz der Krankenhäuser und Vergleich der Bilanzen untereinander, Festlegung der Zusammenarbeit der Krankenhäuser untereinander zwecks besserer Rationalisierung, Kontrolle der niedergelassenen Ärzte, Ausrichtung des Krankenhausbereichs auf den Kriegsfall (Zusammenarbeit mit Behörden und Einrichtungen des Katastrophenschutzes), Straffung der Krankenhausführung zwecks besserer Unterdrückung und Ausbeutung der Krankenhausbeschäftigten.

Kein Wunder, daß Schnipkoweit der Nordwestdeutschen Krankenhausgesellschaft im Februar versprochen hat: „Das Geld, das heute sinnvoll in den Krankenhäusern investiert wird, bringt mit Sicherheit gute Zinsen." Gute Zinsen für die Krankenkassen, die in Erwartung großer Gewinne dann auch eine minimale Herabsetzung der Beiträge geplant haben, gute Zinsen für das Finanzkapital bei der Plünderung der Kassen der Versicherten. Die Beschäftigten in den Krankenhäusern, die gesamte Arbeiterklasse und die Bauern müssen diese Pläne zurückschlagen. – (N-Red.)



Ein Prachtbau, sagt die Bourgeoisie. Die Volksmassen nennen das Krankenhaus „Klinik-Münster-Stammheim" (großes Bild, kleines Bild: Universitätsklinik Göttingen). Den Kampf der Volksmassen gegen die Verrottung des Gesundheitswesens greift der „Spiegel" in seiner neuesten Serie über „das seelenlose Krankenhaus" auf und versucht ihn zu verdrehen, um das „lieblose Personal" für die von der Bourgeoisie geschaffenen Zustände verantwortlich zu machen.

Wasser – aufgrund der Ausbeuterordnung verdreckt und versandet, auf Kosten der Massen aufbereitet

Kampf gegen die Überflutung von Sieber im Harz

180 Mitglieder umfaßt die „Interessengemeinschaft Siebertal" mittlerweile, die sich im Sommer letzten Jahres gegen den im Siebertal im Harz geplanten Bau einer neuen Talsperre gebildet hat – bei rund 850 Einwohnern, die im Ort Sieber leben. Die Bewohner sind gegen den Bau der Talsperre. Er würde Rückgang des Fremdenverkehrs bedeuten, von dem Sieber lebt, Vernichtung von 243 ha Wald und zu klimatischen Veränderungen führen, da die große Wasserfläche sich im Winter wärmespeichernd auswirken würde. Das Pöhlder Becken am Fuße des Siebertals würde austrocknen. Die meisten der dort noch übriggebliebenen 20 Bauern könnten eine dann nötige Bewässerung nicht verkraften. Verschüttete, nicht auffindbare Bergwerksstolleneingänge werden dabei überflutet und können Erdrutsche hervorrufen.

Zwei verschiedene „alternative Planungen" haben die Harzwasserwerke und die Landesregierung für den Bau der Siebertalsperre entwickelt. Der Plan sah den Bau von zwei Staustufen vor, eine oberhalb und eine unterhalb Siebers. Der Ort Sieber soll direkt hinter der einen Staumauer von über 90 Meter Höhe liegen. Jeder weiß, wie lange der Elbe-Seiten-Kanal gehalten hat. Die zweite Möglichkeit sieht den Bau eines großen Stausees vor, wobei der Ort Sieber vernichtet würde.

Noch nach den Planungen des Landesentwicklungsplans von 1973 sollte bereits 1977 mit dem Bau der größten Harz-Talsperre begonnen werden. Spätestens 1980, hieß es dann im November in einer Antwort auf eine kleine Anfrage im Landtag:

„Wasserreserve nicht unbegrenzt. Verbrauch seit 1960 um 47% gestiegen. Hohe Investitionen", vermeldet der „Weser-Kurier" im Januar zur Jahrestagung des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft. Verhüllt werden soll, daß die kapitalistische Produktionsweise Raubbau an den Springquellen des Reichtums, dem Menschen und der Natur, betreibt, und nicht zu wenig Wasser da ist. „Besorgniserregender Gütezustand der Oberflächengewässer" und „Belastung der Gewässer aus der ständigen Zunahme des Abwasserstromes" nennt der „Generalplan Wasserversorgung Niedersachsen" die „Schwierigkeiten".

Der Salzgehalt der Werra und Weser, Ergebnis insbesondere der Abwässer der Kaliindustrie, übersteigt den der Nordsee. Die Salzkonzentration ist an der günstigsten Stelle in Bremen noch so hoch, „daß die von Versorgungsfachleuten als vertretbar erachtete Konzentration bereits um das 28fache überschritten wurde." (Handelsblatt, 9.5.) Reinigung des Wassers drückt auf den Profit. Heute können selbst Uferfiltrate, versickertes Flußwasser, kaum noch genommen werden. Nach Grundwasser muß immer tiefer gebohrt werden, der Grundwasserspiegel sinkt. Verschiedentlich haben die Bauern in den letzten Jahren Kämpfe gegen den Raubbau am Wasser geführt.

324 Millionen cbm betrug der Wasserbedarf der Bevölkerung in Niedersachsen, Bremen und Hamburg 1972, 451 Millionen cbm, das 1,5fache, der Bedarf der Industrie.

Auf das 2,3fache soll der Industriewasserbedarf bis zum Jahre 2000 anwachsen, 1031 Millionen cbm, wovon fast 80% des geplanten Gesamtverbrauchs auf Betriebe mit einem Wasserbedarf von über 100000 cbm Jahresverbrauch entfallen sollen. 50% dieses Industriewasserbedarfs sollen zudem Trinkwasserqualität haben. Nicht mitgerechnet ist die Steigerung des Kühlwasserverbrauchs für die öffentliche Stromversorgung, der vor allem durch die umfangreichen Kühlanlagen für Kernkraftanlagen von 50 Millionen cbm 1972 auf 630 Millionen cbm steigen soll.

Sicherstellung der Voraussetzungen für die Profitproduktion, das ist der Kern des Schmarrens von der „Daseinsvorsorge", „Zukunft der Wasserwirtschaft" oder „Dynamische Wasserwirtschaft". Daß durch die Wasserversorgungsplanung die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise nicht überwunden wird, sieht man am Abenteurertum des geplanten Baus der Siebertalsperre. 4,3 Milliarden DM veranschlagt der Generalplan für den „Ausbau der zentralen Wasserversorgung". „Die Baukosten für die Maßnahmen der überregionalen Wasserversorgung sind über den Wasserpreis zu finanzieren. Da die mit erheblichen Investitionen zu erstellenden Anlagen in der Regel erst nach Jahren ausgelastet werden können, sieht das Landesentwicklungsprogramm für den Zeitraum bis 1985 Zuschüsse von ca. 20% der Baukosten vor" – aus Steuermitteln gestellt oder durch die weitere Verschuldung der Landesregierung, Zins für das Finanzkapital als direkter Tribut. – (Bezirk Südostniedersachsen)

Wassergesetze: Beutelschneiderei der Bauern

Zur Zeit arbeiten die Länderregierungen an Novellierungen der Landeswassergesetze, die durch die vierte Novelle des Wasserhaushaltgesetzes und Abwasserabgabengesetzes des Bundes vom 1.10.1976 erforderlich geworden sind. Der Bund trägt die Rahmenkompetenz in der Wassergesetzgebung, die Länder die Verantwortung für die Wasserwirtschaft und die Städte und Gemeinden erbringen über die Wasserversorgungsverbände die Leistungen. Legt das Wasserhaushaltsgesetz die Möglichkeit der Festlegung von Anschlußzwängen fest, um das Monopol der Wasserversorgungsunternehmen und damit die Plünderung umfassend zu gestalten, so gibt das „Handelsblatt" vom 9.5. in einer Beilage die Richtung an für die weitere Beutelschneiderei, vor allem gegenüber den Bauern:

„Die Wasserversorger stellen für ihre Verbraucher die Forderung: Vorrang für die Trinkwasserversorgung ... Das sollte auch die Lobby der Landwirte erkennen, die in der Frage der Entschädigung für festgesetze Wasserschutzzonen grüne Front macht." Wasserschutzgebiete sind festgelegte Gebiete, in denen Grundwasser für die Trinkwasserversorgung entnommen wird. „Die Wasserversorger selbst haben allerdings bisher versäumt vorzurechnen, welche Kostenanteile schon jetzt vom Verbraucher gezahlt werden, die für zusätzliche Aufbereitung von landwirtschaftsgeschädigtem Oberflächenwasser entstehen." „Schadensstifter sollen für die Folgen zahlen." Also: Die Bauern sollen berappen! Erst den Grundwasserspiegel senken durch Abpumpen von Trinkwasser, den Bauern verbieten, auf ihrem eigenen Grund und Boden Wasser zu entnehmen – weil Wasserschutzgebiet – so daß sie für das ihnen weggepumpte Wasser, das sie zur Berieselung usw. brauchen, bei der Wasserversorgungsgesellschaft zahlen müssen, und jetzt noch sie berappen lassen als „Schadensverursacher" im Wasserschutzgebiet, wenn sie düngen.